

## **Die Phasen der Kirchenpolitik der SED und die sich darauf beziehenden Grundlagenbeschlüsse der Partei- und Staatsführung in der Zeit von 1972 bis 1989**

1. Einleitung und Programm
  - 1.1. Oben Cocktail unten Magenbitter?
  - 1.2. Wie grundlegend waren „Grundlagenbeschlüsse“?
    - 1.2.1. „Weitreichende Beschlüsse“ und ihre „vollinhaltliche Verwirklichung“: Die Parteisprache
    - 1.2.2. „Die Ausführungen des Genossen H. sind in den Mittelpunkt zu stellen“
    - 1.2.3. „Unser Kurs ist gut und richtig“
2. Quellenlage und Forschungsstand
  - 2.1. Die Archive und ihre Benutzer
  - 2.2. Strukturen kirchenpolitischen Handelns
    - 2.2.1. Der Einfluß der Staatssicherheit auf die Kirchenpolitik
    - 2.2.2. Die „Linie“ der Partei
    - 2.2.3. Der Staatsapparat
    - 2.2.4. Nationale Front und Massenorganisationen
  - 2.3. Papierflut und Dokumentenscheu
  - 2.4. Schlüsselbegriff „Arbeitsebene“
  - 2.5. Kirchenpolitik außerhalb der Tagesordnung
  - 2.6. Das „Öffentliche Tabu“ – ein DDR-Spezifikum
  - 2.7. Kirchenpolitik konkret: Das „Sonderbauprogramm“
  - 2.8. „Ordentliche“ und „Außerordentliche“ Kirchenpolitik
  - 2.9. „Gesprächsführung“ – eine hauptsächliche Methode der Kirchenpolitik
  - 2.10. Kirchenpolitik an der Basis
    - 2.10.1. Kenntnisstand der Mitarbeiter und vorhandenes Arbeitsmaterial
    - 2.10.2. Aufgaben des Mitarbeiters für Kirchenfragen:
      - 2.10.2.1. Die zweimonatliche schriftliche Berichterstattung nach einem vorgegebenen „Rahmenplan“
      - 2.10.2.2. Berichte zu verschiedenen Anlässen
      - 2.10.2.3. Einschätzungen von kirchlichen Mitarbeitern und Synodalen
      - 2.10.2.4. Erarbeitung von Konzeptionen für die „Gesprächsführung“
      - 2.10.2.5. „Betreuungsarbeit“ für kirchliche Mitarbeiter

- 2.10.2.6. Mitarbeit in der „Kreiskoordinierungsgruppe Kirchenfragen“
- 2.10.2.7. Bereitschaftsdienst und operative Einsätze
- 2.10.2.8. „Konspiratives“
- 3. Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR und der SED-Kirchenpolitik
  - 3.1. Das Spektrum der Bewertungen der SED-Kirchenpolitik
  - 3.2. Das gesellschaftliche und politische Umfeld der Kirchenpolitik
    - 3.2.1. Der weltpolitische Aspekt
      - 3.2.1.1. Die Ost-West-Entspannung (1971–1975)
      - 3.2.1.2. Rüstung und Nachrüstung (1976–1985)
      - 3.2.1.3. Neues Denken und Handeln (1985–1989)
    - 3.2.2. Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR
      - 3.2.2.1. Friedliche Koexistenz und Klassenkampf (1971-1976)
      - 3.2.2.2. Deutsch-Deutsches im Kalten Krieg (1976-1985)
      - 3.2.2.3. Ideologieverlust und Basisdruck (1985-1989)
  - 3.3. Phasen der Kirchenpolitik der SED
    - 3.3.1. Ausgangslage am Beginn der „Honecker-Zeit“
    - 3.3.2. Freundliche Sterbehilfe (1971–1977)
    - 3.3.3. Man trägt wieder Religion (1978–1985)
    - 3.3.4. Die Kupplung kracht und zieht nicht mehr mit (1986–1989)

Zusammenfassung

Anhang:

Übersicht über wichtige Daten der (zentralen) SED-Kirchenpolitik

Übersicht über die herangezogenen Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED

Übersicht über die Strukturen des kirchenpolitischen Handelns

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

## 1. *Einleitung und Programm*

Der abgesteckte Zeitrahmen ist nahezu identisch mit der Amtszeit Erich Honeckers als Parteichef der SED (1971–1989). Es geht also um das Spezifische der Kirchenpolitik der SED in der „Honecker-Zeit“.

Dabei setzt die Themenstellung voraus, daß sich grundsätzlich, mindestens aber für diesen Zeitabschnitt, verschiedene Phasen der Kirchenpolitik der SED aufzeigen und sich auf diese Phasen beziehende „Grundlagenbeschlüsse“ nachweisen lassen.

„Grundlagenbeschlüsse“ werden – entsprechend dem hierarchisch gegliederten Partei- und Staatswesen der DDR – vornehmlich in den oberen Leitungsgremien zu suchen und zu lokalisieren sein.

Zur Präzisierung des Themas sind m. E. folgende Einschränkungen notwendig und sinnvoll:

### 1.1. *Oben Cocktail unten Magenbitter?*

Die Unterscheidung verschiedener Phasen nimmt nicht nur eine einordnende Wertung historischer Tatbestände vor, sondern setzt eine nicht unwesentliche Entscheidung voraus: Sind verschiedene Phasen der Kirchenpolitik an sich ändernden Einstellungen, Konzepten und Vorgehensweisen der kirchenpolitisch handelnden Personen in Partei und Staat festzumachen, oder sind die Phasen der Kirchenpolitik am konkreten unterschiedlichen Erleben der Christen in den Kirchengemeinden abzulesen? Selbst die Meinung, daß beides nicht vollständig voneinander zu trennen ist, wird sich nicht der Einsicht verschließen können, daß es im Blick auf das Erleben der Christen in ihren Kirchengemeinden und gesellschaftlichen Lebensvollzügen (Schule, Studium, Beruf) vor allem auch eine Kontinuität festzustellen gilt, die geeignet ist, eine sinnvolle Unterscheidung verschiedener Phasen der Kirchenpolitik mindestens stark zu relativieren.

Für den gesamten Untersuchungszeitraum mit all seinen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen kann als „durchgehend“ festgehalten werden:

- Kinder engagierter christlicher Eltern waren in der Schule letztlich am Fortkommen gehindert.  
(Das gilt auch, wenn es für Pfarrerskinder oft leichter war, als etwa für Kinder von Kirchenältesten.)
- Die Mitarbeit von christlichen Eltern (hier besonders die Mitarbeit von kirchlichen Mitarbeitern!) in Elternaktiven oder -beiräten wurde durchgehend zu verhindern gesucht.
- Trotz gegenteiliger Versicherungen hielt sich in weiten Teilen der Bevölkerung die Meinung, daß christliches Bekenntnis oder gar ehrenamtliches Engagement in der Kirchengemeinde letztlich als gesellschaftlicher Makel zu gelten habe. Wohlmeinende Lehrer rieten den Eltern immer wieder, „im Interesse der Kinder“ auf Christenlehre und Konfirmation zu verzichten.
- Berufliche Aufstiegschancen hingen an Mitgliedschaft in Parteien und Organisationen und an der Bereitschaft zum Eingehen von Verpflichtungen („Reserveoffiziersanwärter“, dreijährige Armeezeit etc.).
- In den Landkreisen mit Lokalseitenmonopol der SED-Zeitungen gelang es im ganzen Zeitraum nicht, beispielsweise ein Bibelwort oder ein Kreuzeszeichen in einer Familienanzeige durch die Zensur zu bringen.
- Die christlichen Gemeinden standen unter dauernder Beobachtung, ihre Schaukästen und Nachrichtenblättchen mußten sich immerfort kritische Nachfrage gefallen lassen.

Diese hier nur beispielhaft erwähnten, sich über den ganzen Untersuchungszeitraum durchhaltenden „Grundlagen“ relativieren die kunstvolle Einteilung in „Phasen“. Auch wenn „oben“ auf der Ebene der Kirchenleitungen zu verschiedenen Zeiten verschiedene Arten von „Cocktail“ getrunken wurde, „unten“ war der „Magenbitter“ das vorherrschende Getränk. Paul Verner hatte in seiner Rede zur Interpretation des Gespräches vom 6.3.1978 gesagt:<sup>1</sup>

„Die Kirchenleute übertreiben natürlich . . . , wenn sie behaupten, daß ein Widerspruch besteht zwischen den oben, auf Regierungsebene verwirklichten Grundsätzen und der Praxis an der Basis, in den Bezirken und Kreisen, wenn sie, wie Superintendent Gersdorf aus Leipzig, sagen, „daß oben Cocktail und unten Magenbitter getrunken werde. . . . Wir werden darum bemüht bleiben, alle Erscheinungen der Enge in der Arbeit zu beseitigen und den Funktionären und Mitgliedern unserer Partei zu helfen, das Wesen und die Prinzipien unserer Politik gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften besser zu verstehen und mit zu verwirklichen. Wir werden andererseits aber auch der Absicht der Kirchenseite entgegentreten, zwischen oben und unten, zwischen den zentralen und örtlichen Organen der Staatsmacht eine Differenzierungstaktik zu betreiben. Die Einheit des staatlichen Handelns von oben bis unten . . . ist eine Grundbedingung erfolgreicher Kirchenpolitik.“

## 1.2. *Wie grundlegend waren „Grundlagenbeschlüsse“?*

Mindestens für den Untersuchungszeitraum wird kritische Nachfrage an die hinter der Themenformulierung zu vermutende Annahme, es gäbe so etwas wie ein ausgeführtes und vor allem auch durchgehaltenes kirchenpolitisches Konzept der SED, zu richten sein.

Die in SED-Papieren immer wieder auftauchenden Selbstbezeichnungen wie „Staatspolitik in Kirchenfragen“, „Grundsatzbeschluß“, „Konzeptionspapier“, „Grundsatzrede“, „Jahresanalyse“, „Arbeitsplan“ etc. kann – wiederum eingeschränkt auf den Untersuchungszeitraum – nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch auf dem Gebiet der Kirchenpolitik vieles konzeptionslos verlief, auch und gerade dann, wenn die Gesetzmäßigkeit, Plangenaugigkeit und Kontinuität des Handelns von SED-Seite betont wurde.

Drei Beobachtungen seien dazu festgehalten:

<sup>1</sup> Referat Paul Verners am 22. März 1978.

Der Text aus dem Nachlaß (ZPA NL 281/48) wird in einer Dokumentation von Horst Dohle im Wortlaut veröffentlicht. Zitat im Redemanuskript S.27 f. Vgl. dazu Anm.Nr.40 und unter 2.3. Papierflut und Dokumentenscheu

### 1.2.1. „Weitreichende Beschlüsse“ und ihre „vollinhaltliche Verwirklichung“: Die Parteisprache

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der DDR-Parteisprache, fast immer grundsätzlich zu reden. Jeder Filialleiter eines kleinen Konsumladens hatte gelernt „einzuschätzen“, daß auch auftretende Versorgungsengpässe auf die sich ständig verschärfende Klassenauseinandersetzung zurückzuführen seien.

Die laienhafte Annahme, in den oberen Parteigremien würde wenigstens hinter verschlossenen Türen Klartext geredet, hat sich nur zum Teil bewahrt. Schon oberflächliche Einsicht zeigt, daß die parteitypische, stereotypumständliche Sprache bis in strengvertrauliche innerparteiliche Texte hinein durchgehalten wurde. Die Kirchenpolitik bildet da keine Ausnahme. Dazu ein Beispiel: Auf einem „Erfahrungsaustausch mit den Stellvertretern des Vorsitzenden für Inneres und der Mitarbeiter für Kirchenfragen der Räte der Kreise am 17.2.1977 in Halle“<sup>2</sup> referierte der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED, Eberhard Hüttner, zum Thema: „Über die Kirchenpolitik unseres Staates unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes und nach dem IX. Parteitag“.

Das Fazit des Referates, das durchaus auch kritische Bewertungen kirchlicher Positionen vornimmt, lautet nach der in Bitterfeld gefertigten Nachschrift:<sup>3</sup>

„Im Mittelpunkt unserer Arbeit mit den kirchlichen Amtsträgern sollte stehen:

- Erläuterung des zutiefst humanistischen Wesens der Politik und Regierung
- die konsequente Friedenspolitik der soz. Staatengemeinschaft und ihre Rolle
- Es gilt, die Richtigkeit des realen Sozialismus in der DDR verstärkt nachzuweisen, zu beweisen, daß unsere Politik mit den Lebensinteressen der Christen übereinstimmt und daß es keine Alternative zum Sozialismus gibt.“

Grundsätzlicher ist Kirchenpolitik nicht zu betreiben, aber es findet sich auch nicht ein Satz, der nicht genauso im „Neuen Deutschland“ hätte stehen können.

### 1.2.2. „Die Ausführungen des Genossen H. sind in den Mittelpunkt zu stellen“

Beschlüsse auf Leitungsebene (Politbüro, Sekretariat des ZK) erlangten in der Regel dann größere praktische kirchenpolitische Bedeutung, wenn sie nicht

<sup>2</sup> Protokoll über Erfahrungsaustausch ... in: Archiv Landratsamt Bitterfeld, Aktenstück 2357, Maschinenschrift, 4 Seiten.

<sup>3</sup> a. a. O.

ausdrücklich als „Grundsatzbeschuß“ gekennzeichnet sind. Entscheidungen – durchaus auf der Ebene des Politbüros oder durch den Genossen Honecker persönlich getroffen – zu Themen wie

- Genehmigung von Kirchentagen<sup>4</sup>
- Errichtung von Kirchen in Neubaugebieten<sup>5</sup>
- Zustimmung zu bestimmten Staat-Kirche-Gesprächen<sup>6</sup>
- „Einschätzungen“ von Synodaltagungen und daraus abgeleitete Maßnahmen<sup>7</sup>
- Beschlüsse in bestimmten Krisensituationen<sup>8</sup>

sind in ihrer Entstehung durchaus umstritten gewesen und benötigen zum Teil einen längeren Entscheidungsprozeß. Ihre praktische Auswirkung ist oft sehr konkret.

Ihre Einordnung in eine kirchenpolitische Konzeption konnte aber auch erst im nachhinein erfolgen. Das heißt, es muß noch genau geprüft werden, inwieweit kirchenpolitische „Grundsatzbeschlüsse“ nicht erst im nachhinein zur Rechtfertigung und Begründung getroffener Entscheidungen verfaßt wurden. Besonders im Blick auf die großen kirchenpolitischen Grundsatzreden Paul Verners<sup>9</sup> trifft diese Vermutung zu. Sie erreichen die Öffentlichkeit oder eine Teilöffentlichkeit, formulieren sehr allgemeine kirchenpolitische Ziele, werden von den Mitarbeitern für Kirchenfragen auf Bezirks- und Kreisebene als „richtungsweisend“ und „grundlegend“ betrachtet und in ihre Argumentation einbezogen und rechtfertigen letztlich doch nur längst getroffene Entscheidungen.

Damit spiegelt auch die Kirchenpolitik der SED ein DDR-typisches Phänomen wider, daß besonders eindrücklich an den SED-Parteitag verdeutlicht werden

4 So wurde schließlich die Genehmigung der Abschlußveranstaltung des (Ost-) Berliner Kirchentages 1987 von Honecker direkt an Bischof Forck am 15.1.1987 erteilt.

5 Vgl. dazu unter 2.7. Kirchenpolitik konkret: Das Sonderbauprogramm

6 Als Beispiel kann die lange Auseinandersetzung um das erste offizielle Staat-Kirche-Gespräch nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz (18.8.1976) am 15.5.1977 gelten.

7 Als Beispiel kann die für das Politbüro gut zu rekonstruierende Reaktion auf die Bundessynodaltagung von 1987 in Görlitz gelten. (Bekennen in der Friedensfrage, Absage an die Abgrenzung) Vgl. dazu Informationen Jarowinskys an Honecker über Verlauf der Synode vom 21.9.1987 und Beschluß des Politbüros vom 22.9.1987 sowie die Information der AG Kirchenfragen vom 23.9.1987. Schließlich den Beschluß des Sekretariats des ZK vom 14.10.1987. Alle Texte werden in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht.

8 Zum Beispiel das Zustandekommen des sogenannten „Jarowinsky-Papier“ vom 19.2.1988 illustriert besonderes kirchenpolitisches Handeln.

9 Zu nennen wären etwa folgende Reden von Paul Verner:

a) Am 9.2.1971 aus Anlaß des 10. Jahrestages der Übergabe einer Unterschriftenkassette durch Emil Fuchs an Walter Ulbricht am 9.2.1961

b) Am 26.7.1976: Mit dem Schwerpunkt Kirchenneubau in Neubaugebieten; Auszug: unter 2.7. Kirchenpolitik konkret: Das Sonderbauprogramm

c) Am 22.3.1978 zur Interpretation des 6. März 1978

d) Am 15.5.1980: Kirchenpolitische Grundsatzrede vor Mitarbeitern für Kirchenfragen.

kann. Auch die Parteitage dienten letztlich der öffentlichen Festlegung auf einen längst beschrittenen Kurs.

### 1.2.3. „Unser Kurs ist gut und richtig“

Die SED wurde zwar bis zum Ende ihrer Herrschaft nicht müde, von der Fortsetzung des guten und bewährten Kurses zu sprechen<sup>10</sup>, dennoch ist es m. E. für den Untersuchungszeitraum nicht möglich – also gewissermaßen post festum – die alte SED-These, sie selbst würde planmäßig und gesetzmäßig Geschichte gestalten, für die Kirchenpolitik einfach zu bestätigen. Auch in kirchenpolitischen Äußerungen finden sich immer wieder Hinweise auf die „Weiterführung“ und „unbeirrte Fortsetzung“ der „Grundlinie“, und selbst so einschneidende Ereignisse wie das Gespräch vom 6.3.1978 werden in ihrer Auslegung so interpretiert, daß trotz der Betonung:<sup>11</sup>

„Es ist in der 30jährigen Geschichte der DDR das erste Mal, daß das Staatsoberhaupt mit dem Vorstand der Konferenz evangelischer Kirchen der DDR, also mit einem Gremium, das alle acht Landeskirchen repräsentiert, ein solch konstruktives, offenes und freimütiges Gespräch führte.“

festgehalten wird:<sup>12</sup>

„Das Gespräch ist ein Ausdruck der kontinuierlichen Kirchenpolitik unserer Partei und stellt keine neue Taktik, keine Wende in unserer Politik gegenüber den Kirchen dar.“

Auf der Ebene des Kreises Bitterfeld wird mitgeschrieben:<sup>13</sup>

„Wir gehen davon aus, daß die Beziehungen Staat – Kirche noch besser werden können, wenn die Kirchen ihre Beziehungen zum Staat weiter normalisieren. Das Gespräch stellt also keine Wende in der Kirchenpolitik dar, sondern unterstreicht die Kontinuität unserer Politik.“

Allenfalls die Kirchen haben sich verändert:

„Das Gespräch ist aber auch Ausdruck dafür, daß sich unter einem großen Teil kirchlicher Amtsträger ein Umdenken vollzogen hat . . . Es wird eingeschätzt, daß sich realistisches Herangehen an die Beziehungen Staat-Kirche vollzogen hat und daß sich die Kirchen als Kirchen im Sozialismus einreihen müssen und sich mit dem sozialistischen Staat engagieren.“ (sic!)

10 Unter der Überschrift: „Bürger der DDR für Fortsetzung des guten Kurses“ veröffentlichte das „Neue Deutschland“ vom 30.8.1989 (Seite 2), also auf dem Höhepunkt von Auswanderungsstimmung und Botschaftsbesetzungen zahlreiche Leserzuschriften. Eine ND-typisches Verhalten in Krisensituationen.

11 So Paul Verner im Referat vom 22.3.1978. Vgl. Anm.Nr.40 und unter 2.3. Papierflut und Dokumentenscheu.

12 Nachschrift Referat Verner gefertigt für den SED-Chef im Bezirk Halle, Werner Felfe. Vgl. Anm. Nr. 41.

13 Nachschrift, gefertigt von Mitarbeitern Kirchenfragen im Kreis Bitterfeld von Veranstaltung zur Weitergabe des Referates von P. Verner. Vgl. Anm. Nr. 42.

Die folgenden Beobachtungen zur SED-Kirchenpolitik sind also auf dem Hintergrund dieser Einschränkungen zu lesen und zu verstehen.

Ein Blick auf die Quellenlage und erreichten Forschungsstand wird deutlich machen, daß, obwohl zahlreiche zentrale Quellen bereits archivalisch erschlossen und über Editionen auch schon einem breiteren Publikum zugänglich gemacht worden sind, sich noch erhebliche Defizite zeigen, Forschungsbedarf benennen und eine Reihe von methodischen, aber auch inhaltlichen Problemen aufzeigen lassen.

Weiter wird zu zeigen sein, daß sich die Kirchenpolitik der SED in ihrer Komplexität nicht auf Beschlüsse der „Partei- und Staatsführung“ reduzieren und mit solchen Beschlüssen hinreichend deutlich beschreiben läßt. Eine erste recherchéartige Einbeziehung von Quellen der „unteren“ Ebene wird deutlich machen, daß die Strukturen kirchenpolitischen Handelns von Partei und Staat, die ihre Ausformung schon in der „Vor-Honecker-Zeit“ erhalten hatten, dennoch auf ihre spezifischen Arbeitsformen und -möglichkeiten im Untersuchungszeitraum zu betrachten sind.

Eine Abgrenzung verschiedener Phasen der Kirchenpolitik der SED ist m. E. nur in Parallele zu unterschiedlichen Phasen der gesamten gesellschaftspolitischen Entwicklung möglich und dann auch sinnvoll. Das heißt, daß die SED-Kirchenpolitik als in die Gesellschaftspolitik eingebettet zu betrachten ist. Dem steht heute noch die methodische Schwierigkeit entgegen, daß z. Z. vielmehr versucht wird, mit Hilfe der Kirchenpolitik, der heute das überwiegende Forscherinteresse gilt, die Gesellschaftspolitik zu beschreiben.

Diesen Umstand einbezogen, werden sich dennoch für die „Honecker-Zeit“ unterschiedliche, voneinander durch bestimmte Spezifika abzuhebende gesellschaftliche „Phasen“ aufzeigen lassen, die auch Auswirkungen auf die Kirchenpolitik haben.

## 2. *Quellenlage und Forschungsstand*

### 2.1. *Die Archive und ihre Benutzer*

Der für zeitgeschichtliches Arbeiten untypische, in dichter zeitlicher Nähe erfolgende fast unbegrenzte Zugang zur archivalischen Hinterlassenschaft der DDR darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Großteil der Forschungsarbeit noch vor uns liegt. Lange Wartezeiten für die Archivbenutzung sind einerseits Ausdruck vorhandener bzw. erhoffter Ergiebigkeit der entsprechenden Archive, zeigen aber auch an, daß z. Z. nicht nur wissenschaftliches Interesse – „ohne Zorn und Eifer“ – für die Arbeit am Thema „Kirche in der DDR“ vorherrschend ist. Ein Bericht über den Forschungsstand kann – schon allein wegen der großen zeitlichen Nähe des Untersuchungszeitraumes –



von den Motiven und Hintergründen, mit denen z. Z. historische Nachschau betrieben wird, nicht absehen. Folgende Aspekte und Motivationen werden dabei sinnvoll zu unterscheiden sein, auch wenn sie nicht sauber voneinander zu trennen sind:

1. Der akademische Wissenschaftsbetrieb zeitgeschichtlicher Forschung ist mit seiner eigenen Ost-West-Vereinigung gefaßt. Dieser nicht immer schmerzfreie Prozeß ist nicht abgeschlossen, und mancher „Historikerstreit“ wird dazu noch ausgefochten werden.<sup>14</sup>
2. Da die Kirchen eine der wenigen Institutionen mit öffentlich-moralischem Anspruch der DDR sind, die diese überdauert haben und in denen wichtige Personen der DDR-Zeit auch heute noch leitende Verantwortung tragen, sind sie also auch heute noch – im doppelten Wortsinn – „zitierbar“. Das erklärt gesteigertes journalistisches Interesse an dem Thema. Die ganze Palette investigativer Mittel und Methoden gelangt zur Anwendung, so daß zu Recht über weite Strecken von „Enthüllungsjournalismus“ gesprochen werden kann.
3. Name und Person des brandenburgischen Ministerpräsidenten und vormaligen berlin-brandenburgischen Konsistorialpräsidenten, Manfred Stolpe, belegen, daß historische Nachschau durchaus auch tagespolitische, wenn nicht sogar schlichte parteipolitische Gründe hat.
4. Kirchlicherseits betriebene Nachforschung ist oft genug als Reaktion auf „Enthüllungen“ oder erhobene Vorwürfe zu sehen und trägt entsprechende apologetische Züge.
5. Daß sich darüber hinaus ehemalige aktive „Kirchenpolitiker“ aus der DDR-Zeit – durchaus auch selbstkritisch – heute wieder an der Forschungsarbeit beteiligen, eröffnet ein ganzes weiteres Bündel komplexer Motivverflechtungen.<sup>15</sup>
6. Gewissermaßen mit staatlichem Auftrag beteiligt sich die Forschungsabteilung der Gauckbehörde an der Aufarbeitung der Vergangenheit.<sup>16</sup>

14 Exemplarisch könnte der Streit um den Potsdamer „Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien“ genannt werden. Dazu wurden in Tageszeitungen verschiedene z. T. sehr polemische Artikel veröffentlicht. Vgl. z. B. Armin Mitterer und Stephan Wolle: „Inquisitoren auf der Faultierfarm“ in: FAZ vom 9.9.1993

Goswinkel, Dieter: „DDR-Geschichtsschreibung mit alten Kadern?“ in: FR vom 11.12.1993; Eckert, Rainer: Handlungsspielraum oder Parteiindoktrination? – Langzeitwirkungen der SED-Herrschaft in der Geschichtswissenschaft, in: DA 26 (1993) S. 1409 f.

15 Zu nennen sind hier vor allem Horst Dohle und Wolfgang Heise, aber auch Olaf Klohr und Lutter.

16 Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976. Manuskriptdruck, Maschinenschrift 133 Seiten (+ Dokumentenanhang) Berlin, März 1993.

7. Nicht übersehen werden sollten auch Gruppen und Einzelpersonen der DDR-Bürgerrechtsbewegung, der „Kirche von unten“ usw., die aus der eigenen Betroffenheit heraus die Offenlegung der Vergangenheit betreiben.<sup>17</sup>

8. Zwischen diesen verschiedenen Ansätzen und Motiven entstehen abenteuerliche, früher undenkbar gehaltene Koalitionen, aber auch emotionsgeladene Abgrenzungen.

9. Hinzu kommen natürlich auch Sensationslust und Jagdfieber und andere, menschlich verständliche Motive, die eine erhebliche Rolle in dieser „Sturm- und Drangphase der Vergangenheitsbewältigung“ spielen.

Die an verschiedenen Strafprozessen aufgezeigten Grenzen der „Vergangenheitsbewältigung“ mit Hilfe der Justiz findet ihre Parallele im universitären Wissenschaftsbereich dergestalt, daß sich schon jetzt abzeichnet, daß etwa den engagierten Gruppen der Bürgerrechtler zwar immer wieder moralische Legitimation bescheinigt wird, die Ergebnisse ihrer Nachforschungen aber leicht mit dem Hinweis auf fehlende Professionalität beiseite getan werden können.<sup>18</sup>

Deshalb ist es m. E. besonders notwendig:

1. Nüchternen Vermahnungen, im Blick auf die Grenzen der Archivmaterialien und ihrer Bearbeitung, Beachtung zu schenken.<sup>19</sup>

2. In der spezifischen Herangehensweise der Enquete-Kommission soll nicht nur die notwendige wissenschaftliche Arbeit befördert werden, sondern es darf, auch in bezug auf die Kirchenpolitik der SED, die „Kompetenz der Betroffenen“ nicht unter den Tisch fallen.

Die in bezug auf die DDR-Vergangenheit nicht geltende bzw. großzügig gehandhabte 30-Jahres-Frist für Archivgut ermöglicht zwar raschen Zugriff, macht aber nicht die schwierige Suche nach Kriterien und Bewertungsmaßstäben, die nötig sind, um Archivgut einordnen und hinreichend würdigen zu können, einfach überflüssig.

Bezogen auf den Gegenstand der Kirchenpolitik der SED heißt das konkret: Die Offenlegung der Akten (etwa des Politbüros, des Zentralkomitees und des MfS) sind eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die sachgerechte Bearbeitung der DDR-Vergangenheit. Allerdings: Diese

17 Vgl. Krone, Tina und Reinhard Schult (Hrsg.): „Seid untertan der Obrigkeit“ – Originaldokumente der Stasi-Kirchenabteilung XX/4 – Berlin, Oktober 1992; Autorenkollektiv unter Leitung von Walter Schilling: Die andere Geschichte – Kirche und MfS in Thüringen, Erfurt, März 1993.

18 Vgl. z.B. Novak, Kurt: Die evangelische Kirche in der DDR als Aufgabe der kirchlichen Zeitgeschichtsschreibung, in: Rendtorff, Trutz (Hrsg.) Protestantische Revolution? – Kirche und Theologie in der DDR: Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien – Vorträge und Diskussion eines Kolloquiums in München 26. – 28.3.1992. Göttingen 1993.

19 Vgl. z. B. Weber, Herrmann: Die Täter-Opfer-Problematik – Dokumente und Meinungen zu Herbert Wehner – in: DA 26 (1993) S. 955 ff.

notwendige Arbeit an den Materialien sind weit fortgeschritten. In Sonderheit die Protokolle der Sitzungen des Politbüros sind zugänglich und werden – jedenfalls hinsichtlich der kirchliche Angelegenheiten betreffenden Tagesordnungspunkte – in kurzer Frist ediert werden. Vorarbeiten dazu sind abgeschlossen.<sup>20</sup> Ähnlich verhält es sich mit den Protokollen der Sitzungen des Sekretariats des ZK der SED. In beide fließen nachweisbar Vorarbeiten der AG Kirchenfragen des ZK der SED, der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und – allerdings im konkreten Einzelfall meist sehr viel schwerer nachweisbar – des MfS ein. Die derzeitigen Untersuchungen und daraus abgeleiteten Forschungsergebnisse stützen sich vor allem auf Material folgender „Einrichtungen“:

1. Protokolle des Politbüros des ZK der SED
2. Protokolle des Sekretariats des ZK der SED
3. Materialien der AG Kirchenfragen des ZK der SED
4. Unterlagen der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen
5. Unterlagen aus dem Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit, besonders seiner Kirchenabteilung XX/4
6. Nachlässe von (Partei-) Politikern der DDR (für den Untersuchungszeitraum ist hier besonders der Nachlaß von Paul Verner zu nennen)<sup>21</sup>

Nicht zuletzt aufgrund anderer Rechtslage wird die Editionsarbeit von Materialien der Blockparteien (besonders der CDU) und von Massenorganisationen erst im zeitlichen Abstand zu denjenigen von SED und Staatssicherheit erfolgen.

Wichtige, gerade die Vorarbeiten zu Beschlüssen der Leitungsgremien möglicherweise erhellende Unterlagen, sind erst seit kurzer Frist zugänglich<sup>22</sup> bzw.

20 Es sind mehrere Dokumentationen zur SED-Kirchenpolitik in Arbeit bzw. bereits im Manuskript fertiggestellt. Für den Untersuchungszeitraum sind in Kürze Arbeiten von Horst Dohle, Manfred Wilke (beide Berlin) und Gerhard Besier (Heidelberg) zu erwarten.

21 Nachlaß Paul Verner (Nachlaß-Nummer: NL 281 im Zentralen Parteiarchiv), hier zitiert nach der alten SED-Signatur „ZPA NL 281/48“.

22 Kürzlich wurden Unterlagen des „Büro Jarowinsky“ zugänglich. Eine erste Übersicht verdanke ich Friedemann Stengel (Halle/Saale): Bestand des „Büro Jarowinsky“. Vorläufige Signatur Parteiarchiv SED und Inhalt der Aktenstücke:

NR.: 38646 Informationen, Berichte SfK 1984–1988

NR.: 38647 Informationen ZKK an Büro J. 1985/86

NR.: 35486 Probleme kirchenpol. Entwicklung in der DDR

NR.: 35485 Informationen und Analysen SfK 1984

NR.: 35484 Informationen und Analysen ZKK 1984

NR.: 41890 Aktuelle Fragen der Arbeit mit den Kirchen 1987–1989

NR.: 41891 Äußerungen kirchenleitender Personen 1985. 1987–1989 u. a. Zionskirche, Gespräche mit Stolpe, Krusche, Leich u. a.; Zionskirche, Wahl, Veranstaltungen der KvU, Samariterkirche, Eppelmann. Ausreise von Bohley und den anderen.

NR.: 41892 Dienstreisen des SfK 1987–1989

NR.: 41893 Valuta-Sonderbauprogramme. 1982. 1984–1989

NR.: 41894 Ernennungen und Amtseinführungen kirchenleitender Persönlichkeiten 1987–1989

werden erst demnächst zugänglich werden<sup>23</sup> (vgl. dazu unter 2.6. Schlüsselbegriff „Arbeitsebene“).

Deutlicher Nachholbedarf besteht allerdings hinsichtlich der systematischen Einbeziehung von Archivmaterialien der unteren Ebenen (Bezirksarchive, Landeskreisarchive). Es wird zu zeigen sein, daß durch die Einbeziehung dieser Materialien sich mindestens Akzentverschiebungen hinsichtlich einer Bewertung von „Grundlagenbeschlüssen“ ergeben dürfte.

## 2.2. *Strukturen kirchenpolitischen Handelns*

Trotz der vielfältigen Bezüge der Kirchenpolitik im eigentlichen Sinne zur Gesellschaftspolitik im Ganzen lassen sich natürlich die Hauptakteure der „Staatspolitik in Kirchenfragen“, die einschlägig befaßten Stellen und Einrichtungen, klar benennen. Im Untersuchungszeitraum ist eine grundsätzliche Strukturänderung nicht vorgenommen worden. Alle „Organe“ der Kirchenpolitik waren schon in der Zeit vor Honecker herausgebildet worden. Allerdings hat es Verschiebungen in der Bedeutung der einzelnen Aktionsträger gegeben.

Es ist sinnvoll, wenigstens vier „Linien“ kirchenpolitischen Handelns in der DDR zu unterscheiden, wenn diese auch miteinander in Verbindung standen und nicht lupenrein voneinander zu trennen sind:

1. Partei
2. Ministerium für Staatssicherheit
3. Staatsapparat

(Katholische Kirche, Kardinal Meisners Wechsel nach Köln, Gespräche und Briefwechsel mit Prälat Lange)

NR.: 38650 Informationen zur ev. Kirche 1985

NR.: 38651 Informationen zur ev. Kirche 1986 (2 Bände)

NR.: 38652 Informationen zur ev. Kirche 1987 (2 Bände, Vorgänge in der Zionskirche, „Grenzfall“, Gespräche mit Forck, Stolpe, Pettelkau, Leich, KvU usw.)

NR.: 41895 ZKK und SfK – Kirche 1985–1989. Vermerke über Gespräche im Büro Jarowinsky mit Vertretern des SfK

NR.: 41896 ZKK und SfK – Kirche 1989 u. a. Gespräch Leich-Krenz 19.10.1989, Vorbereitungen dazu; Kirche in Völkershäusen; Gespräche mit Leich/Forck, Natho/G. Krusche und andere Gespräche im SfK mit Kirchenleuten aus den Jahren 1988/89; Liebknecht/Luxemburg-Demo 1988; Relegation der Schüler der Ossietzky-Schule; Gespräch Leich-Löffler am 10.8.1988; Gespräch mit G. Krusche Januar 1988.

NR.: 41898 Synoden 1987–1989

NR.: 41899 Ev. Landeskirchen. Friedensdekaden 1985–1988

NR.: 41900 Kirchentag Berlin 1987

NR.: 41901 Landeskirchen. 1987–1989

NR.: 41902 Synoden der Landeskirchen 1987–1989

NR.: 41903 Greifswalder Kirche

NR.: 41858 Kirchenzeitungen. Zensur u. a. 1987–1989

NR.: 41904 Diakonisches Werk 1988–1989

NR.: 41906 Ök. Versammlung 1988–1989

<sup>23</sup> So steht der öffentliche Zugang zu den Akten des „Büro Verner“ unmittelbar bevor.

#### 4. Nationale Front und Massenorganisationen

Alle vier dieser „Linien“ haben entsprechendes kirchenpolitisches Potential sowohl auf der DDR- als auch auf der Bezirks- und Kreisebene. Dennoch handelt es sich nicht um parallele Stränge, denn die Struktur war auf den vier „Linien“ höchst unterschiedlich. (Eine Übersicht am Ende benennt die wichtigsten Gremien und Einrichtungen.)

##### 2.2.1. *Der Einfluß der Staatssicherheit auf die Kirchenpolitik*

Die Staatssicherheit wird hier als erste genannt, weil sie im Untersuchungszeitraum ständig als kirchenpolitisches Organ an Bedeutung gewann. Das hat seinen Grund darin, daß – wie noch zu zeigen sein wird – im Rückgang des ideologischen Anspruchs der Staatspolitik auch die Kirchenpolitik zunehmend unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten gesehen wurde. Auch wenn der Frage nach der Staatssicherheit eine eigene Expertise gewidmet wird, seien hier doch einige Auffälligkeiten vermerkt:

Die „Kirchenlinie“ des MfS kannte die klare militärische Kommandostruktur und arbeitete schon von daher im Vergleich mit den anderen „Linien“ am effektivsten. Auch schien der Informations- und Kenntnisstand besser gewesen zu sein als etwa im Staatsapparat. Der ehemalige Leiter der Abteilung XX/4 des MfS, Wiegand, schwärmte noch im Dezember 1993 vor dem Untersuchungsausschuß des Brandenburger Landtages („Stolpe-Ausschuß“) von der gut sortierten Bibliothek in der Pankower Außenstelle seiner Dienst Einheit.

Es gab auch gedruckte Informationen auf der „Kirchenlinie“ des MfS, für die ausdrücklich galt:<sup>24</sup>

„Es handelt sich dabei um ein VVS-Material zur Information der Offiziere für Öffentlichkeitsarbeit, auf dessen Grundlage die Öffentlichkeitsarbeit vor ausgewählten Personenkreisen – Mitarbeiter des Staatsapparates, die mit der Durchsetzung der Kirchenpolitik direkt befaßt sind – zu gestalten ist. . . . Das vorliegende Material ist vor Genossen, die nicht Mitarbeiter des MfS sind, nicht als Ganzes vorzutragen, sondern im Sinne der Ausführungen erläuternd darzulegen. Das bezieht sich insbesondere auf die Abschnitte zum Mißbrauch der Kirchen. Darüber hinaus ist das Informationsmaterial für die Schulung operativer Mitarbeiter verwendbar.“

Dieses 66 Seiten umfassende Informationsmaterial „Kirchenfragen – Angriffe auf die Politik der SED gegenüber den Kirchen in der DDR und Versuche

24 Kopie der mit der lfd. Nummer 305 gekennzeichneten Vertraulichen Verschlusssache VVS 0028; MfS-Nr. 1932/87: Kirchenfragen – Angriffe auf die Politik der SED gegenüber den Kirchen der DDR und Versuche ihres Mißbrauchs durch den Gegner – (Vorwort: Irmiler (Generalmajor); Auszüge auch bei Besier, Gerhard und Stephan Wolf (Hrsg.): „Pfarrer, Christen, Katholiken“ – Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn <sup>2</sup> 1992 S. 468 ff.

ihres Mißbrauchs durch den Gegner“ enthält einen „Dokumentenanhang“ mit Auszügen aus der DDR-Verfassung, aus dem Strafgesetzbuch, einer (kirchlichen) Übersicht über Kirchen und Religionsgemeinschaften, eine wörtliche Wiedergabe eines Interviews Bischof Forcks mit dem „Spiegel“ (Nr. 21/87 S. 766 ff.) und den Auszug einer Schönherr-Rede von 1986 (veröffentlicht von der CDU). Der erste Teil liest sich wie eine Kirchengeschichte der DDR in nuce. Ausführlich und kenntnisreich werden die „Störversuche – Mißbrauch der Kirchen im Sinne des Gegners“ dargestellt. Das Kapitel über die Kirchenpolitik trägt die Überschrift: „Ohne doppelten Boden – Die Politik der SED in Kirchenfragen“.

Solches Material wird man bei den Mitarbeitern für Kirchenfragen, etwa auf der Ebene der Räte der Kreise vergeblich suchen.

Informationsmaterial des MfS wurde selbst in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen nicht dem normalen „Postweg“, mit Eintragung in das Posteingangsbuch, anvertraut. Nur dem Staatssekretär zur persönlichen Information zugeleitet, wurde es durch Boten in bestimmten Zeitabständen wieder abgeholt. Verschiedentlich tragen Dokumente des MfS Vermerke mit der Bitte um Rückgabe oder Vernichtung.

Auf der Ebene der Kreise und der dortigen Mitarbeiter für Kirchenfragen läßt sich zwar feststellen, daß alle Informationen auch an die KD des MfS geleitet wurden. In umgekehrter Richtung war das viel seltener der Fall. In einer Anweisung Mielkes vom 19.2.1988 wird folgende Maßnahme festgelegt:<sup>25</sup>

„1. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen haben durch Übergabe auswertbarer Erkenntnisse aus ihrem Verantwortungsbereich an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED beizutragen, daß die geplanten Gespräche mit den kirchenleitenden Kräften sach- und lagebezogen vorbereitet und durchgeführt werden können.“

Diese betonte Aufforderung ist im Zusammenhang der kirchenpolitischen „Großaktionen Jarowinsky-Papier“ und Honecker-Fernschreiben vom gleichen Tage zu sehen. Dieser Vorgang fällt aus dem Rahmen des üblichen.

Entsprechend ist auch im Landkreisarchiv Bitterfeld das einzige deutlich sich selbst als von der KD des MfS verfaßte Papier zu erkennengebende Dokument (Einschätzung von zwei Pfarrern des Kirchenkreises) vom 28.2.1988 datiert.<sup>26</sup>

Dennoch betonen Mitarbeiter des MfS bei Schulungsveranstaltungen für die Mitarbeiter für Kirchenfragen des Staatsapparates:<sup>27</sup>

25 Text bei Besier: Besier, Gerhard a. a. O. S. 541 ff.

26 Vgl. „Information zur Entwicklung in der evangelischen Kirche“ Archiv Landratsamt Bitterfeld, in: Aktenstück 7901.

27 Vgl. Protokoll der Dienstberatung des Arbeitsbereiches Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Halle vom 25.1.1989, in: Archiv Landratsamt Bitterfeld, Aktenstück 7889; Bei dem genannten Mitarbeiter der BV Halle, Bernd Heinrich, handelt es sich um den Verfasser einer die Evangelischen

„TOP 1: Gen. Bernd Heinrich, BV MfS:

... die Staatspolitik in Kirchenfragen wird durch die Räte der Kreise – in Abstimmung mit den KL der SED bestimmt – die KD MfS unterstützen diese Politik.“

Für die im Untersuchungszeitraum gewachsene Bedeutung der „Kirchenlinie“ des MfS spricht auch das Bemühen des MfS, die Zuständigkeit für die Kirchenpolitik gegenüber den Religionsgemeinschaften zu erhalten. Vom 10.8.1988 datiert ein entsprechender Vorschlag der Hauptabteilung XX des MfS.<sup>28</sup>

Nicht einfach hingegen ist die Frage zu beantworten, welchen Stellenwert „Kirche“ für die gesamte Arbeit des MfS besaß. Möglicherweise ist hier durch die gegenwärtige Veröffentlichungspraxis ein falscher Eindruck entstanden. Mindestens zwei Argumente sollten jedoch beachtet werden:

1. Es ist für die Rolle des MfS in der Kirchenpolitik der SED vermutlich nicht zulässig, die Jahre 1988/89 zum Maßstab zu machen. Die publizierten Texte geben für diese letzte DDR-Phase allerdings deutlich wieder, daß die Kirche und ihr Umfeld zu den Hauptrisikofaktoren in dieser immer instabiler werdenden Situation gezählt wurden. Zu oft gerät das Thema „Kirche“ in die zentralen Anweisungen Mielkes. Aber: Auch hier muß festgehalten werden, daß es sich dabei in starkem Maße um die „Gruppen“ handelt, die „unter dem Dach“ der Kirche agierten.

2. Einen nicht ganz so hohen Stellenwert der „Kirche“ in der Arbeit des MfS belegen zwei wichtige Dokumente:

2.1. Der Arbeitsplan der Abteilung XX/4 der BV Berlin (Kirche gehört zur Unterabteilung XX/4) vom 19.12.1988 sieht die „Sicherung und Unterstützung der Politik der Partei in Kirchenfragen“ als Unterpunkt 1.4.6 (= Seiten 29–33) des gesamten Dokumentes.<sup>29</sup>

Selbst wenn in den praktisch operativen Vorgängen der Kirche ein größerer Stellenwert zugekommen ist, in den Arbeitsplänen ist er viel geringer.

2.2. Die veröffentlichte Liste aller an der Potsdamer Stasihochschule abgeschlossenen Promotionsverfahren nennt 174 Titel von Promotionsarbeiten (verfaßt z. T. in Gemeinschaftsarbeit von 478 Doktoranden). Nur eine Arbeit davon hat ein ausdrücklich „kirchliches“ Thema.<sup>30</sup> Fragen des Grenzregimes, der Stasi-Psychologie und der Wirtschaft übertreffen Kirche bei weitem.

Studentengemeinden betreffende Diplomarbeit an der Stasi-Hochschule Potsdam. Vgl. Heinrich, Bernd: Die Kenntnis über die Evangelischen Studentengemeinden der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen im Verantwortungsbereich der BV Halle – Voraussetzung für eine wirksame politisch-operative Arbeit. Diplomarbeit vom 10.10.1985. Vertrauliche Verschlusssache, MfS JHS-Nr. 310/85

28 Vgl. die Dokumente bei Besier: Besier, Gerhard a. a. O. S. 507 ff.

29 Text bei: Besier, Gerhard a. a. O. S. 775 f.

30 Vgl. Dokumentation „Doktorarbeiten im Auftrag der Stasi“ in: DA 26 (1993) S. 1439 ff.

### 2.2.2. Die „Linie“ der Partei

In der Partei mit ihrem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ herrscht eine annähernd ähnliche straffe Befehlsstruktur wie beim MfS vor. Eine besondere Funktion hat dabei die „Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED“ (AG Kirchenfragen ZK). Sie untersteht direkt einem für Kirchenfragen zuständigen Mitglied des Politbüros (im Untersuchungszeitraum sind das Paul Verner und Werner Jarowinsky) und hat damit de facto den Stellenwert einer ZK-Abteilung (Gliederungshierarchie: Sektor – Arbeitsgruppe – Abteilung). Insofern befand sich die AG Kirchenfragen in einer ähnlichen Sonderstellung wie die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen gegenüber dem Ministerrat der DDR. Vorlagen für das Sekretariat des ZK und für das Politbüro werden im wesentlichen in dieser Arbeitsgruppe erstellt (zur Zusammenarbeit mit Staatssekretär und MfS vgl. unter 2.4. Schlüsselbegriff „Arbeitsebene“).

Die Mitarbeiter der AG Kirchenfragen werden häufig zu Schulungen für die Mitarbeiter im Staatsapparat herangezogen.

Auch auf der „Parteilinie“ gibt es in Kirchenangelegenheiten die entsprechenden Untergliederungen in den Bezirken und Kreisen. In den Bezirksparteileitungen und in den Kreisleitungen der SED finden sich verantwortliche Mitarbeiter für Kirchenfragen, die im engen Kontakt mit den Räten der Bezirke bzw. Kreise standen. Auf der Ebene des Kreises wurden sogenannte „Koordinierungsgruppen Kirchenfragen“, denen mindestens die Mitarbeiter für Kirchenfragen des Rates des Kreises und der Kreisleitung der SED, meist aber auch die 1. Sekretäre der Kreisleitung und der Vorsitzende des Rates des Kreises angehörten, gebildet. Darüber hinaus, zu bestimmten Anlässen gebildete Einsatzstäbe (etwa zu Synoden, kirchlichen Großveranstaltungen und zu den Friedensdekaden), setzten sich aus Mitarbeitern sowohl des MfS, der Partei und der Räte von Bezirk und Kreis zusammen (vgl. unter 2.10.2.7. Bereitschaftsdienst und operative Einsätze).

### 2.2.3. Der Staatsapparat

Anders und wesentlich komplizierter gestaltete sich die staatliche „Linie“. Auf der DDR-Ebene bestand hier seit Mitte der 50er Jahre die „Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen“. Diese Dienststelle ist nie zu einem eigenen „Staatssekretariat“ erhoben worden, auch wenn sich diese Bezeichnung weithin, bis in die Fachliteratur hinein, durchgesetzt hat. Der Staatssekretär selbst nahm eine Sonderstellung insofern ein, als er nicht einem Ministerium (etwa Kultur) unterstellt war, sondern direkt dem Ministerrat. Auf der Ebene der Bezirke und Kreise hatte die Dienststelle des Staatssekretärs keine eigentliche Untergliederung (wie es sie zum Beispiel in der Untergliederung



der Staatskirchenämter der anderen sozialistischen Staaten gab). Kirchenfragen gehörten auf Bezirks- und Kreisebene zum „Bereich Inneres“, und einer der sogenannten „Stellvertreter Inneres“ war mit den Fragen beschäftigt. (Umgangssprachliche Bezeichnung war „Referent für Kirchenfragen“, auf Bezirksebene oft „Sektorenleiter Kirchenfragen“, als Sammelbegriff in den Protokollen der Arbeitsberatungen: „Mitarbeiter [für] Kirchenfragen“.)

#### 2.2.4. *Nationale Front und Massenorganisationen*

Eine häufig übersehene und in der Honeckerzeit in der Tat auch deutlich abgeschwächte Bedeutung hat die „Linie“ Nationale Front – Massenorganisationen. Auch hier gab es eine durchgängige Gliederung vom „Nationalrat der Nationalen Front“ auf DDR-Ebene über die „Bezirks- und Kreisausschüsse der Nationalen Front“ bis hin zu den „Wohnbezirksausschüssen“. Bis hinab zu den Kreisausschüssen gab es auf allen Ebenen eine „Arbeitsgruppe Christliche Kreise“.

Bei der „Nationalen Front“ ist es am wenigsten möglich, von einer durchgehenden Befehlsstruktur zu sprechen. In der Praxis hatten etwa SED-Kreisleitung und der Rat des Kreises bei dem Kreisausschuß der Nationalen Front mehr zu bestellen als etwa der entsprechende Bezirksausschuß. Im Blick auf die Kirchenpolitik muß hier zweierlei festgehalten werden:

1. Die Frage, inwiefern die CDU in der DDR kirchenpolitische Bedeutung hat, läßt sich ohne Einbeziehung der Nationalen Front nicht hinreichend beantworten.

Besonders über die „Arbeitsgruppe Christliche Kreise“ wurde sie in die aktive Kirchenpolitik mit eingebunden. Genau so wurde allerdings auch versucht, Vertreter der anderen „Blockparteien“ und der FDJ in die Arbeitsgruppen zu integrieren. Diese Arbeitsgruppen dienten letztlich auch der „Differenzierung“ zwischen „fortschrittlichen“ und „negativen“ kirchlichen Mitarbeitern.

Hier ist ein deutlicher Unterschied zu früheren Phasen der DDR-Kirchenpolitik festzustellen: Der CDU kam z. B. in der Zeit vor der Gründung des Kirchenbundes und im Differenzierungsbemühen der SED zwischen den einzelnen Landeskirchen erheblich größeres kirchenpolitisches Gewicht zu als in der „Honecker-Zeit“.

2. Über die Nationale Front wurden quasi-kirchliche Institutionen wie der „Bund evangelischer Pfarrer“, der „Evangelische Pfarrertag“, die „Berliner Konferenz europäischer Christen“ sowie Publikationen (Zeitschriften, Bücher und Broschüren) finanziell gefördert. (Weitere Geldmittel kamen aus dem Sonderfonds der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen.)

Diese Förderung nahm allerdings in der Honeckerzeit deutlich ab und wurde – was den Pfarrerbund und den „Pfarrertag“ (und dessen „Fortsetzungsausschuß“) betrifft – schließlich ganz eingestellt. Das ist vor allem mit einer

veränderten Politik gegenüber den Kirchenleitungen zu erklären (vgl. unter 3.3.3. Man trägt wieder Religion [1978–1985]).

### 2.3. *Papierflut und Dokumentenscheu*

Die auf den ersten Blick erschlagend umfängliche Papier- und Dokumentenhinterlassenschaft der DDR-Kirchenpolitik läßt bei genauerem Hinsehen auch Strukturen erkennen, die nur als Scheu vor festlegenden schriftlichen Dokumenten und ihrer Verbreitung beschrieben werden kann. Das wird nicht nur deutlich an den selbst an relativ banalen Dokumenten haftenden Vertraulichkeits- bzw. Geheimhaltungsvermerken<sup>31</sup> bzw. an der besonders bei Dokumenten der Staatssicherheit häufig schon im Dokumentenkopf vermerkten Verpflichtung zur Rückgabe bzw. zur Vernichtung,<sup>32</sup> sondern darüber hinaus gibt es den bewußten Verzicht auf die Erstellung von schriftlichen Dokumenten.<sup>33</sup>

Was bedeutet diese „Dokumentenscheu“ auf dem Gebiet der Kirchenpolitik? Willi Barth, der langjährige Leiter der AG Kirchenfragen beim ZK, wird mit den Worten zitiert, daß man an kirchenpolitischen Konzeptionen nur das aus dem Hause gebe, „was man getrost an jede Kirchentür nageln könnte“.<sup>34</sup> Erste Übersichten über Archive der Bezirke und Kreise machen deutlich, daß auch im Umgang mit den Mitarbeitern des Staatsapparates äußerst sparsam bei der Übergabe von Dokumenten umgegangen wurde. Auch sie erhielten nur unwesentlich mehr, als was an „Kirchentüren genagelt“ hätte werden können.<sup>35</sup> Die dem entsprechende Praxis läßt sich nahezu auf folgende Faustformel bringen: Papier, in Form von „Protokollen“, „Berichten“, „Einschätzungen“, „Statistiken“ etc. wurde „unten“ in großer Menge produziert und nach „oben“ geleitet. Auf umgekehrtem Wege sah das anders aus. Hier geschah Informationsweitergabe hauptsächlich durch mündlichen Vortrag. Regelmäßig wurden die „Mitarbeiter Kirchenfragen“<sup>36</sup> zu Informationsveranstaltungen („Arbeitsberatung“) zusammengerufen. Auf DDR-Ebene, also vor den Mitarbeitern für

31 Vgl. Zitat unter 2.2.1. Der Einfluß des Staatssicherheitsdienstes auf die Kirchenpolitik.

32 Zahlreiche Beispiele bei Besier, Gerhard a. a. O.

33 Dem entspricht z. B. auch die Praxis, Eingaben von Bürgern in der Regel mündlich zu beantworten. Damit wurde nicht besondere persönliche Nähe demonstriert, sondern es wurden vor allem schriftliche, zitierbare Dokumente vermieden. Das konnte soweit gehen, daß rechtskräftig verurteilten Bürgern die Aushändigung schriftlicher Urteilsbegründungen verweigert wurde.

34 Zitiert in: Funk, Uwe: Vom „6. März“ zum „9. November“ – Möglichkeiten und Grenzen sozialistischer Kirchenpolitik in der DDR der achtziger Jahre in: Staatliche Kirchenpolitik im „real existierenden Sozialismus“ in der DDR. Materialien eines Wissenschaftlichen Kolloquiums im Adam-von-Trott-Haus vom 1. bis 3. Oktober 1992, Hrsg. vom Evangelischen Bildungswerk Berlin, Berlin 1993.

35 Vgl. unter 2.10.1. Kenntnisstand der Mitarbeiter für Kirchenfragen und ihr Arbeitsmaterial.

36 Sammelbezeichnung für die Mitarbeiter auf dem Kirchengebiet in Bezirken der Kreise, aber auch die bei den Leitungen der SED. Vgl. dazu unter 2.2.3. Der Staatsapparat.

Kirchenfragen der Bezirke, referierte dann der Staatssekretär für Kirchenfragen, ein Mitarbeiter aus der AG Kirchenfragen des ZK der SED oder sogar das für Kirchenfragen zuständige Politbüromitglied.<sup>37</sup> Die Mitarbeiter für Kirchenfragen verfertigten Mitschriften, die dann zur Grundlage der Referate wurden, die sie ihrerseits vor den Mitarbeitern für Kirchenfragen der Kreise hielten. Für einige Vorgänge läßt die Aktenlage es zu, diese ganze „Informationskette“ genau zu rekonstruieren. Als an einem besonders wichtigen und gut belegbaren Beispiel soll diese „Kette“ am Gespräch zwischen Erich Honecker und dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen vom 6. März 1978 dargestellt werden.

Die Dokumente zur Vorbereitung<sup>38</sup> des Gesprächs und die dazu gehörigen einschlägigen Beschlüsse sind zugänglich. Das Gespräch selbst ist hinreichend genau zu dokumentieren. Wortprotokolle und (Stumm-) Filmaufnahmen liegen vor. Am 14. März stimmt das Politbüro den Gesprächsergebnissen zu und legt fest, wer über das Gespräch zu informieren ist.<sup>39</sup> Das Gespräch kam auch für die meisten Parteimitglieder überraschend und bedurfte der Interpretation. Am 22. März referierte Paul Verner vor Mitarbeitern Kirchenfragen der Bezirksparteileitungen und der Räte der Bezirke.<sup>40</sup> Für den Bezirk Halle existieren zwei Fassungen einer Mitschrift bzw. zur Information für den Bezirksparteichef gefertigte Vermerke mit einem Extrakt des Vernerschen

37 Im betreffenden Zeitraum handelt es sich um die Politbüromitglieder Paul Verner und Werner Jarowsky. Verner war vor allem für Sicherheitsfragen zuständig und wurde darin nach seinem Ausscheiden aus dem Politbüro von Egon Krenz abgelöst. Jarowsky war gleichzeitig ZK-Sekretär für Handel und Versorgung. Als Referent auf den Arbeitsberatungen der Mitarbeiter Kirchenfragen wie auch sonst mit öffentlichen Äußerungen zur Kirchenpolitik ist P. Verner viel häufiger in Erscheinung getreten als W. Jarowsky.

38 Vgl. z. B. Protokoll Bellmann nach Gespräch mit Manfred Stolpe am 15.7.1977, Protokoll vom 18.7.1977 zitiert bei Neubert, Ehrhart: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Dr. Manfred Stolpe. Hrsg. im Auftrag der Fraktion Bündnis in Landtag Brandenburg am 27.8.1993, Maschinschrift, viervielfältigt 96 Seiten, Seite 78. Vgl. Bestätigung Honecker für Vorbereitung Gespräch 6.3.1978 vom 24.10.1977 zitiert bei: Dohle, Horst: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978 (Dissertation B vom August 1988) Maschinschrift, viervielfältigt 194 Seiten (+ Anmerkungen und Literaturverzeichnis) hier: S. 168.

39 Politbüro 14.3.78 Tagesordnungspunkt 10: Beschluß bestätigt Vorlage (= Anlage Nr. 8). Anlage: Beschluß 5 Punkte:

1. Zustimmung Kenntnisnahme der Festlegungen zu den Sachfragen
2. BL SED und KL SED sind zu informieren: „Sie haben Durchführung zu sichern“
3. Beratung mit den einzelnen Ministerien
4. Information an CDU (Götting): „mit dem Ziel, seitens der CDU Schlußfolgerungen für die Verstärkung ihrer Tätigkeit mit Kirchenmitgliedern und Pfarrern festzulegen“
5. Information an Nationale Front und Friedensrat.

40 Rede Paul Verners am 22. März 1978 zur Auswertung des Gesprächs vom 6. März 1978 vor den Stellvertretenden Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke und den für Kirchenpolitik Verantwortlichen aus den Bezirksleitungen der SED während einer Arbeitsberatung in Berlin. Maschinschrift, 46 Seiten (zweizeilig). Der Text findet sich im Nachlaß P. Verners (ZPA NL 281/48) und wird in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht werden.

Referates.<sup>41</sup> Am 7. April 1978 fand eine Arbeitsberatung beim Rat des Bezirkes Halle mit den Stellvertretern des Vorsitzenden für Inneres und Mitarbeitern für Kirchenfragen der Räte der Kreise statt, auf der in der Bezirksleitung Halle der SED für Kirchenfragen zuständige Mitarbeiter „Grundsatzausführungen“ zum Thema „Auswertung und Schlußfolgerung über das Gespräch des Gen. Honecker mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR“ vortrug.<sup>42</sup> Eine weitere Auslegung des 6. März findet sich in einem Vermerk über eine Beratung der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen, gefertigt vom Mitarbeiter für Kirchenfragen der Bezirksleitung der SED Halle<sup>43</sup> vom 7.7.1978, d. h. schon auf dem Hintergrund der Diskussion um die Einführung des Wehrunterrichts in den Schulen der DDR.<sup>44</sup>

Solche Informationsketten und der mit ihnen zwangsläufig verbundene Informationsverlust verdienen genauere Untersuchung. An den überprüften Beispielen kann eine deutliche Vereinfachung und Vergrößerung (um nicht von „Grobschlächtigkeit“ zu sprechen!) in der Argumentation beobachtet werden. Es kann nicht ohne Belang bleiben, daß die konkret kirchenpolitisch handelnden Staatsvertreter der unteren Ebenen, die die Beschlüsse umzusetzen hatten, eindeutig von einem anderen Informationsstand her operierten als „oben“ gedacht. Inwieweit das ganze System überhaupt so angelegt worden ist, muß heute noch Spekulation bleiben. Jedenfalls hilft es, verschiedene konfrontative Vorgänge an der Basis besser zu erklären, und beleuchtet das Getränkemotiv von „Cocktail und Magenbitter“<sup>45</sup> noch vor einer anderen Seite.

Daneben gab es auch direkte schriftliche „Informationen“<sup>46</sup> vom Staatssekretär oder der AG Kirchenfragen beim ZK, aber rein zahlenmäßig überwiegen

41 Vgl. Bezirksleitung der SED Halle (Saale) Hausmitteilung an den 1. Sekretär Gen. W. Felde vom 23. März 1978 vom Mitarbeiter für Kirchenfragen (auf Kopfbogen „Hausmitteilung“, 5 Seiten Maschinenschrift Signatur (alt) Parteiarchiv PDS IV/D-2/14/477 Blatt 092 bis 096 und (nicht auf Kopfbogen): IV/D-2/3/229 Blatt 022 bis 026. Vgl. weiter: Bezirksleitung Halle der SED, Mitarbeiter Kirchenfragen: Information über den Inhalt und die Festlegungen des Gesprächs des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Genossen Erich Honecker, mit dem Vorstand der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR am 6. März 1978 vom 30.3.1978. Maschinenschrift 24 Seiten; Signatur (alt) Parteiarchiv PDS Halle/Saale: IV/D-2/14/477 Blatt 097 bis 121.

42 Vgl. Protokoll über die Arbeitsberatung beim Rat des Bezirkes Halle ... in Archiv Landratsamt Bitterfeld Aktenstück 2357. Das Protokoll umfaßt 8 Seiten einschließlich Diskussion und der Zusammenfassung des für Inneres zuständigen Mitarbeiters des Rates des Bezirkes.

43 In den von den Archiven zur Verfügung gestellten Kopien sind die Namen der handelnden Personen geschwärzt worden. Sie sind dem Vf. aber alle „hinlänglich“ bekannt. Dennoch wird auf die Namensnennung hier verzichtet.

44 Information über eine Beratung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen vom 7.7.1978 Maschinenschrift 8 Seiten Signatur (alt) Parteiarchiv PDS Halle/Saale: IV/D-2/14/477 Blatt 170 bis 177.

45 Vgl. Zitat von Paul Verner unter 1.1. Oben Cocktail und unten Magenbitter.

46 Vgl. die im Manuskript gedruckten „Informationen“. Im Archiv des Landkreises Bitterfeld findet sich – bestimmt für den Vorsitzenden des Rates des Kreises – eine Information Nr. 243 (1988/2): „Zur Festnahme von Personen wegen begründeten Verdachts landesverräterischer Beziehungen“ (4 Seiten, ohne Verfasser und Absenderangabe) Archiv Landkreis Bitterfeld, Aktenstück 8343).

in den Archiven die von den Mitarbeitern für Kirchenfragen der jeweiligen Ebene gefertigten Mitschriften und Protokolle. Dennoch: Die Mitarbeiter für Kirchenfragen konnten sich mit den Informationen, den gehörten mündlichen Erläuterungen und den wenigen, mit Vertraulichkeitsvermerken versehenen, schriftlichen Informationen, durchaus zu den Privilegierten im Lande zählen, was für das ganze System abgestufter Privilegien nicht unwichtig gewesen sein dürfte.

Einschränkend sei allerdings hinzugefügt: Auch die Mitarbeiter für Kirchenfragen waren eingebunden, z. B. in die „Kreiskoordinierungsgruppe Kirchenfragen“, in die auf jeden Fall Informationen der „Parteistrecke“ und vermutlich der KD des MfS einfließen. Das heißt, daß die mündliche Informationslage doch besser gewesen sein dürfte, als es die Aktenlage ersichtlich macht.

#### 2.4. Schlüsselbegriff „Arbeitsebene“

Ein besonderer Schwerpunkt der archivalischen Forschung lag bisher in der Bearbeitung von Protokollen der genannten einschlägigen Entscheidungsgremien und davon besonders des Politbüros der SED.

Die notwendige quellenkritische Frage, welchen Stellenwert Protokolle von Sitzungen von Gremien im System des demokratischen Zentralismus eigentlich haben, ist noch nicht hinreichend beantwortet. Mindestens scheint es aber zu einfach, die mit dem Genus „Protokoll“ verbundene gängige Vorstellung von Objektivität und Konzentration auf das Wesentliche ungeprüft auf die Protokolle der Parteigremien zu übertragen.

Es mag dem geheimnisumwobenen Nimbus geschuldet sein, mit dem die wöchentlichen Sitzungen des höchsten Parteigremiums umgeben waren, daß die immer wieder anzutreffende Banalität dieser Protokolle so enttäuschend ist. Das Material erführe z. B. schon erhebliche Reduzierung, striche man alle Tagesordnungspunkte, die sich ausschließlich mit der Vergabe von Orden und Ehrungen, der Aussendung bzw. dem Empfang von Delegationen und Jubiläumsveranstaltungen befassen.

In den Politbürositzungen, deren Tagesordnung nicht selten mehr als 30–40 Punkte umfaßt, kommt Kirche als eigenständiger Tagesordnungspunkt seltener vor, als die Publikationen der letzten drei Jahre vermuten lassen. Auch die Inhalte der behandelten Fragen sind oft genug von relativ untergeordnetem Interesse.<sup>47</sup>

Besonders die Protokolle des Politbüros weisen im Blick auf die Kirchenfragen eine fast durchgängige Struktur auf: Der eigentliche Beschluß ist eine Zustimmung zu einer in der Anlage sich findenden Vorlage, die zumeist von dem

<sup>47</sup> In der von Horst Dohle zu erwartenden Dokumentation werden summarische Auflistungen der kirchenpolitischen Entscheidungen, wie sie laut Tagesordnung im Politbüro und im Sekretariat des

im Politbüro für Kirchenfragen zuständigen Mitglied als „Berichterstatter“ eingebracht worden war.<sup>48</sup> Nur selten wird solche Vorlage ausdrücklich ergänzt bzw. zurückverwiesen. Einige Male erteilt das Politbüro den Auftrag zur Erarbeitung einer Vorlage. Daß in aller Regel nichts über den Prozeß der Entstehung solcher Vorlagen hervorgeht, ist eine Besonderheit, die für die Beschreibung der Kirchenpolitik nicht unerheblich sein dürfte, zumal der „Anteil“ der verschiedenen Akteure sicher nicht uninteressant für die Bewertung sein dürfte.

Beteiligte berichten<sup>49</sup> über vorgesehene und zur Praxis gewordene Konsultationen bzw. Konsultationspflichten zwischen verschiedenen mit Kirchenpolitik befaßten „Organen“. In Stasi-Dokumenten und -Informationen taucht dafür mehrmals der Begriff „Arbeitsebene“ bzw. „wurde auf Arbeitsebene entschieden“ auf.<sup>50</sup> Es ist dabei nicht völlig dem Eindruck zu wehren, daß mit solch formelhaften Wendungen die wirklichen Akteure verschwiegen werden sollen. In den Lageeinschätzungen des 1. Sekretärs der KL der SED Bitterfeld findet sich sehr oft folgende Floskel:<sup>51</sup>

„Nach Informationen der Partner des Zusammenwirkens teilen wir mit, daß Pfarrer . . . diese Veranstaltung leitete.“

Vermutlich ist das MfS und nicht unbedingt der Rat des Kreises gemeint, wie aus einer anderen „Lageeinschätzung“ verdeutlicht werden kann:<sup>52</sup>

„Nach Abstimmung mit den Partnern des Zusammenwirkens und dem Vorsitzenden des Rates des Kreises in Auswertung der 9. Tagung des ZK der SED . . . schlagen wir vor . . .“

Oder noch deutlicher:<sup>53</sup>

ZK getroffen wurden, nach Jahren geordnet, zu finden sein. Danach ergibt sich ungefähr folgendes Bild:

Jahr	Politbüro	ZK-Sekretariat
1982	2	8
1983	5	9
1984		
1985	1	6
1986	3	6
1987	2	8
1988	15	15
1989	4	6

Dabei sind besonders im Sekretariat des ZK häufig Entscheidungen zu ökumenischen Ein- und Ausreisen bzw. zu größeren Veranstaltungen gefallen, die hier nicht mitgezählt wurden.

48 Eine bemerkenswerte Ausnahme: Beim Bericht über die Görlitzer Tagung der Bundessynode (September 1987) wird Erich Honecker persönlich als „Berichterstatter“ genannt: Tagesordnungspunkt 16 Politbürositzung vom 22.9.1987.

49 Gespräch des Vf. mit Horst Dohle am 11.10.1993 in Berlin.

50 Beispiele bei Besier, Gerhard a. a. O., z. B. S. 515 und 523.

51 Lageeinschätzung vom 30.10.1989, Archiv Landratsamt Bitterfeld, Aktenstück 7914.

52 Lageeinschätzung vom 20.10.1989 a. a. O.

53 Lageeinschätzung vom 16.10.1989 a. a. O.

„... . Gemeinsam mit den interessierenden kreislichen Dienststellen wird eingeschätzt, daß diese Konzerte (= Konzerte der kirchlichen Rockgruppe „Revolution of love“ in Wolfen und Bitterfeld, A.N.) keine Öffentlichkeitswirksamkeit erreichten. ...“

In der Natur der Sache liegt es, daß auf der Arbeits- bzw. Konsultationsebene wohl Vermerke, aber kaum Protokolle gefertigt wurden.

Abgesehen von der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, wo für spezielle Einzeluntersuchungen derartige Vermerke schon herangezogen worden sind, werden sich solche für Politbüro, Sekretariat und AG vornehmlich in den Handakten der beteiligten Personen finden. Die archivalische Erschließung dieser Akten ist nicht abgeschlossen.<sup>54</sup>

Beispiel für einen Vermerk auf Arbeitsebene:<sup>55</sup>

„Arbeitsgruppe Kirchenfragen  
Vermerk für Genossen Jarowinsky

23.8.1985

Betr.: Kontaktieren und Koordinieren des Kirchenbundes in der DDR mit kirchlichen und politischen Kreisen in der BRD – besonders im Blick auf das angestrebte „Spitzengespräch“

In einem Gespräch am 22.8.1985 übermittelte Genosse Wiegand (MfS) folgende Erkenntnisse. (Seine Ausführungen ließen erkennen, daß über diese Problematik eine schriftliche Information des MfS in Arbeit ist.)“

Schon die kirchliche Mitschrift der ersten größeren Seigewasser-Vorhaltung („Seigewasser-Protokoll vom 26.6.1972“), also zu Beginn des Untersuchungszeitraumes, vermerkt:<sup>56</sup>

„Seigewasser deutet an, daß eine Grundsatzklärung in Abstimmung mit anderen zentralen Organen erarbeitet worden sei, die er verlesen möchte. Es handle sich jedoch nicht um eine Festlegung, sondern um den abgestimmten Gesprächsbeitrag des Staates.“

Im Grunde ist es so bis zum Ende der DDR geblieben. Auch Dokumente des MfS benennen – wenngleich in sehr allgemeiner Form – solche „Arbeitskontakte“. So heißt es eingangs einer „streng geheimen“ Information für „Führende Funktionäre in Staat und Partei sowie leitende Mitarbeiter des

54 Vgl. Anmerkung Nr. 22 und 23.

55 Zitiert nach Reuth, Ralf Georg: IM Sekretär – Die „Gauck-Recherche“ und die Dokumente zum „Fall Stolpe“. Ullstein-Report, Frankfurt/M. 1992.

56 Vgl. Auszug aus dem Vermerk über das Gespräch des Vorstandes der Konferenz mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 26.6.1972, 4 Seiten, vervielfältigt; dazu Anschreiben des Evangelischen Konsistoriums Magdeburg an Präpste, Superintendenten und Provinzialpfarrer vom 22.9.1972.

mFs“ über die Aktion in der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde Berlin (30.11.1987):<sup>57</sup>

„Die auf zentralen Entscheid im abgestimmten Zusammenwirken der einbezogenen staatlichen Organe und gesellschaftlichen Kräfte festgelegten Maßnahmen wurden entsprechend der vorgegebenen politischen Zielstellung und im vorgesehenen Umfang realisiert.“

Summa: Das dichte Geflecht von Konsultationen und Absprachen und „zentralen Festlegungen“ wird zunächst in Einzeluntersuchungen erhellt werden müssen und kann dann verallgemeinert werden.

## 2.5. *Kirchenpolitik außerhalb der Tagesordnung*

Die Gründung der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen geschah auch mit der Absicht, den Kirchen die Gelegenheit zu nehmen, durch Verhandlung mit einzelnen Dienststellen und Ministerien „differenzierend“ im Staatsapparat wirken zu können. Es darf dennoch nicht übersehen werden, daß die vollständige Zentralisierung der Kirchenpolitik nicht erfolgt ist.

Als Dokumente zur Kirchenpolitik erscheinen vornehmlich solche, die unter einem Tagesordnungspunkt mit ausdrücklichem kirchlichen Bezug verhandelt worden sind. (Im Politbüro z. B. Vorlagen, die über die Arbeitsgruppe Kirchenfragen eingebracht bzw. von dieser angefordert worden sind.) Bisher scheint es noch nicht möglich, genügend Querverbindungen zu Verhandlungsgegenständen herzustellen, die expressis verbis keinen kirchlichen Bezug, gleichwohl aber kirchenpolitische Bedeutung haben. Das gilt z. B. für alle Bereiche mit „quasi-kirchlichem Hintergrund“, z. B. Besetzung von Lehrstühlen an theologischen Fakultäten bzw. Sektionen, Ehrenpromotionen an diesen Sektionen;<sup>58</sup> weite Bereiche der Blockparteien, besonders der CDU, aber auch hinsichtlich mancher Vorlagen der Arbeitsgruppe „Jugend“ des ZK,<sup>59</sup> der Abteilung Kultur<sup>60</sup> und sogar für Unterlagen einzelner Politbüromitglieder, die zwar nicht die Kirche, aber – wie z. B. Albert Norden, der u. a. für den

57 Text bei Besier, Gerhard a. a. O., S. 525.

58 Hier wäre die Abteilung „Wissenschaft“ des ZK zu untersuchen. Für die Besetzung von Lehrstühlen, die mit einschlägig kirchenpolitischer Zielsetzung erfolgte, wäre das Zusammenspiel von Abteilung Wissenschaft, Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen zu betrachten. Ein einschlägiges Projekt bearbeitet z. Z. Friedemann Stengel an der Universität Halle.

59 Die AG Jugend und das Ministerium für Volksbildung und die FDJ sollen eine Solidaritätsreise junger Christen der DDR nach Nicaragua 1988 in letzter Minute verhindert haben. Vgl. dazu Unterlagen der Tagung der Bundessynode in Dessau, September 1988, besonders Beschluß zur gesellschaftlichen Verantwortung.

60 Abteilung Kultur und Kulturministerium waren zum Beispiel für das ganze Verlagswesen und damit für viele zensierende Entscheidungen zuständig. An einem einschlägigen Projekt zu dieser Frage arbeitet Siegfried Bräuer vom Kirchenamt der EKD.



Friedensrat der DDR zuständig war – auch Themen mit kirchlichem Bezug zu bearbeiten hatten.<sup>61</sup>

Besonders hinsichtlich der Fragen nach der Einordnung der Kirchenpolitik der SED in die Gesellschaftspolitik überhaupt besteht auf diesem Feld noch erheblicher Forschungsbedarf. In diesem Zusammenhang soll die Benennung von drei beispielhaften Themen helfen, den notwendigen Forschungsbedarf zu begründen.

1. Beunruhigung in den Kirchen löste Anfang der siebziger Jahre ein in der Öffentlichkeit aufgetauchtes „Absolventenbild“ der theologischen Sektion der Berliner Humboldt-Universität aus. Die evangelischen Landeskirchen hatten sich zu fragen, ob ein junger Theologe, der diesem Bild entsprechen würde, überhaupt noch in einer Kirche würde anstellbar sein. Das schriftlich festgelegte und vom Dekan, Prof. Bernhardt, unterzeichnete Absolventenbild, das allerdings auch wieder in die Vergessenheit geriet, zeigt den Versuch massiver kirchenpolitischer Einflußnahme und belegt z. B. die kirchenpolitischen Konsequenzen einer Hochschulreform:<sup>62</sup>

„Der Absolvent der Sektion Theologie fühlt sich mit der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, der ersten wahrhaft menschlichen Gesellschaftsordnung, fest verbunden und sieht in der Deutschen Demokratischen Republik sein Vaterland. Er hat erkannt, daß der Imperialismus der erwiesene Feind von Frieden und gesellschaftlichem Fortschritt in unserer Epoche ist. . . . Von daher ist ihm klar, daß Sozialismus nur dort verwirklicht wird, wo die Arbeiterklasse im festen Bündnis mit allen Werktätigen durch ihre marxistisch-leninistische Partei der („die“ A.N.) Gesellschaft führt. So erkennt er die führende Rolle der Arbeiterklasse, ihrer Partei, der SED, an, die in der Zusammenarbeit aller Parteien und gesellschaftlichen Kräfte ihren Ausdruck findet. . . .

Er studiert auch nach Abschluß seiner Hochschulausbildung intensiv die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus von der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung, um sich einen begründeten parteilichen Standpunkt in der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus ständig neu erarbeiten zu können. Dies befähigt ihn, seinen Gemeindegliedern in allen Entwicklungsproblemen auf ihrem Weg in der sozialistischen Menschengemeinschaft zu helfen. . . .

61 In den Unterlagen des Büros Norden finden sich z. B. Aktenstücke über die Kontakte des Friedensrates der DDR zum Bund der evangelischen Kirchen:

IV B 2/2.024/048 Kontakte Friedensrat – Bund ev. Kirchen 1974

IV B 2/2.024/049 ebenso 1975

IV B 2/2.024/051 ebenso 1977

Zu nennen wären auch die Gespräche Nordens mit Christa Lewek im Herbst 1976 zur Vorbereitung Weltfriedenskongreß Moskau 1977. Zu Norden vgl. unter 2.8. „Ordentliche“ und „Außerordentliche“ Kirchenpolitik.

62 Bild eines Absolventen der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin, Maschinenschrift, vervielfältigt, 4 Seiten.

Er erkennt die Wege und die Irrwege, auf denen die christliche Gemeinde in ihrer Geschichte geschritten ist. Diese Erkenntnis hilft ihm, die gegenwärtige Position seiner Kirche richtig zu erkennen und für seine eigene Tätigkeit aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Vor innerkirchlichen Anfeindungen, die ihn deshalb treffen könnten, schreckt er nicht zurück.“

Die Entstehung dieses „Absolventenbildes“ belegt die Verflochtenheit von Kirchenpolitik, hier mit Hochschulpolitik und FDJ-Arbeit.<sup>63</sup>

„Dieses Absolventenbild wurde in der Arbeitsgemeinschaft „Hochschulreform“ der FDJ-Grundorganisation unter Mitwirkung des Lehrkörpers erarbeitet und vom Rat der Theologischen Fakultät nach sorgfältiger Endredaktion am 2. Januar 1970 verabschiedet.“

2. Große praktische Bedeutung für die Staat-Kirche-Beziehungen hatte die Einführung des Unterrichtsfaches „Sozialistische Wehrerziehung“ im Sommer 1978 in den schulischen Unterricht. Die diesbezüglichen Verhandlungen der Kirche mit dem Staat lassen sich gut aus den Quellen nachvollziehen. Auch innerparteiliche Anweisungen, z. B. zum Umgang mit Eingaben zu diesem Thema und den vorgeschriebenen Reaktionen auf das Auftreten von kirchlichen Mitarbeitern, liegen vor.<sup>64</sup> Dennoch bleiben Fragen offen. In den kirchenpolitischen Schulungen werden die Mitarbeiter für Kirchenfragen dahingehend unterrichtet, daß das Vorgehen des Staates korrekt war und die Kirchen keinen Anspruch darauf hätten, über die Einführung informiert zu werden. Die Einführung des „WU“ erfolgte nicht aus kirchenpolitischer Zielsetzung heraus, obwohl sie fraglos kirchenpolitische Konsequenzen hatte. Wurden diese mitbedacht? Wo und von wem? Handelt es sich – die Zeit nach der Entspannungsphase mit Rüstung und Nachrüstung legt das nahe – um eine militärisch notwendig erachtete Maßnahme, die auch Auswirkungen auf das Verhältnis zu den Kirchen hatte, oder war eine kirchenpolitische Absicht von vornherein damit verbunden?

3. Auch die Auseinandersetzung um den Textildruck-Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, das Symbol der Friedensdekaden, belegt kirchenpolitisches Handeln „außerhalb der Tagesordnung“. Die einschlägigen Texte und Beschlüsse auf der „Kirchenlinie“ sind zugänglich und z. T. aufgearbeitet.<sup>65</sup> Gerade an der Aufnäherproblematik läßt sich wiederum sehr anschaulich das Zusammenwirken mit der Staatssicherheit belegen.<sup>66</sup> Von dem Gespräch des

63 a. a. O., Seite 4.

64 Vgl. Information über eine Anleitung beim Staatssekretär zu Fragen des Faches „Sozialistische Wehrerziehung“ in: Archiv PDS Halle Aktenzeichen IV/D-2/14/477 Blatt 145 ff.

65 Vgl. Fernschreiben Honeckers vom 16.4.1982 an die Bezirks- und Kreissekretäre der SED (wird von Horst Dohle veröffentlicht) und das Referat des Mitarbeiters der AG Kirchenfragen, Kurt Naumann, auf der zentralen Veranstaltung zur Kirchenpolitik am 3.5.1982 in Dessau: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 6808, sowie den Politikbürobeschuß vom 12.10.1982 (Anm.-Nr. 71).

66 Vgl. die von G. Besier wiedergegebenen Dokumente aus dem Umfeld des MfS, Besier, Gerhard a. a. O., S. 317–375.

Staatssekretärs für Kirchenfragen mit der Konferenz der Kirchenleitungen am 7.4.1982 liegen sowohl eine ausführliche innerkirchliche Mitteilung wie auch ein Protokoll des MfS vor.<sup>67</sup> Auch die zwischen den verschiedenen Ministerien abgestimmte Verhaltensrichtlinie vom März 1982 liegt vor.<sup>68</sup> Schon die Sprache weist sie einem anderen als einem kirchenpolitischen „Genus“ zu. Die Argumentation gründet auf dem Hinweis auf das Gesetz über das Bildungssystem vom 25.2.1968 und stellt fest:

„Vereinzelt tragen Jugendliche Aufnäher als Ausdruck und Kennzeichnung der Zugehörigkeit zu einer Organisation, die nicht genehmigt ist. . . .

Kann solche Genehmigung nicht vorgewiesen werden, sind die Träger der Embleme darauf hinzuweisen, daß es sich um eine Ungesetzlichkeit handelt. Gesetzesverletzungen müssen zurückgewiesen werden.“

Der „Weg“ dieser Richtlinie in die Schulen und Universitäten ist noch nicht lückenlos rekonstruierbar. Er verlief neben der eigentlichen „Kirchenstrecke“. So ist die konkrete Ausformung für die Schulen im Kreis Bitterfeld nicht im Archiv des Landratsamtes zu Kirchenfragen zu finden. Eine „Information an den Direktor“ (erhalten über Parteileitung) sieht die „Erfassung aller Schüler mit kirchlichen Aufnähern“ vor („nur Sichtermittlung, keine spontanen Aktivitäten einleiten“).<sup>69</sup>

„Nach der Erfassung der betreffenden Schüler wird in folgender Schrittfolge bis zur Entfernung der Aufnäher vorgegangen:

#### 1. Schritt

– Klärung des Begriffes „Pazifismus“ durch den Klassenleiter (Nutzen der thematischen MV der FDJ 'Der Friede muß bewaffnet sein . . .'), keine Anspielungen auf kirchliche Glaubensbekenntnisse; Überzeugungsversuch, die Aufnäher zu entfernen.

#### 2. Schritt

– Gespräch des Direktors mit dem betreffenden Schüler (ungesetzliches Tragen kirchlicher Aufnäher von kirchlichen Organisationen, die illegal sind); Aufforderung, die Aufnäher zu entfernen.

67 Vgl. Mitteilung an die Gliedkirchen über ein Gespräch der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen am 7.4.1982; („Für innerkirchlichen Gebrauch! Nicht zur Veröffentlichung!“) Maschinenschrift, vervielfältigt, 2 Seiten. Eine „Mitschrift“ des MfS bei Besier, Gerhard a. a. O., S. 347 ff.

68 Vgl. Verhaltensrichtlinie, abgestimmt zwischen den Ministerien für Inneres, für Volksbildung und für Hoch- und Fachschulwesen „gegenüber Schülern, Studenten und Mitarbeitern in Bildungseinrichtungen, die das Abzeichen Schwerter zu Pflugscharen tragen“. Die Verhaltensrichtlinie wird in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht.

69 Das Informationsblatt (datiert: Wolfen, den 24.3.1982) aus einer Wolfener Schule ist als Kurzfassung (mit Auslassungszeichen) eines anderen nicht verfügbaren Dokuments kenntlich. Es hat konkrete, situationsbedingte Zusätze (Namensnennung von Verantwortlichen) und legt eine Schrittfolge für das Vorgehen fest. Maschinenschrift, 1 Seite (Besitz des Verf.); (alle Hervorhebungen im Original).

## 3. Schritt

- Gespräch des Direktors mit den Eltern (Klarstellung der Ungesetzlichkeit, keine Anspielungen auf das Glaubensbekenntnis); Aufforderung, die Aufnäher zu entfernen.

## 4. Schritt

- Information des Elternaktives und des Betriebes der Eltern; Bitte um Mithilfe und Einflußnahme

## 5. Schritt

- schriftliche Darlegung der bisherigen Maßnahmen an den Kreis-Schulrat“

Aus den Aufzeichnungen des MfS über die Zurückdrängung feindlicher Aktivitäten gehen auch Zahlen über Träger des Aufnehmers in den Schulen der einzelnen Bezirke hervor.<sup>70</sup> Das Politbüro, das im Oktober 1982 einen Beschluß zur Friedensdekade faßt, geht in seiner Einschätzung davon aus, daß das „offensive Vorgehen“ erfolgreich war. Als besondere Erfolge werden vermerkt:<sup>71</sup>

„1. Unser offensives Vorgehen hat dazu geführt, daß die Kirchen in der politisch wichtigsten Frage, der einer eigenen kirchlichen Friedensorganisation, einen prinzipiellen Verzicht ausgesprochen haben.

2. Die Auseinandersetzungen um das Abzeichen bildeten dabei den Punkt, um den sich diese Auseinandersetzungen am heftigsten gruppierten. Daß die Kirchen selbst den Verzicht auf das Abzeichen aussprechen, ist ein beachtlicher Erfolg für die Politik unserer Partei und bestätigt ihre Richtigkeit.

3. Im Prozeß der stärkeren Polarisierung innerhalb der kirchlichen Kräfte ist es gelungen, die Auseinandersetzung um diese Grundfragen in die Kirche hineinzudrücken und die Konfrontation zwischen Staat und Kirche weiter abzubauen.“

In der kirchlichen Mitschrift liest sich das so:<sup>72</sup>

„Die Vertreter der Konferenz haben . . . folgende Position vertreten:

- die Friedensbemühungen der DDR erübrigen nicht den kirchlichen Abrüstungsimpuls
- die Kirche betreibt eine eigenständige Friedensarbeit
- Sie ist nicht einfach Verstärker der Außenpolitik des Staates. . . .

70 Vgl. Übersicht über die von den staatlichen Organen realisierten Maßnahmen in der Hauptstadt Berlin und in den Bezirken der DDR zur vorbeugenden Zurückdrängung und konsequenten Unterbindung der von reaktionären kirchlichen und anderen feindlich-negativen Kräften ausgehende Versuche zur Organisation von Aktivitäten gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung. = Anlage I zur Information 173/82 zitiert nach Besier, Gerhard a. a. O., S. 351 f.

71 Beschluß des Politbüros vom 12.10.1982. Beschluß bestätigt die vorgelegte, 7 Seiten umfassende Information. (ZPA J IV/2/2/1971)

Der Text wird in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht.

72 Vgl. Anm. 67.

Sie (die Konferenz A. N.) hat unter Nennung einer Fülle konkreter Fälle dagegen Einspruch erhoben,

- daß (das?) eigenständige christliche Friedenszeugnis als Bildung einer „unabhängigen Friedensbewegung“ verdächtigt wird;
- daß das Tragen des Friedenssymbols „Schwerter zu Pflugscharen“ als Bestreitung der Friedenspolitik der DDR und als Versuch der Schwächung der Verteidigungsbereitschaft angesehen wird. . . .“

## 2.6. Das „Öffentliche Tabu“ – ein DDR-Spezifikum

Zu den Spezifika der DDR-Informationspolitik und der Veröffentlichungspraxis gehört ein Phänomen, das man als „öffentliches Tabu“ bezeichnen kann. Gemeint ist die Tatsache, daß bestimmte Dinge und Ereignisse, die die öffentliche Diskussion auf der Alltagsebene der Bürger heftig bewegten, gar keinen bzw. nur sehr geringen Niederschlag in der veröffentlichten Meinung, in Presse und Rundfunk, fanden. Ein besonders eindrückliches Beispiel stellt der „Intershop“ dar. Diese Läden, zuletzt in fast jeder Kreisstadt zu finden, bewegten als Ort der Sehnsucht der meisten DDR-Bürger die Gemüter, kamen aber in der „Öffentlichkeit“ fast nicht vor.

Ähnliches gilt für die gesamte Ausreiseproblematik. Zwar wurden wenige Artikel über in den Westen übergesiedelte und dort gescheiterte Bürger veröffentlicht,<sup>73</sup> aber daß diese Thematik, von der alle Arbeitskollektive, alle Patienten von Ärzten usw. elementar betroffen waren, allgegenwärtiges Gesprächsthema war und nicht zuletzt auch weite Teile der kirchlichen Arbeit prägte, ist den Medien der DDR nicht zu entnehmen.

Wie sehr auch öffentliche Einrichtungen, wie z. B. die Deutsche Post, in solche Tabus einbezogen werden konnten, kann der in den achtziger Jahren überall erfolgenden Errichtung westfernsehtüchtiger Antennenanlagen – eine der wenigen echten Bürgerbewegungen der DDR – illustriert werden. Alle Beteiligten, die gräbenschaufelnden Bürger, die Antennenfirma und auch die Post, die die einschlägigen Genehmigungen zu erteilen hatte, wußten, worum es geht. Die Genehmigung bezog sich natürlich auf den Empfang von Sendungen des Fernsehfunks der DDR, aber alle „wußten, daß alle wußten“, daß dafür niemand eine Schaufel angefaßt hätte. Solche Vorgänge sind konstitutiv für DDR-Befindlichkeit, auch wenn sie zeitgeschichtlicher Forschung schwer zugänglich sein dürften.

Im gleichen Zusammenhang verdient auch ein anderer Typ „öffentliches Tabu“ Beachtung: Die von den Medien der DDR bewußt vorausgesetzte Kenntnis westlicher Fernsehsendungen. Nicht selten wurden innenpolitische

<sup>73</sup> Vgl. z. B. den Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 13.4.1984 (Seite 2): „Du bist auf die falsche Seite geraten“.

Vorgänge in der DDR gar nicht oder erst mit tagelanger Verspätung gemeldet. Die Kommentierung konnte durchaus vor der eigentlichen Meldung erfolgen. Zunächst durch Wiedergabe eines Kommentars der westdeutschen DKP-Zeitung „Unsere Zeit“, später erfolgte ein ND-eigener, zumeist mit „AZ“ unterzeichneter polemischer Kommentar, und schließlich wurde durch zitierte Bürgerstimmen der gesammelte Zorn der DDR-Bevölkerung ausbreitet. Beispiele wären etwa der Grenzzwischenfall des Jahres 1975, als ein italienischer Lastkraftwagenfahrer zu Tode kam, die Ausweisung Wolf Biermanns aus der DDR (November 1976) oder die Berichterstattung nach der Luxemburg-Liebnecht-Demonstration (Januar 1988).

Wichtig ist m. E.: Bestimmte kirchenpolitische Vorgänge sind ohne Kenntnis des DDR-typischen Phänomens nicht verstehbar. Sie belegen ein weiteres Mal die Einbindung der Kirchenpolitik der SED in die Gesellschaftspolitik.

Drei Beispiele – festgemacht an den Äußerungen höchster Parteifunktionäre – sollen helfen, das zu verdeutlichen:

1. Auf einer Plenartagung des ZK der SED im November 1981 sagte der 1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus der SED, Werner Walde:<sup>74</sup>

„Wodurch wird die ideologische Situation im Bezirk gekennzeichnet? Vor allem gibt es großes Vertrauen in unsere Politik auf außen- und innenpolitischem Gebiet. Wahr ist, daß sich angesichts der imperialistischen Hochrüstung nicht wenige Bürger mehr Gedanken und Sorgen machen zu der Frage, ob der Frieden erhalten werden kann. . . . Bei den Bürgern hat die imperialistische Lüge von der 'Bedrohung aus dem Osten' keine Wirkung, und der Feind hat auch keine Chance, mit der Phrase des sogenannten sozialen 'Friedensdienstes' Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus, wer auch zu solchen friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlichen Aktionen aufrufen möge. Dabei vergessen diese Leute, daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist. Die Gegner des Sozialismus unterschätzen offensichtlich – wie schon oft – das politische Bewußtsein, die Vernunft und die Erfahrungen der DDR-Bürger. . . .“

Die Vorwürfe sind nachdrücklich und mit dem Hinweis auf die Verfassungsfeindlichkeit sogar strafrechtlich relevant. Dennoch kann davon ausgegangen werden, daß weder die Mehrzahl der ZK-Mitglieder oder gar der Leser des „Neuen Deutschland“ den Aufruf der Initiativgruppe „Sozialer Friedensdienst“ vom 9.5.1981<sup>75</sup> oder die diesbezüglichen Beschlüsse der Synoden der evangelischen Landeskirchen hat kennen können. Erklärungen, worum es eigentlich ging, waren allenfalls westlichen Medien zu entnehmen.

<sup>74</sup> Zitiert nach „Neues Deutschland“ vom 21./22.11.1981, S. 3.

<sup>75</sup> Vgl. Brief der Initiativgruppe aus Dresden vom 9.5.1981 mit einem Beschlüßantrag für die Volkskammer der DDR zur Einrichtung eines „sozialen Friedensdienstes“ (SoFD), der die SoFD-Leistenden zu einer 24monatigen Dienstzeit verpflichtet. Der Aufruf konnte in der DDR nie gedruckt werden. Hier: Veröffentlichung durch das Präsidium der Synode der EvgL. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in einem Anschreiben an alle Synodalen. Maschinenschrift, vervielfältigt, 2 Seiten.

2. Ein ähnlich gelagertes Beispiel stellt die Rede von H.-J. Böhme, 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle der SED, auf einer ZK-Tagung im Dezember 1988 dar:<sup>76</sup>

„Jenen verantwortungslosen 'Erneuerungsaposteln', die ihre persönlichen Rezepte über BRD-Medien als Meinung der Christen unseres Landes anzubieten versuchen, sagen wir klipp und klar: Die DDR-Bürger lassen sich durch nichts und niemanden zum Kapitalismus 'zurückreformieren'.

Wer uns vorschlägt, anstelle sozialer Leistungen sozialen Druck zu setzen und die Preise für Grundnahrungsmittel, Tarife und Mieten zu erhöhen, dem kann es doch nicht um mehr Sozialismus, sondern nur um Destabilisierung gehen. Die neuen Fragen der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik kann man nicht mit abgedroschenen Antworten der bürgerlichen Ideologie lösen wollen.

Deshalb werden wir auch künftig denen keine Zugeständnisse machen, die uns dazu drängen möchten, hauptsächlich über Fehler, Mängel und Rückschläge zu sprechen.“

Auch hier kann davon ausgegangen werden, daß nur sehr wenige ZK-Teilnehmer das Zitat als auf die auf dem Kirchentag in Halle (Juni 1988) von einer Gruppe von Christen aus Wittenberg vorgelegten Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung bezogen, verstehen konnten.<sup>77</sup> Überhaupt ist es nicht immer einfach, eine Verbindung zwischen der polemischen Kommentierung und dem gemeinten Sachverhalt herzustellen.<sup>78</sup>

76 Diskussionsbeitrag von H.-J. Böhme auf der 7. ZK-Tagung in: „Neues Deutschland“ vom 3./4.12.1988, S. 3. Auf der gleichen ZK-Tagung führte der Leiter der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK, Otto Reinhold, aus: „Für uns ist die führende Rolle der Partei und deren weiterer Ausbau Grundbedingung für die Leitung der Wirtschaft und Gesellschaft zum Wohle des Volkes. Sowohl die Erfahrungen der DDR als auch anderer sozialistischer Länder zeigen, wenn auch manchmal auf Grund negativer Erfahrungen, daß es keine andere gesellschaftliche Kraft gibt, die diese Aufgabe lösen könnte. Ihre sogenannten Reformvorschläge sind dagegen darauf gerichtet, die führende Rolle der Partei zu beseitigen. Die Partei sollte sich aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur und anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zurückziehen. Das heißt, zum Debattierklub reduziert werden.“ Vgl. auch Artikel von Jürgen Kuczynski: „Ein einzigartiger Lebensstandard insofern als ...“ in: „Neues Deutschland“ vom 22.12.1988. Kuczynski setzt sich mit der Frage von Reformen des Preisgefüges auseinander.

77 Vgl. „Umkehr führt weiter, wo gesellschaftliche Erneuerung nötig wird – Thesen zum Kirchentag in Halle 1988“ Maschinenschrift, vervielfältigt, 4 Seiten. Die Thesen enthalten u. a.: „10. Weil nur eine lebendige Kultur des Streites um die Wahrheit und um den besten Weg des menschlichen Miteinanders zu einer humanen, gerechten und überlebensfähigen Welt führen kann, halten wir es für erforderlich, daß die Kommunisten auf das ausgeübte Wahrheitsmonopol und auf den prinzipiellen gesellschaftlichen Überlegenheitsanspruch verzichten. ... Weil das Bewußtsein für den wahren Wert der Produkte gering ist, halten wir es für erforderlich, die Preise für Grundnahrungsmittel, Wohnungen und Energie so zu gestalten, daß nicht weiter achtlos damit umgegangen wird.“

78 Mein eigener Protestbrief an Herrn Böhme vom 4.12.1988 wurde nur durch ein mündliches Gespräch mit einem Mitarbeiter der Bezirksleitung Halle „beantwortet“. Erst nach längerem Drängen wurde überhaupt zugestanden, daß die Kirchentagthesen von Herrn Böhme gemeint gewesen sind.

3. Ein drittes Beispiel betrifft den Generalsekretär Erich Honecker selbst. Auf einem „Kampfpappell“ zum 35. Jahrestag der Gründung der Betriebskampfgruppen am 25.9.1988 spricht E. Honecker über das menschliche Antlitz des Sozialismus in der DDR und polemisiert gegen das „Gerede von Leuten, die es eigentlich besser wissen müssten“.<sup>79</sup>

Es sind wiederum nur Eingeweihte, die in dieser Äußerung eine Replik auf einen Beitrag Bischofs Leich vor der Bundessynode am 19.9.1988 in Dessau erkennen konnten. W. Leich hatte gesagt:<sup>80</sup>

„Wir brauchen eine Gesellschaft, die im täglichen Erleben ein menschliches Angesicht hat. Man könnte fast sagen, die sozialistische Gesellschaft ist so gut, wie sie das einzelne Mitglied der Gesellschaft im täglichen Erleben der gesellschaftlichen Vorgänge wahrnehmen kann. . . . Wir brauchen die Vielfalt der Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen.“

Alle drei Beispiele beleuchten nicht nur ein DDR-typisches Phänomen im Umgang mit der Öffentlichkeit, sondern zeigen darüber hinaus noch zweierlei:

1. Die Äußerungen der Parteifunktionäre sind aktives kirchenpolitisches Handeln. Sie sind als Drohungen gemeint gewesen und wurden – mindestens auf kirchenleitender Ebene – auch so gehört und lösten Beunruhigung und Betriebsamkeit aus.

2. Bisher ist es nicht möglich, diese Äußerungen auf Beschlüsse von Parteileitungsgremien zurückzuführen. Da es aber zur durchgängigen DDR-Praxis gehört hat, in öffentlichen Veranstaltungen (ZK- und Volkskammertagungen bilden da keine Ausnahme) Diskussionsbeiträge nicht dem Zufall zu überlassen, wurden vermutlich auch hier Absprachen getätigt, die möglicherweise die unter „Stichwort Arbeitsebene“ beschriebenen Sachverhalte unterstreichen können.

## 2.7. Kirchenpolitik konkret: Das „Sonderbauprogramm“

Das „Sonderbauprogramm“, insbesondere die Errichtung von Kirchenbauten in Neubaugebieten, eignet sich als Beispiel für die Darstellung konkreter Kirchenpolitik. Der Vorgang läßt sich über mehrere Entscheidungsebenen

79 Rede Erich Honeckers zitiert nach „Neues Deutschland“ vom 26.9.1988; vgl. auch Leich, Werner: Wechselnde Horizonte – Mein Leben in vier politischen Systemen – Wuppertal, Zürich 1992, Seite 222 f. Vgl. auch Protokoll Dienstberatung Arbeitsbereich Kirchenfragen vom 21.3.1989 (Mitschrift aus Bitterfeld). Unter der Anleitung, mit welchen Argumenten im Blick auf die anstehenden Kommunalwahlen (6.5.1989) die Mitarbeiter für Kirchenfragen gegenüber kirchlichen Amtsträgern auftreten sollen, findet sich: „Argumentationsschwerpunkte: die sozialistische Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit menschlicherem Antlitz.“ (Hervorhebung im Original). Text: Archiv Landratsamt Bitterfeld, Aktenstück 7889, Zitat S. 3.

80 Vgl. Synodenrückschau V. Synode 4. Tagung Dessau 16.-20.9.1988; hrsg. vom Pressebüro der Synode (Maschinenschrift, vervielfältigt, 34 Seiten) Zitat S. 10.



rekonstruieren, erstreckt sich über den gesamten Abschnitt des Untersuchungszeitraumes und veranschaulicht die Fragen des Zusammenspiels von „oben“ und „unten“. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Thema auch um eine Frage, die für das Leben der Kirchen in der DDR von großer Bedeutung war. Offiziell beginnt dieses Programm mit einem Ministerratsbeschuß vom 13.12.1972.

Unmittelbar danach, am 18.12.1972, beginnt die Kirchenkanzlei der EKD mit der Einwerbung der Spendenmittel in den westlichen Gliedkirchen.<sup>81</sup> Vorangegangen waren verschiedene Besprechungen in Ost und West. Bis heute ist umstritten, in welcher Weise und vor allem von wem eine Verbindung zwischen dem Sonderbauprogramm und der Forderung des Wiederaufbaus des Berliner Doms hergestellt worden ist. In den Kirchengemeinden der DDR wurde der Aufbau des Domes mit einem staatlichen Junktim begründet, an dem das gesamte Sonderbauprogramm festgemacht worden sei: ohne Dombau kein Sonderbauprogramm.<sup>82</sup>

Schon vom 10. August 1972 datiert eine von Manfred Stolpe unterzeichnete Projektliste. Im Anschreiben dazu heißt es:<sup>83</sup>

„In den nächsten Jahren wird durch Verhandlungen mit den örtlichen Organen versucht werden, eine Reihe von nicht mehr benötigten Objekten, insbesondere auch Kirchen, anderer angemessener Nutzung (Archive, Konzertgebäude, Museen) zuzuführen. Für einen Teil der künftig benötigten kirchlichen Gebäude wird in der Anlage eine mit den Gliedkirchen abgestimmte Objektliste vorgelegt, die rund 100 Objekte für den Zeitraum 1973 bis 1979 mit einer Bilanzsumme von 85 Millionen Mark benennt. Für diese Objekte wird die Finanzierung, Projektierung, Bauleitung und Baudurchführung über Exportvertrag angestrebt.“

Die Objektliste selbst enthält, geordnet nach den DDR-Bezirken, fast nur „Rekonstruktionen“ und „Instandsetzungen“ und nur sehr wenige Objekte mit der Bezeichnung „Neubau eines Hauses mit Kirhraum und Nebenräumen“.<sup>84</sup> Diese Liste wurde zum Verhandlungsgegenstand mit staatlichen Stellen.<sup>85</sup> Die Bezirksparteileitungen und die Räte der Bezirke werden – „in Auswertung eines Gesprächs des Genossen Paul Verner, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, mit dem Genossen Willi Stoph, Mitglied des Politbüros und

81 Vgl. Geleitwort zur Dokumentation „15 Jahre Sonderbauprogramm“, hrsg. vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Berlin 1988.

82 Vgl. Besier, Gerhard: Kirche in Ost und West und ihr Verhältnis zum SED-Regime – am Beispiel des Wiederaufbaus des Berliner Doms in: *idea-Dokumentation* 5/93.

83 Schreiben des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen (5400–2241/72) vom 10.8.1972 ohne Empfänger, Maschinenschrift, 1 Seite mit Anlage Projektliste (Maschinenschrift, 8 Seiten).

84 So z. B. für ein Objekt in Wolfen. Anlage zum Sekretariatsschreiben vom 10.8.1972.

85 Sie hat dem Koko-Ausschuß von Schalck-Golodkowski vorgelegen. Inwieweit das MfS damit befaßt war, ist noch spekulativ. Vgl. Besier (Anm. 82), Seite 7.

Sekretär des Ministerrats“<sup>86</sup> – am 3. Oktober 1972 um Stellungnahme gebeten. Die vorliegende Stellungnahme des Rates des Bezirkes Halle zu den diesen Bezirk betreffenden Bauvorhaben kennzeichnet die kirchenpolitische Lage deutlich. Besonders die Begründung für die Ablehnung einzelner Projekte ist aufschlußreich:

„Dem Neubau eines Hauses mit Kirchraum und Nebenräumen im Neubaugebiet Wolfen-Nord als Äquivalent für einen beabsichtigten Kirchenabriß kann nicht zugestimmt werden. Es wird der Vorschlag unterbreitet, auf dem kircheneigenen Grundstück in Steinfurth einen Betsaal für ca. 80 Personen und erforderliche Sanitäreinrichtungen bis 1975 neu zu bauen, ohne örtliche Baukapazität in Anspruch zu nehmen. . . .

Begründung der abgelehnten Objekte:

Bei den im Sonderbauprogramm aufgeführten Vorschlägen zur Rekonstruktion bzw. Neubau eines Hauses mit Kirchraum und Wohnung handelt es sich im wesentlichen um Kirchenneubauten in Wohnungsneubaugebieten. . . .

Für die Rekonstruktionsobjekte in Halle (Kirchenmusikschule), Wittenberg (Rüstzeithaus, Glöcknerstift – Jugend) . . . ist die Verwirklichung politisch nicht zu vertreten. . . .“

Die kleine Kirche in Wolfen-Steinfurth liegt heute in einer Einfamilienhaus-Siedlung und ist von Wolfen-Nord mit seinen fast 30.000 Einwohnern nur schwer zu erreichen. Die Thematik „Rüstzeitheim“ und „Jugend“ sollte später, als es um die Realisierung von Neubauten ging, noch zu einem wichtigen Thema werden. Das Sonderbauprogramm war also gestartet, aber auch seine Ausweitung auf Neubaugebiete im Jahre 1977/78 hat eine längere Vorgeschichte. Galt für die Kirchengemeinden als Erklärungsmuster für die staatliche Genehmigung solcher Bauvorhaben der DDR-typische Satz „Für Westgeld gibt es alles!“, also die dauernde Devisenknappheit, deuten sich in der Partei selbst auch andere Argumentationen an. Schon am 7.8.1975 wird Paul Verner eine Ausarbeitung der AG Kirchenfragen des ZK zu den in den Neubaugebieten entstehenden gemeindlichen „Hauskreisen“ zugeleitet. Darin wird sogar administratives Vorgehen gegen die Versammlung von Gemeindegemeinden in Wohnungen angeraten.<sup>87</sup> Die Hauskreise werden zur Begründung für die Erlaubnis, auch in neuen Städten kirchliche Gebäude zu errichten. Zunächst bleibt das aber auf der Leitungsebene noch umstritten. Besonders der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, ist gegen

86 Vgl. Hausmitteilung Bezirksleitung Halle der SED, Mitarbeiter Kirchenfragen an 1. Sekretär, Werner Felfe, vom 29.11.1972, Maschinenschrift, 3 Seiten in: Archiv PDS Halle Signatur IV/B-2/14/824.

87 Ausarbeitung AG Kirchenfragen: ZPA IV B2/2.036/48.

den Kirchenneubau.<sup>88</sup> Er steht damit in der Tradition, die auch in den Kirchengemeinden bewußt ist, daß Walter Ulbricht schon in den fünfziger Jahren bei einem Besuch in StalinStadt (später Eisenhüttenstadt) geäußert hatte, daß eine neue sozialistische Stadt zwar Schornsteine, aber keine Kirchtürme brauche.

Vom 1.6.1976 datiert eine weitere Ausarbeitung der AG Kirchenfragen des ZK zu dem kirchlichen Bestreben, Gebäude abzugeben und zur Errichtung kirchlicher Gemeindezentren in Neubaugebieten.<sup>89</sup> Am 14.6.1976 wird Bischof Schönherr von Seigewasser und Gerald Götting über den Stand der Verhandlungen informiert.<sup>90</sup> Am 22.7.1976 äußert sich Paul Verner in einer ausführlichen Rede vor Mitarbeitern Kirchenfragen der Bezirke zu diesem Thema. Auszüge aus diesem Referat zeigen die kirchenpolitische Grundhaltung nach dem IX. Parteitag der SED und vor der Selbstverbrennung des Pfarrers O. Brüsewitz deutlich an:<sup>91</sup>

„Die Jugendpolitik unserer Partei, die wirkungsvolle Bildungs- und Erziehungsarbeit unserer Schulen und Lehranstalten, nicht zuletzt auch der steigende Einfluß unseres sozialistischen Jugendverbandes veranlassen die Kirchen zu einer verstärkten Tätigkeit mit dem Ziel der Gewinnung oder Rückgewinnung Jugendlicher für die kirchliche Tätigkeit.

Die Kirchen beantragen deshalb – vorrangig in Neubaugebieten – den Bau sogenannter Gemeindezentren. Das sollen Mehrzweckbauten für vielseitige Verwendung sein. . . . Es ist charakteristisch für diese Entwicklung, daß von den Kirchen in der DDR bei den zuständigen staatlichen Organen nach uns vorliegenden Informationen kein einziger Antrag auf Genehmigung zum Bau einer Kirche im herkömmlichen Sinn vorliegt. Im Gegenteil; sie bieten dem Staat Kirchen, Kirchenruinen und kirchliche Gebäude traditioneller Art zur Übernahme, ja selbst als Schenkung an.

Die Anträge für den Neubau derartiger Gemeindezentren erfolgen unabhängig vom sogenannten Valuta-Bauprogramm, das heißt von jenen Kirchenobjekten, die kunsthistorischen Wert als Baudenkmäler besitzen. . . .

Dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Genossen Seigewasser, liegt eine Liste mit 36 Objekten vor, die vom Bund der Evangelischen Kirchen in der

88 Nach den Aufzeichnungen von Horst Dohle hat sich Seigewasser im Dezember 1975 und im Januar 1976 bei Horst Sindermann gegen den Neubau von Kirchen ausgesprochen (Schreiben Seigewassers an Sindermann vom 7.1.1976). Auf einer Arbeitsberatung der Mitarbeiter für Kirchenfragen am 22.1.1976 hat sich Seigewasser in ähnlicher Weise geäußert. (vgl. Bestand Staatssekretär für Kirchenfragen [alte Signatur]: Arch. StfK 00/00/02 (1976).

89 Der Text wird von Horst Dohle veröffentlicht.

90 Vgl. Dohle, Horst: Zur Kirchenpolitik der SED in den siebziger Jahren in: Staatliche Kirchenpolitik . . . (vgl. Anm. 34) Seite 89 ff.

91 Rede Paul Verners im Hause des Zentralkomitees der SED auf der „Beratung mit den verantwortlichen Genossen für Kirchenfragen der Bezirksleitungen und den Stellvertetern für Inneres der Räte der Bezirke am 26. Juli 1976“ Maschinschrift, 25 Seiten. Die Rede wird in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht.

DDR vorwiegend in Neubaugebieten gewünscht werden. Dieses Problem war Gegenstand von Beratungen bei den Räten der Bezirke, an denen auch die für Kirchenfragen verantwortlichen Genossen der Bezirksleitungen teilgenommen haben. Von diesen 36 Bauvorhaben wurden 29 abgelehnt, für fünf wurde noch keine endgültige Entscheidung getroffen und in zwei Fällen wurde den Vorhaben zugestimmt. Das ist der gegenwärtige Stand. Die Genossen haben gegenüber den Vertretern der Kirche richtig argumentiert, daß die Mehrzahl unserer Bürger nicht verstehen würde, wenn statt dringend benötigtem Wohnraum ein kirchliches Gemeindezentrum gebaut würde. Umso weniger, als in vielen Wohngebieten auch notwendige Nachfolgeeinrichtungen fehlen. Berechtigt ist auch der Hinweis auf fehlende Baukapazitäten und darauf, daß es in den Städten zumeist genügend Kirchen gibt, deren Kapazität bei weitem nicht ausgelastet wird. Dazu kommt, daß unser Verkehrsnetz so dicht geworden ist, daß es keine Schwierigkeit macht, eine Kirche zu erreichen. Hinzu kommt selbstverständlich die berechnete Auffassung, die Ausweitung kirchlicher Tätigkeit nicht zuzulassen. Dieser Standpunkt ist richtig und bleibt richtig.

Zweifellos wird durch die beabsichtigten Kirchenbauten die kirchliche Arbeit oder – wie Bischof Schönherr konkreter sagte – 'die Gemeindebildung in Neubaugebieten' erleichtert. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite ist uns klar, daß die Kirchen auch dann in den Neubaugebieten wirken, wenn geeignete Räume fehlen. So wird wie bekannt, auf die Bildung von sogenannten Hauskreisen orientiert. Die Kirchen versuchen, speziell in solchen Gebieten, in denen sie nicht über eigene Räume verfügen, Gemeindeglieder in Hauskreisen zu sammeln und kirchliche Arbeit in Privatwohnungen zu verlegen. Ihr wißt aus eigener Erfahrung, liebe Genossen, wie kompliziert es ist, eine solche Tätigkeit zu kontrollieren oder durch administrative Maßnahmen zu unterbinden, und welche ungünstige Auswirkungen solche Maßnahmen auf die Gewinnung von kirchlichen Amtsträgern und kirchlich gebundenen Bürgern für ein aufgeschlossenes und loyales Verhalten zu unserer sozialistischen Gesellschaft haben kann. Hinzu kommt, daß die Arbeit in den Hauskreisen, das heißt außerhalb ständig genutzter kirchlicher Räume, undurchsichtig und weniger überschaubar ist als in offiziellen Kirchenräumen. Auf Grund dieser Erwägungen orientieren wir darauf, die Vorschläge der Kirchen, die Bauvorhaben in Neubaugebieten beantragt haben, einzeln zu prüfen und an unser Staatssekretariat mit Eurer Stellungnahme (soll gebaut werden oder nicht?) einzureichen. . . .

Positive Entscheidungen sollten vor allem gegenüber solchen Kirchenleitungen und deren Repräsentanten vorgeschlagen und getroffen werden, die zu erkennen geben, daß sie an politisch vernünftigen Beziehungen zu unseren staatlichen Organen interessiert sind. Solche Entscheidungen sollten auch für

die Weiterführung des Prozesses der politischen Differenzierung unter den Führungskräften der Kirchen genutzt werden.“

In Verners Rede folgt noch ein längerer Abschnitt über die mögliche Übernahme kirchlicher Gebäude durch den Staat. Die ganze Rede versteht sich ausdrücklich als Antwort auf die Frage „wie wir uns die Anwendung der Beschlüsse des IX. Parteitages auf kirchenpolitischem Gebiet vorstellen“.

Ein Politbürobeschuß vom 1.2.1977 – also nach dem Herbst 1976 mit den Debatten und Verwerfungen, nach der Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz – gibt schließlich grünes Licht für diese zweite Phase des Sonderbauprogramms. Für zunächst zehn Objekte wird eine Genehmigung erteilt mit der Auflage, daß die Bauarbeiten auf Valutabasis zu erfolgen haben und das nötige Bauland von den Kirchen im Tauschverfahren zu erwerben sei. Schließlich wird festgelegt:<sup>92</sup>

„Die Bauprojekte sind durch die zuständigen Räte der Bezirke vor Aufnahme der Bauarbeiten nach städtebaulichen und kirchenpolitischen Gesichtspunkten zu prüfen.“

Im Jahre 1978 erläßt der Kirchenbund einen Spendenaufruf in den Kirchengemeinden der DDR (24.9.1978), und am 12.11.1978 erfolgt die Grundsteinlegung für einen Neubau in Eisenhüttenstadt.<sup>93</sup> Am 6.3.1978, beim Gespräch des Vorstandes der KKI mit Erich Honecker, ist auch das Sonderbauprogramm ein Verhandlungsgegenstand. Paul Verner geht in seinen Erläuterungen des 6.3.1978<sup>94</sup> nicht sehr ausführlich auf dieses Thema ein, sondern verweist auf seine Rede vom 22.7.1976:<sup>95</sup>

„Dem Kirchenbund wurde zugesichert, daß die abgesprochenen Bauvorhaben in den Neubaugebieten Zug um Zug verwirklicht werden. . . .

Bekanntlich hatten wir, liebe Genossen, zu Fragen kirchlicher Bauvorhaben bereits am 22. Juli 1976 hier im Hause des Zentralkomitees eine gemeinsame Beratung, in der ich Euch das vom Ministerrat bestätigte Valutaprogramm der evangelischen Kirchen und die Art und Weise seiner Verwirklichung erläutert habe. Inzwischen ist mit seiner Verwirklichung begonnen worden, und es ist an der Zeit, daß in den betreffenden Bezirken der Stand der Dinge geprüft wird, damit die seinerzeit festgelegten Bauten zügiger und termingemäß zum Abschluß gebracht werden.“

Veränderung deutet sich an: Unter der Überschrift der Kontinuität kirchenpolitischen Handelns wird im Abstand von noch nicht zwei Jahren aus einer

92 Politbürobeschuß vom 1.2.1977, vgl. Dohle a. a. O. (Anm. 90).

93 Bischof Albrecht Schönherr bei Grundsteinlegung: „Gegen die Meinung mancher Leute, daß die Kirche ohne Zukunft sei, bedeutet ein solcher Bau ein Zeichen dafür, daß es mit der Gemeinde Jesu Christi weitergehen wird. Wir bauen mit Hoffnung. Das ist der entscheidende Baustoff, den wir beizufügen haben.“ aus: „Kirchen für neue Städte“, Fotoprospekt, 1 Blatt ohne Datum und Ort.

94 Vgl. Anm. 40.

95 a. a. O., Zitat S. 29 f.

möglichen Verhinderung der Ausweitung kirchlicher Arbeit die Aufforderung, sich beim Kirchenneubau mehr zu sputen. Daß es sich dabei auch um schöne Rhetorik handelte, zeigt die Weiterleitung der Beschlüsse nach „unten“. An der Basis blieb auch nach dem 6.3.1978 vieles beim alten Stil. Die Prüfungen der Bauvorhaben gingen so weiter wie bisher. In der Mitschrift einer kirchenpolitischen Anleitung vom 7.7.1978 findet sich bezüglich Bauvorhaben der Hinweis:<sup>96</sup>

„Zum Problem Bauvorhaben der Evangelischen Kirche

- Wunschliste der Evangelischen Kirche 1981 bis 1985 liegt vor.
- Euch ist bekannt unsere Linie in bezug auf Kirchenbauten.
- Kontrollen der Verwirklichung der beschlossenen Kirchenbauten.
- Neue Liste umfangreich – nicht Kategorien.
- Enthalten Bauten, Rüstzeiten, ESG (Jugendarbeit).
- Verständnis breite Politik weiterführen.
- Notwendige Vorprüfung Objekte aus Sicht unserer Linie (nicht Baukapazität, was geht, was geht nicht – 30 Betten für Diakonie – ja, Rüstzeitheim – nein).“

Die angekündigte „Vorprüfung“ ist prompt erfolgt, und in einem Schreiben des Rates des Bezirkes vom 17.7.1978 werden dem Staatssekretär für Kirchenfragen „folgende abgestimmte Stellungnahmen zu den Objekten der Wunschliste für Bauvorhaben der Ev. Kirchen 1981–1985“ übermittelt:<sup>97</sup>

Bei den meisten Rekonstruktionsvorhaben von Kirchen findet sich nur die Bemerkung „keine Bedenken“, aber zum Beispiel findet sich:

„Nr. 47 Petersberg Saalkreis: Neubau bzw. Rekonstruktion eines Gemeindehauses mit Gemeinderäumen usw.

Bedenken, weil damit der Kirche eine Möglichkeit der Ausweitung der Jugendarbeit gegeben wird. Die vergangenen Jahre zeigten, daß der Petersberg ein Zentrum der Jugendarbeit der Kirche ist (Jugendtreffen der ev. und kath. Kirche). Die Möglichkeiten zur Durchführung solcher Jugendveranstaltungen bis hin zur Feriengestaltung durch die Kirche würden sich wesentlich verbessern. . . .“

(Zum Glöcknerstift Wittenberg)

„Bedenken, da der Neubau eines Tagungsheimes offensichtlich die Möglichkeiten für Rüstzeitenveranstaltungen vergrößert und ein Zentrum für ausländische Touristen schafft. Gegen die Rekonstruktion des Glöcknerstiftes als Krankenhaus bestehen keine Einwände.“

96 Information über eine Beratung der Arbeitsgruppe Kirchenfragen gefertigt von der Bezirksleitung Halle der SED (Mitarbeiter für Kirchenfragen) vom 7.7.1978. Maschinschrift, 8 Seiten, Archiv PDS (Signatur alt) IV/D-2/14/477 Blatt 170–177.

97 Schreiben des Stellvertreters des Vorsitzenden für Inneres an den Staatssekretär für Kirchenfragen vom 17.7.1978, Maschinschrift, 2 Seiten Archiv PDS (Signatur alt) IV/D-2/3/229 Blatt 052 f.

Bleibt allerdings noch festzuhalten: Über die „Bedenken“ konnte man sich an höherer Stelle durchaus auch hinwegsetzen, wie z. B. die dennoch erfolgte Rekonstruktion des Wittenberger Glöcknerstiftes als Rüstzeitenheim zeigt, was letztlich wohl dem Luther-Jubiläum 1983 geschuldet war.

## 2.8. „Ordentliche“ und „Außerordentliche“ Kirchenpolitik

In ähnlich ausführlicher Weise wie das Beispiel „Sonderbauprogramm“ ließen sich für andere wichtige kirchenpolitische Ereignisse die Kette der Entscheidungen und ihre Umsetzung aus den Quellen rekonstruieren. Folgende Beispiele wichtiger kirchenpolitischer Ereignisse ließen sich ausführlich darstellen (Es wird jeweils nur ein Zitat der „oberen“ Leitungsebene beigebracht.):

1. Die Veranstaltungsverordnung vom November 1970 und ihre Modifizierungen bzw. die verschiedenen „Härtegrade“ ihrer Anwendung. Am Beispiel Veranstaltungsverordnung läßt sich gut das Verhältnis der Parteiführung zum positiven Recht illustrieren. Aus dem Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 8.3.1973 (TOP 11):<sup>98</sup>

„Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 20.11.1970: Das Sekretariat des ZK stimmt dem Vorschlag zu, eine interne Änderung in der Handhabung der Veranstaltungsverordnung vorzunehmen, dies unter der Voraussetzung, daß die evangelische Kirche ihren Beschluß aufhebt, die alte und erprobte Verfahrensweise bei der Anmeldung von Rüstzeiten wieder aufgenommen wird, wobei die Kirche ihre Rüstzeiten bei den Stellvertretern für Inneres der Räte der Kreise anzumelden hat.

Genosse Seigewasser wird beauftragt, in diesem Sinne mit der Kirchenleitung zu sprechen.“

2. Die Stellung der Parteiführung zur Gründung des Kirchenbundes (1968/69) (Ablehnung und Anerkennung) und zu den Versuchen der Gründung einer Vereinigten evangelischen Kirche in der DDR (1979–1983).

Noch nach der „Anerkennung“ des Kirchenbundes wurden im Politbüro am 30.10.1973 folgende Maßnahmen beschlossen:<sup>99</sup>

„4. Der Staatssekretär für Kirchenfragen erarbeitet gemeinsam mit den für Kirchenfragen verantwortlichen leitenden Genossen bei den Räten der Bezirke, in denen die evangelischen Leitungen ihren Sitz haben, eine langfristige Konzeption für die kontinuierliche Einflußnahme auf die Führungskräfte, die Synodalen und andere Amtsträger in den evangelischen Landeskirchen. Bei dieser Einflußnahme in den Landeskirchen ist auf die Aufrechterhaltung und Stärkung der Selbständigkeit der Landeskirchen gegenüber dem Bund Wert

<sup>98</sup> Sekretariatsbeschluß: ZPA J IV/2/3/1988.

<sup>99</sup> Beschluß Politbüro vom 30.10.1973, ZPA J IV 2/2/1474.

zu legen, um jenen Kreisen entgegenzuwirken, die die Tätigkeit der Kirchen zentralisieren wollen.“

3. Die bisher breiteste Veröffentlichung von einschlägigem Quellenmaterial bilden die Dokumente um die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 18. August 1976 und die staatlichen und kirchlichen Reaktionen auf diese Tat. Der Nachdruck, mit dem hier von Honecker selbst von „Konterrevolution“ geredet wird, unterstreicht die Schwere des Falls. In einem Fernschreiben Honeckers vom 15.9.1976 heißt es zu dem Brief der KKI an die Gemeinden nach der Feststellung, daß sich die negativen Kräfte im KKI durchgesetzt haben, wörtlich:<sup>100</sup>

„Es handelt sich hierbei, wie gesagt, um einen der größten konterrevolutionären Akte gegen die DDR.“

Gerade die Vielzahl der Dokumente und die sich überstürzenden Ereignisse im Herbst des Jahres 1976 lassen aber vor allem zwei Dinge deutlich werden:

1. Das Zusammenspiel der verschiedenen kirchenpolitischen Akteure (hier insbesondere MfS, Partei und Staatsapparat) ist im konkreten Ernstfall nicht so überzeugend effektiv, wie es nach ihrem eigenen Selbstverständnis hätte sein müssen.

2. Die Reaktionen vor allem auf die westlichen Pressemeldungen zeigen nicht eine Parteiführung, die souverän ihrer „führenden Rolle“ entsprechend politisch handelt, sondern es entsteht der Eindruck von Konfusion und planlosem Reagieren.

Daneben aber gibt es auch – und das meint die Bezeichnung „außerordentliche Kirchenpolitik“ – eine Reihe kirchenpolitischer Ereignisse, die zwar an der kirchlichen Basis (Kirchengemeinden, Mitarbeiterkonvente, Synoden und Kirchenleitungen) „angekommen“ und dort für Diskussionsstoff und Handlungsbedarf sorgten, für die es aber nur schwer sein dürfte, „Grundlagenbeschlüsse“ in den Archivalien der oberen Entscheidungsgremien auszumachen. Jedenfalls läßt dies der derzeitige Stand der Quellenerschließung noch nicht zu. Die unter 2.6. „Öffentliche Tabus – eine DDR-Spezialität“ gegebenen Beispiele zählen hierher. Einige andere, für die Kirchen nicht unwichtige „Ereignisse“, seien hier zusätzlich genannt.

1. Aus dem Grußwort Albert Nordens auf dem Erfurter CDU-Parteitag (Oktober 1972) entnahmen die CDU und Funktionäre der Abtl. Inneres bei Bezirken und Kreisen für den Zeitraum von etwa drei Jahren die Formel vom „sozialistischen Staatsbürger christlichen Glaubens“.

Eingebettet in ein Lob der CDU hatte Norden folgende Aussage gemacht:<sup>101</sup>

100 Text des Fernschreibens wird in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht werden.

101 Norden, Albert: Grußwort an den CDU-Parteitag in Erfurt in: 13. Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Erfurt 11.-14. Oktober 1972 – Bulletin 1 – hrsg. v. Sekretariat des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands Berlin 1972 S. 160.



„Ihr Wille und Ihre Haltung werden daran sichtbar, daß Sie – ohne Bekenner der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu sein – den Sozialismus bejahen, daß Sie von den Aussagen Ihres Glaubens und Ihrer Ethik aus, einen schöpferischen Beitrag zur Festigung der sozialistischen Ordnung, insbesondere auch in der Menschenbildung, leisten. . . . Und wir sagen: Wer so seine gesellschaftliche und geistige Entscheidung gefällt hat und sie tagtäglich in der Praxis unseres Lebens nachvollzieht, der hat seinen festen Platz in unserer Gesellschaft und der wird auch in der Zukunft in unserer Gesellschaft seine Heimat haben (Beifall). Es ist dies der Platz sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens, die alle ihre geistigen und sittlichen Kräfte dem Kampf des Volkes zur Verfügung stellen, und es ist dies die Heimat aller werktätigen Menschen, die unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse in fester politisch-moralischer Einheit verbunden sind.“

Norden war einen Tag zuvor von einer Chile-Reise zurückgekehrt und hat seine Rede in Anwesenheit von Herrn Barth vom ZK verlesen. Zwar wird in der Folgezeit diese Formel in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen als „hilfreich“ eingeschätzt, ihre Entstehung ist z. Z. nicht rekonstruierbar. War diese Bemerkung überhaupt als „Formel“ gemeint, wie sie dann verwendet (und von den Kirchen kritisiert wurde)? In einem Gespräch mit dem Mitarbeiter des CDU-Hauptvorstandes G. Quast für diesen CDU-Parteitag mußte auch Manfred Stolpe erst informiert werden. Auskunft nach der Mitschrift von Quast:<sup>102</sup>

„Herr Stolpe stellte fest, daß er zwar schon die neue Terminologie 'sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens' bemerkt habe, ihr aber nicht eine so programmatische Bedeutung zugemessen habe. Mit großem Interesse nahm er die Information entgegen und stellte fest, daß die Aussagen des 13. Parteitages eine positive Alternative zu den Versuchen der IV. Bundessynode darstellten, Standort und Weg der Kirchen in unserer sozialistischen Ordnung zu bestimmen. Er bejahte die Notwendigkeit, die prinzipiellen Aussagen des 13. Parteitages in Kreisen kirchlicher Amtsträger und Theologen intensiv auszuwerten und brachte seine Freude über die Information zum Ausdruck, daß die Februar-Tagung des Präsidiums des Hauptvorstandes mit der Arbeitsgemeinschaft Kirchenfragen eine Weiterführung dieser Aussagen vornehmen wird.“

Läßt sich wirklich ein Zusammenhang zu der in den Kirchen in zeitlicher Parallele erfolgenden Herausbildung der Formel „Kirche im Sozialismus“ herstellen? Kirchenpolitische Bewertung wird den „sozialistischen Staatsbürger

102 Zitiert nach einem Protokoll der CDU über ein Gespräch am 9.11.1972. Zitiert nach: Die Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR – Materialien aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED und dem Archiv der Ost-CDU – vorgelegt von Peter Maser und Manfred Wilke unter Mitarbeit von Martin G. Görner und Michael Kubina, Berlin Maschinenschrift vervielfältigt 159 Seiten, Zitat S. 149.

christlichen Glaubens“ eindeutig einer Politik zurechnen, die die Wirksamkeit der Kirchen zurückdrängen und den Bürger mit der ihm anhängenden Marginale „christlicher Glauben“ in die sozialistische Gesellschaft integrieren möchte. Im übrigen stellt dieser Vorgang eine der letzten wichtigen Aktivitäten der CDU im Rahmen der SED-Kirchenpolitik dar. Mindestens auf der Leitungsebene sollte sie bald ins kirchenpolitische Abseits geraten.

2. Der Jenaer Lehrstuhl für wissenschaftlichen Atheismus war in der „Honecker-Zeit“ schon aufgegeben worden. Die Popularisierung des Atheismus war gegenüber den fünfziger Jahren deutlich zurückgegangen. (Es erschien – abgesehen von Artikeln ohne Öffentlichkeitswirkung – nur ein populärwissenschaftliches religionskritisches Buch in diesem Zeitraum. Jakob Lenzmann: *Wie das Christentum entstand*, 1973, Verlag „Neues Leben“.)

Welche Bedeutung kommt der dennoch weitergehenden Atheismusforschung zu? Olof Klohr, der ehemalige Inhaber des Jenaer Lehrstuhls, wirkte in Wismar. Und in Güstrow wurden regelmäßige Seminare mit atheistischer Thematik abgehalten. War diese Arbeit von der Parteiführung still geduldet? Sollten gewissermaßen Vorarbeiten für spätere Zeiten geschehen, oder wie ist dieses Wirken im Verborgenen kirchenpolitisch zu deuten? Es läßt sich im Zusammenhang des gesellschaftlichen Umfeldes der siebziger und achtziger Jahre erklären, warum atheistische Propaganda an Bedeutung verloren hatte. (Möglicherweise hätten die Strategen noch einmal im Freidenkerverband aktiv werden können.) Heute jedenfalls leiten die Akteure aus ihrem Verharren im „zweiten Glied“ einen Anspruch für die Qualität und Wissenschaftlichkeit ihrer Arbeiten ab und stellen von sich aus fest:<sup>103</sup>

„Bei der historischen Aufarbeitung des Gegenstandes ist m. E. zu unterscheiden zwischen wissenschaftlicher Befassung von Marxisten mit der Religion einerseits und offizieller Politik des Staates und der SED ... andererseits. ... Bedauerlicherweise fanden jedoch wissenschaftliche Untersuchungen durch die offizielle Politik keine oder kaum Beachtung. Hingegen wurden wissenschaftliche Arbeitsrichtungen oder Ergebnisse abgelehnt, wie z. B. die intensiven religionssoziologischen Untersuchungen oder auch später die Bemühungen um die Entwicklung des Dialogs von Marxisten und Christen. Grundlegende Erkenntnisse wurden in der praktizierten Politik ignoriert.“

3. In Pfarrkonventen und kirchlichen Lageberichten spielte der Redebeitrag von Klaus Gysi vor dem ÖRK in Genf am 29.5.1981 eine wichtige Rolle als populäre Verheißung für die verschreckte Christenheit. Die Botschaft lautet: Das Absterben der Religion verzögert sich.<sup>104</sup>

103 Vgl. Klohr, Olof: *Atheismus und Religion in der DDR* in: Heydemann, Günther und Lothar Kettensacker (Hrsg.): *Kirchen in der Diktatur*, Göttingen 1993, S. 282 ff.

104 Vgl. Gysi, Klaus: *Kirche und Staat in der DDR – Vorträge in London und Genf – in: epd-Dokumentation Nr. 28/81 vom 15.6.1981, S. 4 ff.*

„... es wird einen Prozeß des Absterbens geben. Aber es ist klar, daß dieser Prozeß einen ganzen historischen Zeitraum umfaßt. Was dann ist, wissen wir auch nicht. Und es ist völlig spekulativ, sich über Zeiträume Gedanken zu machen.“

Gysi, der ähnliche Äußerung kurze Zeit später noch einmal in London wiederholte, handelte mit diesen Bemerkungen durchaus kirchenpolitisch wirksam. Steht dahinter nun eine zufällige Äußerung Gysis oder handelt es sich um einen „Grundsatzbeschuß“? In zeitlicher Parallele wurden damals unter kirchlichen Mitarbeitern Abschriften von Aufsätzen aus sowjetischen Zeitschriften der Atheismusforschung mit ähnlicher Zielrichtung verbreitet.

Nimmt man noch Friedrich den Großen (II.), der (als Denkmal) plötzlich wieder „Unter den Linden“ ritt und einen nicht zu übersehenden Wandel im Lutherbild (Lutherjahr 1983) hinzu, kann man vielleicht sogar von einer neuen Ausrichtung in den ideologischen Grundfragen sprechen? Diese wäre allerdings nie öffentlich zugestanden worden. Kurt Hager zu dem Verdacht eines Preußen-Comeback in der DDR:<sup>105</sup>

„Im Zusammenhang mit der Aufstellung des berühmten Reiterstandbildes Friedrich II.: von Christian Daniel Rauch, die aus kulturhistorischen Gründen zur Abrundung des Forums Unter den Linden erfolgte, wird in westlichen Medien ein großes Geschrei über ein angebliches 'neues Preußenbild der DDR' erhoben. ... Das war nicht anders zu erwarten, doch nichts davon hält einer Prüfung stand. ... Die Straße Unter den Linden gehört zusammen mit dem Marx-Engels-Platz zu dem großartigen städtebaulichen Ensemble in unserer Hauptstadt, das sich weiter bis zum Alexanderplatz erstreckt. In der weiteren Ausgestaltung dieses großen zentralen Ensembles werden die Werke der Bildhauerkunst eine bedeutende Rolle spielen. Das wichtigste Vorhaben ist hierbei die Errichtung der Marx-Engels-Anlage gegenüber dem Palast der Republik. ...“

In den Kirchen wurden allerdings dennoch Veränderungen registriert. Edelbert Richter schreibt zum Wandel im Lutherbild:<sup>106</sup>

„Wir sagen also nur statt 'Untertanengeist' 'Achtung vor der Obrigkeit' und statt 'übersteigertes Pflichtbewußtsein' 'Gewissenhafte Arbeit im Beruf', so sind wir schon im Sozialismus!“

Der Dresdener Superintendent Christof Ziemer sprach damals von einer „ideologischen Windstille“.

In diesem Zusammenhang müßten auch all die kirchenpolitischen Aktionen genannt werden, bei denen schon der damalige Betrachter den Eindruck

105 Vgl. Hager, Kurt: Die Gesellschaftswissenschaften vor neuen Aufgaben – Referat auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftlicher der DDR am 18.12.1980 in Berlin – Sonderdruck Berlin 1981.

106 Vgl. Richter, Edelbert: Chancen für Kirche und Staat – Die neue Kirchenpolitik der SED und die marxistische Religionskritik in: Kirche im Sozialismus 9 (1983), Heft 3/83 S. 9 ff.

eines planlosen und überstürzten Handelns gewann. Zu nennen wäre etwa der Polizeieinsatz in der Umweltbibliothek der Zionskirche (November 1987) und die Polemik im „Neuen Deutschland“ gegen Konsistorialpräsidenten Stolpe („Stolpe und der Idealfall“, Januar 1983). Auch wenn hier viele Fragen offenbleiben, wird man davon ausgehen können, daß solche Ereignisse nicht von untergeordnetem Wert für die reale Kirchenpolitik im realexistierenden Sozialismus gewesen sind. Sie erschweren allerdings das Durchhalten von Thesen, die eine planmäßig gelenkte und quasi gesetzmäßig verlaufende Kirchenpolitik zu sehen verneinen.

Als drittes Phänomen taucht darüber hinaus noch der Umstand auf, daß es nicht wenige, zum Teil recht umfangreiche Aktenstücke und Materialien gibt, deren praktische Bedeutung unmittelbar überhaupt nicht einsichtig ist. Besonders an den unteren Stellen wurde Material gesammelt und Statistiken und Auswertungen vorgenommen, die im normalen kirchlichen Alltag keine oder nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten:

So hatten in Wahlzeiten zum Beispiel die Mitarbeiter für Kirchenfragen Großeinsätze zu leisten. Die Aktenberge sind genauso enorm, wie die angefertigten Statistiken oft schwachsinnig sind. Selbst in kleinen Kirchenkreisen mit zwölf Pfarrern wurden vergleichende Untersuchungen zur Wahlbeteiligung, zur Teilnahme an den Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ und zur Unterschriftsleistung unter die Willenserklärung von 1979 angefertigt. Schon das (zufällige) Fehlen oder Erscheinen eines Pfarrers bedeutet einen „Qualitätssprung“ von fast 10 %!

## 2.9. „Gesprächsführung“ – eine hauptsächliche Methode der Kirchenpolitik

Nicht nur auf höchster Ebene haben „Gespräche“ einen besonderen Stellenwert („Spitzengespräche“ am 6.3.1978, am 11.2.1985 und am 3.3.1988). Zum Verständnis der Kirchenpolitik gehört grundlegend ein Einblick in das mit dem schönen Wort „Gesprächsführung“ bezeichnete Phänomen. Dieser Terminus technicus findet sich immer wieder in Einladungen, etwa zum Gespräch beim Bürgermeister:

„Werter Herr NN!

... lade ich Sie ein zu einer Gesprächsführung am ...“

Dem „geduldrigen vertrauensvollen Gespräch“ wurde großer Stellenwert eingeräumt. Es sollten alle „mitgenommen“ werden auf dem festgelegten Weg. Gesprächsführung meint nie Diskussion (oder wenn, dann nur mit feststehendem Ausgang), sondern eigentlich immer Belehrung. Daß in den beschlossenen Maßnahmen zur Kirchenpolitik dem Gespräch so großer Stellenwert beigemessen wird, ist oft genug verwunderlich.

Aus der vom Politbüro am 7.1.1986 zustimmend zur Kenntnis genommenen

„Information zu aktuellen Fragen der Politik gegenüber den evangelischen Kirchen“:<sup>107</sup>

„Insgesamt ist es gelungen, die Positionen jener kirchlichen Kreise, die der Linie einer 'Kirche im Sozialismus' verbunden sind, zu festigen und das Wirkungsfeld negativer, reaktionärer Kräfte innerhalb der Kirche einzuengen. Als wirksam erwiesen sich in der letzten Zeit die verstärkten vertrauensvollen persönlichen Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern, Synodalen und Kirchengemeinderäten in den Bezirken und Kreisen. Positive Wirkung gingen auch von den zahlreichen Gesprächen, die der Staatssekretär für Kirchenfragen mit Vertretern der Kirchenleitungen, Bischöfen u. a. führte, aus. Deutlich verbessert wurde die politische Massenarbeit mit kirchlichen Kreisen durch den Nationalrat und die Ausschüsse der Nationalen Front der DDR sowie durch die Christlich-Demokratische Union. Auch die Arbeit des Regionalausschusses der Christlichen Friedenskonferenz und verschiedener progressiver innerkirchlicher Gruppen ('Weißenseer Arbeitskreis', 'Sächsische Bruderschaft') wurde weiter aktiviert. Die Linie einer positiven innerkirchlichen Differenzierung zugunsten unserer Politik hat sich also bewährt und wird verstärkt fortgeführt.“

Im Zitat deutet sich eine abgestufte hierarchische Gliederung in der „Gesprächsführung“ an. Auch in den festgelegten Maßnahmeplänen wird das Gespräch oft als erste und wichtigste Maßnahme bezeichnet. Aus den vom Politbüro am 30.10.1973 beschlossenen „Maßnahmen“:<sup>108</sup>

„1. Die politisch-ideologische Arbeit mit den Gemeindegemeindeführern, Gemeindegemeindeführern, den Diakonen ist in der Weise zu verstärken, daß sie sich als Bürger der DDR loyal gegenüber ihrem Staat verhalten. Die Partei- und Staatsorgane in den Bezirken und Kreisen sichern, daß durch die Ausschüsse der Nationalen Front das politische Gespräch, insbesondere mit den Mitgliedern der Gemeindegemeindeführer und anderer Kirchenleitungen, beständig geführt wird, wobei die Leitungen der CDU ihre Mitglieder aktiv in diese Tätigkeit einbeziehen.“

Und selbst wenn die Einschätzung der Situation als „konterrevolutionär“ vorgenommen wird, scheinen Gespräche das richtige Mittel zu sein. Politbürobeschuß vom 12.7.1983:<sup>109</sup>

„1. Staatssekretär für Kirchenfragen führt mit Bischof Forck unter Bezugnahme auf den staatsverleumderischen Verlauf der 'Friedenswerkstatt' und der kurz vorher am 24.6.1983 stattgefundenen 'Blues-Messe', die ähnlichen Charakter trug, ein erneutes Gespräch. Darin wird der massive politische Mißbrauch dieser Veranstaltungen entschieden zurückgewiesen, ihnen die Gesetzesverletzungen aufgerechnet und zum Ausdruck gebracht, daß die ihm

107 Vgl. Anlage zum Beschluß des Politbüros vom 7.1.1986. Der Text wird in der Dokumentation von Horst Dohle veröffentlicht werden.

108 Vgl. Anm. 99.

109 Vgl. Beschluß Politbüro vom 12.7.1983 ZPA J IV/2/22011.

gegenüber gegebenen Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Genosse Gysi weist auf die dadurch verursachten erheblichen Belastungen zu den staatlichen Organen hin. Er weist eindringlich darauf hin, da sich eine solche organisierte Verleumdung und Verletzung unseres Staates und seiner Friedens- und Sicherheitspolitik durch kirchliche Veranstaltungen nicht wiederholen kann und fordert, daß die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg selber die erforderlichen Vorkehrungen dafür trifft.“

## 2.10. *Kirchenpolitik an der Basis*

Das letzte Glied in der Kette der Umsetzung der praktischen Kirchenpolitik der SED bilden die Mitarbeiter für Kirchenfragen bei den Räten der Kreise, der kreisfreien Städte und den Stadtbezirken der Großstädte. Diesen Mitarbeitern ist bisher relativ wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Es liegt nahe, einmal soziologisch-politikwissenschaftliche Nachschau zu halten über die große Zahl (es gab ca. 250 Kreise und kreisfreie Städte in der DDR) dieser Mitarbeiter.

Wo kommen sie her? Welche Vorbildung hatten sie? Gibt es so etwas wie eine „typische“ Karriere? War die Mitarbeit im Referat Kirchenfragen ein Sprungbrett für andere Aufgaben im Staatsapparat? Wie stark sind Kontinuität und Fluktuation gerade in diesem Amt?

Gab es eine spezifische Verteilung von Männern und Frauen? Welche Auswirkungen hat der dauernde Kontakt zur Kirche und ihren Mitarbeitern für den Mitarbeiter für Kirchenfragen?

Solche Fragen sind alle noch nicht ausreichend zu beantworten.

Auch die Bedeutung der „Gesprächsführung“ rechtfertigt die Frage nach den Voraussetzungen, mit denen die Mitarbeiter für Kirchenfragen in solche Gespräche gingen: Zur Berichtspflicht dieser Mitarbeiter gehört es, zweimonatlich die Zahl der geführten Einzel- und Gruppengespräche aufzulisten.

### 2.10.1. *Kenntnisstand der Mitarbeiter und vorhandenes Arbeitsmaterial*

Erste Einblicke in die Hinterlassenschaft in einem Landkreisarchiv bestätigen die Vermutung, daß hier von äußerst bescheidenen Voraussetzungen ausgegangen wurde. Auf den Mangel an schriftlichen Informationen und authentischen Texten ist schon hingewiesen worden. Besonders fehlt es an Materialien, die die zugegebenermaßen nicht leicht verständlichen kirchlichen Strukturen in den verschiedenen Landeskirchen und ihrer Zusammenschlüsse erläutern. Dazu sollten die Mitarbeiter sich außerdem noch in den Strukturen der katholischen Kirche und der „Religionsgemeinschaften“ auskennen. Die turnusmäßig durchgeführten Schulungen konnten den Mangel nur unzureichend ausgleichen. Hier wird erklärlich, warum in manchen Mitschriften

der Mitarbeiter für Kirchenfragen oft ziemliches Durcheinander herrscht. Als Beispiel soll die Auswertung einer Tagung einer EKU-Synode dienen:<sup>110</sup>

Unter TOP 2 „Auswertung des Berichts des Ratsvorsitzenden der Synode-Bischof Krusche“ vermerkt die Mitschrift:

„zu 2.

30.6. – 2.7.1978 Berlin 2. Tagung der Synode der Evangelischen Kirche der Union (1969 Bund der EKU der DDR gebildet – damit Trennung von der Kirche der BRD)

Referat Bischof Dr. Krusche (Auszüge)

1. EKU – Kirche in 2 Bereichen
2. EKU – Gliedkirchlicher Zusammenschluß innerhalb der beiden
3. EKU – als selbständige Kirche
4. EKU – Partner anderer ökumenischer Kirchen
  - Kirchen haben sich freigegeben, aber nicht losgelassen (damit meint Dr. Krusche die Trennung der Kirchen 1969)
  - Bereichsräte – gesamtkirchlich, aber nicht gesamtdeutsch (damit Abwendung von allen gesellschaftlichen Gegebenheiten)
  - spricht von 2 deutschen Staaten
  - ein Bereichsrat kann für den anderen keine Beschlüsse fassen
  - jede Kirche hat andere Aufgaben, spezifisch für Sozialismus und Kapitalismus, entsprechend wo sie leben
  - gleichzeitig ist die Gemeinschaft gewachsen – man lernt voneinander
  - geht auf die 2 Selbstverbrennungen von Pfarrern der DDR und der BRD ein, macht dabei den BRD-Organen Vorwürfe gegen die Hochspielung dieser Tat.

Möglichkeit der Zusammenarbeit der 2 Bereiche – Grundlage dafür sind Abkommen zwischen DDR und BRD, er hofft, daß sich diese Vorgänge zu ganz normalen mit der Zeit entwickeln

- haben Anteil an der Entwicklung der beiden deutschen Staaten (sieht das abstrahiert von den gesellschaftlichen Verhältnissen)
- danken den Politikern der beiden Staaten für die Ermöglichung der kirchlichen Arbeit, geht auf das Gespräch vom 6.3.1978 ein – Verständnisbereitschaft, Vermeidung von Konfrontation, es bedarf seiner Meinung beiderseits erhöhter Lernbereitschaft.

Wehrunterricht: – Erhaltung des Friedens ist unsere erste Aufgabe

- Erziehung der Jugend zu Friedensliebe

<sup>110</sup> Vgl. Protokoll der Referentin Kirchenfragen des Kreises Bitterfeld von Dienstberatung am 5.10.1978 in: Archiv Landratsamt Bitterfeld Aktenstück 2357.

- seelsorgerliche Hilfe (das waren Argumente der Kirche)
- letzte Entscheidung liegt bei der Regierung
- soll nicht zur Konfrontation führen – diese Sachfrage soll behandelt werden“

Dieses ausführliche Zitat soll nicht nur Strukturverwirrung und Informationsverlust belegen, sondern es muß davon ausgegangen werden, daß der Mitarbeiter für Kirchenfragen keinerlei Gelegenheit hatte, etwa Krusches Referat im Wortlaut zu lesen. Das Material, das ihm zur Verfügung stand, war mehr als dürftig. Westliche Druckerzeugnisse schieden von vornherein aus, und selbst östliche waren nur in sehr eingeschränktem Maße zur Verfügung.

Konkret: Im Kreis Bitterfeld wurden beim Rat des Kreises, Abtlg. Inneres, Bereich Kirchenfragen, zwar (in den letzten drei Jahren!) die Kirchenzeitung „Die Kirche“, nicht aber die Amtsblätter von Bund und Landeskirche gehalten. Eine Grundordnung der Kirche war ebenso wenig vorhanden wie die Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen, ganz zu schweigen von etwaigen Ordnungen der EKV. Hauptinformationsquelle schriftlicher Art waren das „Neue Deutschland“ und die „Neue Zeit“ (CDU). Ausführliche Zeitungsausschnittsammlungen belegen das. (Es ist wichtig, die Tatsache einzubeziehen, daß bis zum Ende der DDR die Möglichkeit, einen Text fotomechanisch zu kopieren, auf der Ebene des Kreises auf wenige Ausnahmen beschränkt geblieben ist.)

Den im westlichen Fernsehen gesendeten Film „Bitteres aus Bitterfeld“, der auch das Politbüro und die Stasi beschäftigte,<sup>111</sup> hätte die Mitarbeiterin für Kirchenfragen zwar sehen können, wenn sie nicht – wie sie immer versicherte – für sich und ihre Familie den Empfang westlicher Sendungen grundsätzlich abgelehnt hätte. Sie mußte aber in den „Gesprächsführungen“ mit Pfarrern und Ältesten den Nachweis führen, daß die Aussagen des Films über die ökologische Situation im Bitterfelder Gebiet alle falsch seien.<sup>112</sup>

Oder: Wenn der Mitarbeiter für Kirchenfragen bei der „Gesprächsführung“ mit Pfarrern etwa das Gespräch E. Honeckers mit Bischof Leich vom März 1988 „auswerten“ sollte, so stand ihm zwar eine in indirekter Rede wiedergegebene Fassung der Ausführungen Honeckers zur Verfügung, für den Beitrag des Bischofs war er auf das „Neue Deutschland“ angewiesen. Das Perfide an dem System: Da die in indirekte wiedergegebene Rede Honeckers ihm auf dem Dienstweg und ausschließlich zur persönlichen Unterrichtung zugekommen war, konnte er sich bei aller Banalität auch noch einbilden, er gehöre zu den privilegierten Wissenden. Vermutlich haben auch die jährlichen, mehrtägigen

111 Vgl. Besier, Gerhard und Stephan Wolf (Hrsg.): „Pfarrer, Christen, Katholiken“ – Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen-Vluyn <sup>2</sup> 1992, S. 769 ff.

112 Vgl. Aktenvermerk betreffs Film „Bitteres über Bitterfeld“ vom 6.10.1988 in: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld in Aktenstück 7896.



Lehrgänge „mit den Mitarbeitern Kirchenfragen der Räte der Kreise/Städte/Stadtbezirke“ diesem Mangel nur bedingt abhelfen können, wie die Themen- und Stundenpläne solcher Veranstaltungen ausweisen.<sup>113</sup>

Die technischen Voraussetzungen und der Kenntnisstand scheinen beim Staatssicherheitsdienst wesentlich besser gewesen zu sein. Es kann vermutet werden, das kirchliche Mitarbeiter schon deshalb in die Falle der Stasi tappen konnten, weil ihnen hier endlich einmal jemand begegnete, der wirklich kompetent zu schein schien.

Auch werden Offiziere des MfS zu Schulungsveranstaltungen für Mitarbeiter für Kirchenfragen herangezogen.

## 2.10.2. Aufgaben des Mitarbeiters für Kirchenfragen:

Anhand der Aufgaben der Mitarbeiter für Kirchenfragen sind Informationen über die Kirchenpolitik der SED zu gewinnen. Außer den erwähnten „Gesprächsführungen“ und den darüber jeweils anzufertigenden Vermerken sind besonders zu nennen:

### 2.10.2.1. Die zweimonatliche schriftliche Berichterstattung nach einem vorgegebenen „Rahmenplan“

Die Berichte umfassen in der Regel vier bis sechs Seiten. Als Empfänger gilt der Rat des Bezirkes. Die Kreisdienststelle des MfS, die im Verteiler nicht genannt werden durfte, erhielt ein Exemplar.

Der vorgegebene Rahmenplan ist unverändert bis zu Ende der DDR geblieben:<sup>114</sup>

„Registriervermerk

Registriert als zweimonatige fachliche Berichterstattung unter der Reg.-Nr. 7900/2/812 am 16.12.1982

Befristet bis zum 10.1.1985

Staatliche Zentralverwaltung für Statistik

Rahmenplan

zur Information aus den Räten der Kreise/Bezirke

Alle Informationen sind getrennt nach Konfessionen (Evangelische Kirche, römisch-katholische Kirche, andere Kirchen und Religionsgemeinschaften) und Landeskirchen vorzunehmen.

<sup>113</sup> Im Archiv des Landratsamtes Bitterfeld ist der Stundenplan eines Lehrgangs für die Mitarbeiter für Kirchenfragen in Naumburg/Saale vom 16. – 20.2.1984 überliefert (Aktenstück ohne Signatur in 7914)

<sup>114</sup> Vgl. Archiv Landratsamt Bitterfeld, Aktenstück 7888.

1. Zu politischen Entwicklungen und Tendenzen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften . . .
  2. Zur Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit . . .
  3. Zur ökumenischen Tätigkeit . . .
  4. Zu Formen kirchlicher Tätigkeit . . .
  5. Kaderveränderungen in kirchenleitenden Funktionen
  6. Fallinformationen besonderer Art
  7. Terminvorschau; staatliche, gesellschaftliche und kirchliche Termine
  8. Anzahl der Gespräche der staatlichen Organe im Berichtszeitraum . . .
  9. Die Berichterstattung erfolgt in Abständen von zwei Monaten jeweils zum 1. der Monate Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember
- Vertraulichkeitsgrad der Berichte: VDT“

(Handschriftliche Änderung unter 9. zu den Monaten [auf jeweils 25. des Vormonats] Weglassung sämtlicher Untergliederungspunkte und Unterstreichungen)

#### 2.10.2.2. *Berichte zu verschiedenen Anlässen*

Außer diesen turnusmäßigen Berichten waren Berichte zu einzelnen Vorkommnissen anzufertigen.

Sicherheitsrelevante Dinge wurden mit Eilvermerken versehen. Hier findet sich auch einmal ein handschriftlicher Zusatz („10.30 Uhr KD informiert“), der auf die Zuarbeit für das MfS schließen läßt.

Zu den besonderen Berichten gehören:

1.) Tagesberichte in bestimmten „Krisenzeiten“ (dazu zählten z. B. seit 1982 die jeweiligen Friedensdekaden). Z. B. Schreiben des Rates des Bezirkes (Inneres) an die Kreise:<sup>115</sup>

„Werter Genosse Stellvertreter!

In der Zeit vom 08. bis 18.11.1987 findet die diesjährige 'Friedensdekade' der ev. Kirchen statt.

Aus gegebenem Anlaß ist mir vom 09. bis 19.11. täglich bis 8.30 Uhr fernschriftlich eine Information mit folgenden Angaben zu übersenden:

1. Durchgeführte politisch bedeutsame Veranstaltungen und Anzahl der Teilnehmer.
2. Wichtigste inhaltliche Aussagen und Angaben zu den aufgetretenen Personen.

<sup>115</sup> Vgl. Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle an die Räte der Kreise vom 4.11.1987 in: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 7961.

3. Öffentlichkeitswirksamkeit, anwesende Gäste, Presse.

4. Staatliche und gesellschaftliche Maßnahmen zur Einflußnahme.

Die zusammenfassende Abschlußinformation muß am 19.11.87 bis 12.00 Uhr bei mir vorliegen. In ihr sind alle Veranstaltungen und Gesamtteilnehmerzahlen zu benennen. Dabei ist ebenfalls einzuschätzen:

1. Wirksamkeit unserer Kräfte in den Veranstaltungen.

2. Wirken negativer Kräfte und Umfang ihrer Basis.

3. Wie haben Personen oder Gruppen negative Kräfte unterstützt?

Ich bitte um Einhaltung der genannten Festlegungen.

Mit sozialistischem Gruß“

2.) Berichte nach besonderen staatlichen Veranstaltungen

Z. B. mußten Meinungen kirchlicher Amtsträger zu einem SED-Parteitag oder zu einem Staat-Kirche-Gespräch usw. erfragt werden.

3.) Berichte nach Wahlen. Letztere wurden scheinbar besonders ernst genommen, standen unter hartem Termindruck und führten nicht selten die kirchlichen Mitarbeiter namentlich auf, die eine Wahlkabine benutzt hatten. Es wurden regelmäßig Vergleichszahlen (prozentuale Wahlbeteiligung) zur vorigen Wahl geliefert. Zwischen Kreisen und Bezirken schien „sozialistischer Wettbewerb“ hinsichtlich möglichst hoher Wahlbeteiligung der kirchlichen Amtsträger zu herrschen.

Anforderungen an die Wahlberichterstattung:<sup>116</sup>

„Bericht zum Wahlverlauf

Termin: 22.05.1979

Bericht hat zu enthalten:

1. Abgestimmtes und überprüftes Wahlergebnis durch die Amtsträger (Zahlen), Namen der Nichtwähler;
2. Welche politisch-ideologischen Schwerpunkte und Tendenzen zeichneten sich im Vergleich zu den Wahlen vorher ab?
3. Veränderung des Wahlverhaltens insgesamt unter Beachtung, was ist besser oder schlechter geworden?
4. Festgestelltes Wahlverhalten in konfessionellen Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens;
5. Welche Äußerungen zur Wahl, zur Politik der Partei und Regierung vor oder im Wahllokal oder danach;
6. Hinweise über Wahlverhalten der Christen allgemein

<sup>116</sup> Vgl. „Hinweise aus Arbeitsberatung vom 11.5.1979“ protokolliert vom Mitarbeiter für Kirchenfragen im Kreis Bitterfeld. Text: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 2357.

7. Benennung der kirchlichen Amtsträger, die erst nach Aufsuchen von Wahlhelfern zur Wahl gehen oder die bei der Wahlhandlung Kabine benutzen;

8. Erste Schlußfolgerungen für die weitere kirchliche Arbeit.

Eine der umfangreichsten Berichterstattungen war diejenige zur Unterschriftsleistung zur „Willenserklärung“ 1979. Hier wurden die mündlichen Bemerkungen der kirchlichen Mitarbeiter sowie ihre schriftlichen Anmerkungen festgehalten.

#### 2.10.2.3. *Einschätzungen von kirchlichen Mitarbeitern und Synodalen*

Zu den Aufgaben der Mitarbeiter für Kirchenfragen gehörte auch die Einschätzung zu Personen. Das trifft etwa für die das Kreisgebiet verlassenden Pfarrer zu, über die an den neuen Dienstort eine schriftliche „Einschätzung“ gereicht wurde, die schon darüber entschied, ob er als „Progressiver“ mit Blumen zu begrüßen sei oder nicht.

Außerdem mußten detaillierte Informationen über gewählte Synodale beigebracht werden, bis hin zur Aufforderung, ein Foto zu besorgen.<sup>117</sup>

„... 2. Einschätzung der Person im Zusammenwirken mit dem Betrieb (bei Laiensynodalen), dem ABV und den gesellschaftlichen Organisationen

- berufliche Entwicklung, jetzige Tätigkeit
- Verhalten im Arbeits-, Wohn-, und Freizeitbereich
- politische Haltung, Mitarbeit im gesellschaftlichen Bereich
- charakterliche Eigenschaften, Fähigkeiten
- Familienverhältnisse
- Verbindungen, Kontakte, Neigungen, Hobbys
- Einschätzung der Stellung und Rolle im kirchlichen Bereich“

#### 2.10.2.4. *Erarbeitung von Konzeptionen für die „Gesprächsführung“*

Ein wichtiger Arbeitsbereich war die Erarbeitung von Gesprächskonzeptionen für die leitenden Vertreter des Staatsapparates. Der Mitarbeiter für Kirchenfragen auf Kreisebene hatte z. B. die Konzeptionen für Gespräche des Vorsitzenden des Rates des Kreises mit den entsprechenden Superintendenten zu fertigen.<sup>118</sup>

117 Schreiben des Rates des Bezirkes Halle an die Räte der Kreise vom 17.5.1984 in: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld 7891.

118 Beispiele für Gesprächskonzepte finden sich in den Akten des Kreises Bitterfeld. Das letzte Konzept mit der neuen Orientierung auf den „Dialog“ (nach Honeckers Absetzung) datiert vom 23.10.1989. Es konnte nichts mehr aufhalten. In: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 7902.

Gesprächskonzeptionen wurden – wie Gespräche überhaupt – als sehr wichtig angesehen. Auch das MfS beteiligte sich an der Erarbeitung solcher Konzepte für Gespräche mit kirchenleitenden Personen.<sup>119</sup>

#### 2.10.2.5. „Betreuungsarbeit“ für kirchliche Mitarbeiter

Zu den Aufgaben der Mitarbeiter für Kirchenfragen gehörte weiter auch eine „Betreuungsarbeit“ im weitesten Sinne, bis hin zu Geburtstagsbesuchen bei kirchlichen Mitarbeitern.

Für Laiensynodalen wurde die Stellung eines persönlichen „Betreuers“ aus dem Arbeitsumfeld der Synodalen zur pflichtmäßigen Aufgabe. Es kam zu regelrechten Verpflichtungserklärungen der „Betreuer“ gegenüber den Mitarbeitern für Kirchenfragen.

Alljährlich wurden von der Dienststelle des Staatssekretärs über die Bezirke Urlaubsplätze für Pfarrfamilien angeboten, die es durch die Mitarbeiter für Kirchenfragen zu verteilen galt:

„Belegungsplan für die Gästehäuser der Regierung der DDR für die Auszeichnung von Geistlichen;

#### **Juliusruh „Haus Frieden“**

(es folgen 3 Termine für je zwei Personen A.N.)

#### **„Haus Fortuna“ in Tabarz**

(es folgen 6 Termine für je zwei Personen A.N.)

Termin für die Winterplätze: 19.12.1986

Termin für die Sommerplätze: 31.1.1987“

#### 2.10.2.6. *Mitarbeit in der „Kreiskoordinierungsgruppe Kirchenfragen“*

Eine wichtige Funktion war die Zusammenarbeit mit der Kreisleitung der SED. Der Mitarbeiter für Kirchenfragen gehörte der „Kreiskoordinierungsgruppe Kirchenfragen“ an (dazu auch der Vorsitzende des Rates des Kreises und der 1. Sekretär der KL der SED, vermutlich, aber schriftlich nicht nachweisbar: Die Kreisdienststelle des MfS).

Der Mitarbeiter für Kirchenfragen mußte Zuarbeit für die innerparteiliche Berichterstattung und die „Lageeinschätzungen“ des Vorsitzenden des Rates an den 1. Sekretär der KL der SED leisten.

Die in den letzten Wochen der DDR erfolgenden fast täglichen „Lageeinschätzungen“ enthalten schließlich nur noch zwei Berichtspunkte:

„1.) Abteilung Genehmigungsangelegenheiten (d. h. Ausreisethematik A.N.)

119 Ein Beispiel ist dokumentiert bei Besier, Gerhard a.a.O. S. 539 f.

## 2.) Bericht Kirchenfragen“

### 2.10.2.7. *Bereitschaftsdienst und operative Einsätze*

Einsatz erforderten die Bereitschaftsdienste zu besonderen Veranstaltungen wie Synoden und Kirchentagen. Hier ein Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle an die Vorsitzenden der Räte der Kreise:<sup>120</sup>

„Entsprechend dem von mir bestätigten Maßnahmeplan zum Kirchentag der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen wird zur Absicherung der staatlichen Maßnahmen

vom 23.06.1988, 8.00 Uhr bis 29.06.1988, 22.00 Uhr eine Informationsgruppe im 'Haus des Lehrers' in Halle gebildet.

Zur Verstärkung dieser Informationsgruppe ist der Mitarbeiter für Kirchenfragen Ihres Verantwortungsbereiches für die oben genannte Zeit nach Halle zu delegieren.

Ich bitte Sie darauf Einfluß zu nehmen, daß der Mitarbeiter für Kirchenfragen zum oben genannten Zeitpunkt pünktlich seine Tätigkeit im 'Haus des Lehrers' (Raum 305) aufzunehmen hat und seine spezifische Arbeit in hoher Qualität, Einsatzbereitschaft und Disziplin durchführt.“

Neben „Einsatz- oder Informationsgruppen“ wurden bei allen Großveranstaltungen und Synodaltagungen darüberhinaus auch noch „Arbeitsgruppen“ gebildet. Die Zusammensetzung einer solchen Arbeitsgruppe für den Kirchentag in Halle (unter Weglassung aller Namen):<sup>121</sup>

„Arbeitsgruppe bei der Bezirksleitung Halle der SED zur Koordinierung und Kontrolle der politischen Aktivitäten in Vorbereitung und Durchführung des Evangelischen Kirchentages in Halle vom 23. bis 26. Juni 1988.

...Sekretär der Bezirksleitung, Leiter der Arbeitsgruppe

...Mitglied des Sekretariats der Bezirksleitung und 1. Sekretär der Stadtleitung Halle der SED

...Abteilung Agitation und Propaganda der Bezirksleitung, Leiter der Abt. Kirchenpolitik (=handschriftlicher Zusatz A.N.)

...Leiter der Abteilung Konsumgüterindustrie und Handel der Bezirksleitung

...Sektorenleiter Parteiinformation, Abteilung Parteiorgane der Bezirksleitung

...Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Inneres

120 Das Schreiben (o. Datum) ist in Bitterfeld eingegangen am 30.5.1988; in: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 7896.

121 Vgl. „Information zum geplanten Verlauf des Kirchentages in Halle“ Text PDS-Archiv Halle, Aktenstück IV/F-2/14/371.

- ...1. Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung des MfS
- ...Stellvertreter des Chefs der BDVP, Operativ
- ...Mitarbeiter für Kirchenfragen der Bezirksleitung, Sekretär der Arbeitsgruppe“

Die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zu den Tagungen der Landessynode war nahezu identisch.

#### 2.10.2.8. „Konspiratives“

Auch „Konspiratives“ spielte eine Rolle in der Arbeit der Mitarbeiter für Kirchenfragen auf Kreisebene. Gezeigt wiederum am Beispiel des Kirchentages von Halle 1988: In einer „außerordentlichen Dienstberatung beim Rat des Bezirkes Halle am 27.05.1988“ wurden die Mitarbeiter zum Thema „Kongreßarbeit zum Kirchentag“ unterwiesen. Unter den Aufgaben wird im Protokoll in Bitterfeld festgehalten:<sup>122</sup>

„1. Gespräche führen mit kirchlichen Amtsträgern, die bei den einzelnen AG (=Arbeitsgruppen des Kirchentages A.N.) als Referenten, Verantwortliche usw. auftauchen.

- verdeutlichen, daß es nicht zum politischen Mißbrauch der Kirche und des Kirchentages kommen darf
  - Kirchentag soll Kirchentag bleiben und kein politischer Rummel werden
2. gute Christen müssen zu Wort kommen
- gute Christen über KA der NF zu Gesprächen einladen.
  - T.: 6.6.1988
  - namentliche Meldung der Christen zum RdBez. mit Aktennotiz über das geführte Gespräch
  - Teilnahme ja oder nein
  - Mitteilung, wo trifft MA für KF sich mit dem Christen in Halle betreffs Information
  - Christen müssen sich über ihre Gemeinde zur Kongreßarbeit anmelden.
3. Notfalls sind Freistellungen von der Arbeit für die Christen zu organisieren.“

Die Mitarbeiterin für Kirchenfragen im Kreis Bitterfeld hat sich der Aufgabe korrekt angenommen und am 1.6.1988 zusammen mit dem stellvertretenden Sekretär des Kreis Ausschusses der Nationalen Front ein Gespräch mit einem Berufsschullehrer, Mitglied der DBD, geführt. Der Lehrer verpflichtet sich zur Teilnahme am Kirchentag:<sup>123</sup>

<sup>122</sup> Text in: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld (Protokoll einer außerordentlichen Dienstberatung beim Rat des Bezirkes Halle) Aktenstück 7896.

<sup>123</sup> Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 5520.

„Koll. (Name geschwärzt A.N.) wurde von Unterzeichnender darauf aufmerksam gemacht, daß es in dieser Arbeitsgruppe zu Äußerungen kommen kann, die das Staat-Kirche-Verhältnis belasten könnten.

Koll. (geschwärzt) äußert sich daraufhin, daß er als Christ die Geschehnisse in Berlin und Dresden zu Beginn des Jahres sehr intensiv verfolgt habe und sich nicht einverstanden erklären kann mit bestimmten Erscheinungen in der Kirche. Er sei schon immer gegen derartige 'Strömungen' aufgetreten und gerade deshalb interessiere ihn das Thema der Arbeitsgruppe 4. Er betrachte es als seine Pflicht als Christ, als Mitglied der DBD und als Bürger unseres Staates, gegen Erscheinungen aufzutreten, die Unruhe in unser Land bringen würden. . .“

Nach der Vereinbarung von Treffpunkten in Halle heißt es abschließend:

„Koll. (geschwärzt) bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen und wird dementsprechend über das stattgefundene Gespräch Stillschweigen bewahren. . .

Die Kosten für die Teilnehmerkarte werden dem Koll. (geschwärzt) aus den finanziellen Mitteln des Arbeitsbereiches Kirchenfragen zurückerstattet.

Die Freistellung des Koll. (geschwärzt) vom Unterricht für den Zeitraum des Kirchentages wurde vom Kreisschulrat, Gen. (geschwärzt) am heutigen Tag genehmigt und durchgeführt.“

Ein Vermerk, gefertigt nach den Informationen des „Guten Christen“, der „ganztägig anwesend“ war, liegt vor. Er enthält u. a. die Autonummern der vor dem Haus parkenden (westdeutschen) PKW und die Inhalte der Losungen und Plakate, die im Haus aufgehängt waren. Alle Kirchentagspapiere der Arbeitsgruppe 4 waren als Anlage angefügt.<sup>124</sup>

### 3. *Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR und der SED-Kirchenpolitik*

#### 3.1. *Das Spektrum der Bewertungen der SED-Kirchenpolitik*

So einig man sich in der Überzeugung ist, daß die Kirchenpolitik der SED im Zusammenhang mit anderen politischen Entscheidungen und nicht losgelöst vom innenpolitischen und weltpolitischen, besonders auch deutschlandpolitischen Kontext zu betrachten ist, so uneinig ist man sich (noch) in der zusammenfassenden Beschreibung dieser Kirchenpolitik. Das Spektrum der möglichen Interpretationen reicht weit. Auf der einen Seite steht die Position, die eine durchgehaltene, eindeutig kirchenfeindliche Linie – von der

124 Bericht vom 24.6.1988 in: Archiv des Landratsamtes Bitterfeld Aktenstück 5520.



es hier und da taktische Abweichungen gegeben hat – auszumachen meint. Veränderungen im Staat-Kirche-Verhältnis haben danach ihre Ursache in den zu verschiedenen Zeiten verschiedenen Graden der Anpassung der Kirchen an die durchgehaltene politische Linie der Partei. Diese Position kommt der Selbsteinschätzung der SED am nächsten.<sup>125</sup>

Andere sehen verschiedene Fraktionen („Falken“ und „Tauben“) bis in die Parteiführung hinein oder unterscheiden doch wenigstens zwischen den stärker wissenschaftlich und den politisch-administrativ tätigen Kirchenpolitikern. Es ist kein Zufall und biographisch erklärbar, daß diese Position heute besonders von denjenigen vertreten wird, die selbst aktiv in der Kirchenpolitik der DDR, sei es auf der Strecke des „wissenschaftlichen Atheismus“ (Klohr, Lutter, Kliem), sei es in den gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der Partei (Heise) oder in der Funktion des mehr theoretisch arbeitenden Mitarbeiters in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (Dohle), tätig waren.

Eine weitere Position meint, die oft widersprüchlichen kirchenpolitischen Entscheidungen als eine Art „Doppelstrategie“ deuten zu können, bei der Kirche einerseits „zurückgedrängt“ wurde, andererseits versprach man sich von der Kirche und ihrem Einfluß auch Hilfe bei der Durchsetzung von bestimmten Zielen, z. B. in der Friedenspolitik, im internationalen Rahmen oder bei bestimmten innenpolitischen Zielen.<sup>126</sup>

Schließlich gibt es auch die Position, die im Blick auf die Kirchenpolitik gerade der „Honecker-Zeit“ von zunehmender Konzeptionslosigkeit ausgeht, die sich gegen Ende der DDR zu völlig hilflosem Reagieren anstelle von politischem Handeln gewandelt hat.

Ganz anders natürlich die offizielle bzw. die damals veröffentlichte Position. In der „Schulbuchausgabe“ der Kirchenpolitik („wobei wir den Ausdruck vermeiden“ [Gysi]) blieb die „Staatspolitik in Kirchenfragen“ bis zum letzten Tag der DDR ein gerader, auf wissenschaftlichen Grundlagen basierender, objektiv richtiger Kurs:<sup>127</sup>

„Unsere Kirchenpolitik haben wir nicht heute entdeckt, nicht nach 1945. Dies ist wörtlich formuliert schon in der Resolution der Berner Konferenz der Partei. . . Was wir als unsere Kirchenpolitik bezeichnen, wobei wir den Ausdruck vermeiden, also als die Politik zur Herstellung vernünftiger Beziehungen zwischen Staat und Kirche, das ist bei den Klassikern voll konzipiert – so und nicht anders – bei Lenin auch, kann ich nur sagen.“

125 Vgl. Zitate unter 2.3. Papierflut und Dokumentenscheu zum 6. März 1978.

126 Vgl. die unter Anm. 34 zitierte Arbeit von Uwe Funk, ähnlich auch Heise, Joachim: Kirchenpolitik von SED und Staat – Versuch einer Annäherung – in: Heydemann, Günther und Lothar Kettenacker (Hrsg.) a.a.O. S. 126 ff.

127 Staatssekretär Klaus Gysi in einem Rundfunkgespräch. Tonbandmitschnitt einer Sendung von „Stimme der DDR“ im März 1985.

Zwischen diesen Positionen gibt es Überschneidungen. Sie alle können Argumente beisteuern. Der Hinweis darauf, daß die Kirchenpolitik oft genug „Chefsache“ war, daß Honecker selbst zu entscheiden hatte oder als „Bericht-erstatte“ im Politbüro von einer Bundessynodaltagung berichtete und daß die SED-Parteichefs der Bezirke oft geradezu mit Lächerlichkeiten befaßt waren, darf nicht zu der Täuschung führen, daß die Kirchenpolitik so herausragend wichtig gewesen sei. (Auch die Produktion von Damenunterwäsche konnte im Politbüro „Chefsache“ werden.) Die Kirchenpolitik ist einzuordnen in die Gesamtgesellschaftspolitik, und wenn es ein Kontinuum gegeben hat, dann war das der Wunsch der Partei, von der Kirche möglichst wenig Störung und möglichst viel Unterstützung bei der Alltagspolitik in der DDR zu erhalten.

### 3.2. *Das gesellschaftliche und politische Umfeld der Kirchenpolitik*

#### 3.2.1. *Der weltpolitische Aspekt*

Die weltpolitische Lage – ich sehe für die „Honecker-Zeit“ mindestens drei von einander unterscheidbare Phasen – blieb nicht ohne Auswirkung auf die DDR und ihre Innen- und auch Kirchenpolitik. Die drei zeitlichen Abschnitte sollen knapp skizziert werden:

##### 3.2.1.1. *Die Ost-West-Entspannung (1971–1975)*

In die Anfangsjahre fällt die Hoch-Zeit der Ost-West Entspannung (Ostverträge, Grundlagenvertrag DDR-Bundesrepublik, Berlin-Abkommen, KSZE) Höhe-, aber auch vorläufiger Schlußpunkt war der KSZE-Gipfel in Helsinki und die dort erfolgte Unterzeichnung der Schlußakte.

Geistesgeschichtlich fällt diese Entspannungsphase in einen deutlichen, weltweiten „Linkstrend“, gewissermaßen in eine weltweite, sozialismuseuphorische Phase. Diese hat ihre Ursachen in den Entwicklungen in den Kolonialländern in Afrika und Asien, im durch den Vietnamkrieg schwer beschädigten Amerika-Bild und vor allem in einer rationalen, wissenschaftsgläubigen Welt-sicht mit hoffnungsvollen wirtschaftlichen Perspektiven (Öl-Boom, Mondlan-dung, Wasserkraftwerke an gigantischen Staudämmen etc.). Der „Linkstrend“ findet seinen Ausdruck in der Jugendbewegung (Studentenunruhen), in der Musik (Beatles), in der Mode (Minirock) und in der „sexuellen Revolution“:

Romantik (und mit ihr auch die Religion) ist „out“. Rationalität, Aufklärung und Vernunft sind „in“.

### 3.2.1.2. *Rüstung und Nachrüstung (1976–1985)*

Der Entspannungsphase folgt eine Neuauflage des kalten Krieges mit seinen vermehrten Rüstungsanstrengungen, die im Rüstungspoker von Rüstung und Nachrüstung und Nachnachrüstung und heftigen Debatten um neue Vernichtungswaffen (Neutronenbombe, SDI) enden. Hierher gehört auch eine veränderte Befindlichkeit der Menschheit: Der Öl-Schock und die Perspektiven des „Club of Rome“ haben die so hoffnungsvolle Weltsicht mit ihrem Fortschrittsglauben jäh beendet. Rohstoffverknappung, Umweltbelastung und „Grenzen des Wachstums“ bestimmten neben der Angst vor atomarer Auseinandersetzung die innere Haltung der Menschen.

### 3.2.1.3. *Neues Denken und Handeln (1985–1989)*

Erst das Ende der Moskauer „Gerontokratie“ durch den Machtantritt Gorbatschows brachte neuen Wind und vor allem neue Gedanken („Sicherheitspartnerschaft“) in die festgefahrene Situation. Für das „sozialistische Lager“ brachte Gorbatschow allerdings die totale ideologische Verwirrung.

### 3.2.2. *Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR*

Die hier weltweit voneinander zu unterscheidenden Phasen finden auch in der DDR ihre spezifische Entsprechung. Linkstrend und Sozialismuseuphorie gehen an der DDR ebenso wenig vorüber wie die Einbeziehung in den Kalten Krieg. Ganz zu schweigen von der ideologischen Verunsicherung, die von Moskau unter Gorbatschow ausgeht. Dennoch muß auf Besonderheiten geachtet werden. Da ist zunächst die Generationenfrage. Der Mauerbau vom August 1961 bildet einen wichtigen Einschnitt, und es muß von der Gefühls- und Bewußtseinslage zwischen den Menschen unterschieden werden, die den Mauerbau bewußt erlebt, möglicherweise sich 1960/61 bewußt zum Bleiben in der DDR entschieden haben und denjenigen, die nie vor der freien Entscheidung „Gehen oder Bleiben“ stehen konnten.

Nur so ist zum Beispiel zu erklären, wieso die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 wohl bei der älteren Generation, die 1953, 1956 und eben 1961 bewußt miterlebt hat, eine deutliche Abkühlung sozialistischer Hoffnungen mit sich brachte, während die jüngere Generation ihre „prosozialistische“ Phase erst nach 1968 hatte. Die Jugend der DDR hat sich anfangs der siebziger Jahre (Höhe- und Endpunkt waren die Weltjugendfestspiele in Berlin 1973) am stärksten mit ihrem Staat identifiziert. Weder vorher noch nachher war das so deutlich der Fall. Dennoch bleibt die Frage, wieviel am „Linkstrend“ der DDR-Jugend letztlich schon „Westimport“ war. Für die studentische Jugend der DDR sind jedenfalls Che Guevara,

Ho Chi Minh und Mao Tsetung westlich überlieferte Sozialismusvorbilder. Die offizielle Parteilinie in der DDR hatte große Probleme mit solch sozialistischer Euphorie. Sie ahnte die Gefahren des westlichen Einflusses. Heute nehmen sich die DDR-Versuche der massiven Polemik gegen die Musik der Jugendbewegung (Elvis Presley, Beatles und sogar gegen Pete Seeger und Joan Baez, ganz zu schweigen von Bob Dylan) und gegen die Modetrends, die in der Frauenzeitschrift „Für Dich“ den Minirock als „westlich dekadent“ bezeichnete, fast lächerlich aus. Schüler in „Blue Jeans“ und langen Haaren bekamen Schwierigkeiten. Erst als die FDJ-Singbewegung (Oktoberclub) mit langen Haaren und FDJ-Hemd auftrat, änderte sich die Situation etwas.

In der schönggeistigen Literatur der DDR, die ja immer eine Art Seismograph für unsere Befindlichkeit gewesen ist, deuten sich schon auf dem Höhepunkt der euphorischen „prosozialistischen Phase“ Veränderungen an. Christa Wolfs „Nachdenken über Christa T.“ und Plenzdorfs „Die neuen Leiden des jungen W.“ zeigen, wie Menschen an und mit ihren Träumen scheitern können. Das war ideologisch nicht vorgesehen, und Kurt Hager selbst erklärt 1973 auf dem ZK-Plenum, daß die Jugend der DDR sich an Pawel Kortschagin (aus „Wie der Stahl gehärtet wurde“) und eben nicht am „Fänger im Roggen“ (Salinger) oder gar an Robinson Crusoe wie der „junge W.“ bei Ulrich Plenzdorf orientieren würde.

### 3.2.2.1. *Friedliche Koexistenz und Klassenkampf (1971–1976)*

Die Phase der Ost-West-Entspannung wurde von der DDR-Ideologie unter der Überschrift „Friedliche Koexistenz und Klassenkampf“ erlebt:<sup>128</sup>

„Ja, wir in unserer Deutschen Demokratischen Republik wollen uns abgrenzen, soweit abgrenzen wie nur möglich von einer Gesellschaftsordnung, in der die Interessen des Monopolkapitals das Leben der Menschen bestimmen, ihre Gedanken manipulieren und ihre Existenz verunsichern. . . Ja, wir ziehen bewußt eine Grenze zwischen uns und der Pest, zwischen Leben und Tod. . . 'Abgrenzung', wie sie das Wort hassen, unsere Feinde, genau wie die 'Mauer', die wir vor zehn Jahren gegen ihre Angriffe in einer Nacht gebaut haben! Abgrenzen gegen alles, was an Schädlichem in unser Land eingeschleust werden soll, gegen Rauschgift und ideologische Perversion, gegen Hasch und Heroin, gegen nationalistische Reaktion und Sozialdemokratismus.“

Mit der politischen Entspannung ging die ideologische Abgrenzung und vor allem die Absage an alle „konvergenztheoretischen“ Ideen einher. Die Konvergenztheorie hat einen rationalen, an der Wissenschaft orientierten, aber eben ideologiekritischen Kern. Da wird es erklärlich, daß Agitation und Propaganda

<sup>128</sup> So der SED-Theoretiker und Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kucynski 1972 zitiert nach: Spranger, Hans-Joachim: Die SED und der Sozialdemokratismus – Ideologische Abgrenzung in der DDR – Köln 1982, Zitat S. 12.

in der DDR noch einmal zu Hochform auflaufen. Ganze Schriftenreihen widmen sich der „Kritik der bürgerlichen Ideologie“<sup>129</sup>, und die damals noch existierende FDJ-Studentenzeitschrift „Forum“ veröffentlichte zahllose philosophische Artikel, die sich mit der westlichen Linken (Marcuse, Frankfurter Schule, Fischer etc.) und der Studenten- und Jugendbewegung („Hippies“) kritisch auseinandersetzten.<sup>130</sup> Allerdings läuft auch diese Auseinandersetzung nach der Devise: Lieber etwas dogmatisch-stalinistisch als den revisionistischen Einflüsterungen des Gegners erliegen. Es scheint immer noch die alte, an dem Streit um die Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) gewonnene Erkenntnis zu gelten, die Friedrich Ebert so formuliert hatte:<sup>131</sup>

„In einzelnen Bruderparteien ist sehr stark die Tendenz vorhanden, Dogmatismus und Revisionismus in einen Topf zu werfen, sie gleichzustellen. Ihnen muß entgegen gehalten werden, daß der Dogmatismus der Ausdruck kleinbürgerlicher Schwankungen im eigenen Lager ist, die man in den allermeisten Fällen durch parteierzieherische Maßnahmen beheben kann. Der Revisionismus aber sei als Ausdruck einer bürgerlichen Ideologie unter den gegenwärtigen Umständen die Hauptgefahr. . .“

Als politischer Ausfluß der Abgrenzungsideologie muß die nochmalige Änderung der DDR-Verfassung im Jahre 1974 gelten. Die Ulbrichtsche Verfassung von 1968, die die DDR als „sozialistischen Staat deutscher Nation“ beschreibt, wird geändert, und es wird versucht, eine „Nation DDR“ zu konstruieren. Schließlich bemüht sich sogar die Zunft der Historiker darum, „DDR-Geschichte als Nationalgeschichte“ zu schreiben, und streitet, ob die eigentliche DDR-Geschichte nicht erst 1955, am Ende der Wiedervereinigungshoffnung, begonnen habe.<sup>132</sup>

In der Zeit der verschärften ideologischen Auseinandersetzung fällt auch die Vorbereitung des IX. Parteitages der SED und besonders der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms. Dieses Parteiprogramm, das in seiner Endfassung bei der Verabschiedung durch den Parteitag schon eine deutliche Abschwächung in der Totalität des ideologischen Anspruchs gegenüber dem ersten Entwurf erfahren hat, ist meines Erachtens der letzte große Versuch einer straffen ideologischen Kursbestimmung zur Errichtung der kommunistischen

129 Vgl. Schriftenreihe des Berliner Akademie-Verlages, wo 1971 ein erster Band über den „Reneganten“ Roger Garaudy erschien und in der bis 1975 ca. 65 Bände veröffentlicht wurden. Die Schriftenreihe stand unter der führenden Herausgeberschaft von Manfred Buhr.

130 Vgl. z. B. die Artikelfolge des Philosophen Dieter Klein: Systemauseinandersetzung – Zur Theorie des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus – in: Forum 13/72 Seite 9 ff. und folgenden Ausgaben.

131 Bericht Friedrich Ebert auf 34. ZK-Tagung 1958: in: Dokumente der Zeit, Heft 158 (Juni 1958) S. 18. Vgl. auch Schilin, I.: Einige Probleme des Kampfes gegen den Revisionismus in der gegenwärtigen Etappe in: „Neues Deutschland“ vom 19.9.1970, S. 11.

132 Vgl. z. B. Prokop, Siegfried: Geschichte der DDR als Nationalgeschichte in: ZfG 31 (1983) Heft 1 Seite 55 ff.

Gesellschaft. In der Folgezeit setzt dann die ideologische „Streckung“ des Weges („Entwickelte sozialistische Gesellschaft“, „Vollständig entwickelte sozialistische Gesellschaft“, „Schaffung der materiell-technischen Basis für den Übergang zum Kommunismus“, Streit um die relative Eigenständigkeit [im Gegensatz zur „Übergangsepoche“] des Sozialismus usw.) ein. Theologisch gesprochen: Die Naherwartung schwindet zusehens.

Auch die immer mit großem publizistischen Aufwand angekündigten „Sozialpolitischen Maßnahmen“ (Eheschließungskredit, Kindergeld, Beihilfen bei Geburt etc.) wurden spürbar weniger. Gerüchteweise war vom IX. Parteitag eine Senkung des Rentenalters erwartet worden, die nicht eintraf.

### 3.2.2.2. *Deutsch-Deutsches im Kalten Krieg (1976–1985)*

Aber auch in der zweiten Phase, der Neuauflage des Kalten Krieges nach der Ost-West-Entspannung, gibt es DDR-spezifische Auffälligkeiten. Politisch bescheinigen sogar westliche Beobachter, daß Honecker und der Parteiapparat versuchen, trotz des weltweiten Ost-West-Gegensatzes den deutsch-deutschen Faden nicht ganz abreißen zu lassen. Da spielen vor allem wirtschaftliche Gründe eine Rolle. „Milliardenkredit“ und „Swing“ werden wichtige Vokabeln. Glaubt man westlichen Beobachtern, hat Honecker damals gegenüber den von dem alternden Breshnew und den anderen Moskauer Geronten ausgehenden Druck doch einigen Widerstand entgegengesetzt.

Innenpolitisch schien eine völlig andere Situation entstanden zu sein. Ideologie verding nicht mehr, das wurde ganz offensichtlich. Auf die Helsinki-Schlußakte beriefen sich in erster Linie die Ausreisewilligen (in der Sprache der „Organe“ waren das „Übersiedlungsersuchende“ [ÜE]). Die konsumorientierte Begehrlichkeit schlug ideologische Gradlinigkeit aus dem Felde. Intershop, Delikat- und Exquisitläden waren wirtschaftlich möglicherweise notwendig, ideologisch und politisch sind es Niederlagen gewesen, die nur noch sehr selten zu rechtfertigen versucht wurden. Auch als der verblüffte Leser des „Neuen Deutschland“ einen strahlend lächelnden Franz Josef Strauß neben dem „Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, unserem Genossen Erich Honecker“ sitzen sah, bedeutete das für manchen alten Kämpfer wohl den Zusammenbruch einer ganzen Welt. Die Masse der „Werkstätigen“ bestand jetzt aus einer Generation mit einem „postmuralen“ Bewußtsein. Sie hatte sich nie freiwillig für die DDR entschieden. Ideologie verding nicht mehr, und deshalb ging es zunehmend weniger darum, die Menschen in ihren Herzen zu bekehren. Politisches Wohlverhalten (was gleichzusetzen mit Stillehalten war) war die Forderung des Tages. Die Bürger haben sich schnell darauf eingestellt. Es wurde zunehmend unproblematischer, auch über das westliche Fernsehprogramm zu sprechen. Die Zeiten, als noch FDJ-Brigaden versuchten, auf den Dächern, der Häuser

die Antennen von den Einflüsterungen des Klassenfeindes wegzudrehen, gehörten der Vergangenheit an. Die DDR-typische Grundhaltung läßt sich für diesen Zeitabschnitt kurz mit „Äußerer Anpassung bei innerer Ablehnung“ zutreffend beschreiben. „Die Unterschrift möchte ich sehen, die ich nicht leisten kann“ wurde ein geflügeltes Wort. Widerständiges Verhalten, etwa die Weigerung einer Massenorganisation wie der „Deutsch-sowjetischen Freundschaft“ (DSF) beizutreten, stieß vor allem und zuerst auf das Unverständnis der Arbeitskollegen, denen man damit vielleicht die Prämie oder die Auszeichnung als „Kollektiv der Sozialistischen Arbeit“ vermasselte, und dann erst auf das Mißtrauen der „Organe“. Der Intershop war eins der „öffentlichen Tabus“, vor dem man getrost Schlange stehen konnte. Die Westreise der Oma ging vor jede Katastrophe. Die Tante aus dem Westen wurde zur Jugendweihefeier ganz selbstverständlich eingeladen.<sup>133</sup>

Der Hinweis, daß trotz des großen Ost-West-Gegensatzes versucht wurde, den deutsch-deutschen Faden nicht abreißen zu lassen, hat auch kirchliche Entsprechung. Nicht nur, daß die deutsch-deutschen Kontakte der Kirche, vor allem auf Gemeindeebene, deutlich ausgebaut wurden, sondern hier ist auch das politische Engagement z. B. Manfred Stolpes zu nennen, der auf allen möglichen Kanälen deutsch-deutsche Politikerkontakte zu lancieren versuchte.

### 3.2.2.3. *Ideologieverlust und Basisdruck (1985–1989)*

Die letzte Phase der DDR brachte die totale ideologische Verwirrung. Das Stück schien „Verkehrte Welt“ zu heißen, das jetzt gespielt wurde. Für die Lehrer in den Schulen war es schlechterdings nicht mehr erklärbar, daß in der DDR sowjetische Filme und Zeitschriften verboten und – wie an dem georgischen Film „Die Reue“ sichtbar –, im ZDF gezeigt wurden. Das „Neue Deutschland“ polemisierte gegen den Film und gegen die Zeitschrift „Sputnik“, und selbst konservative Oberkirchenräte, jeder Affinität zu sozialistischem Gedankengut völlig unverdächtig, brachten sich von ihrer Westreise „Das Buch“ des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion mit.

Entgegen allen Beteuerungen und schönen Statistiken über den Volkswirtschaftsplan konnte auch Lieschen Müller daran, daß die Wartezeiten auf den Trabant länger und nicht kürzer wurden und daran, daß die Innenstädte überall zusehens verfielen, die wirtschaftliche Lage genau einschätzen. Die „Idee“ zur Ausreise wurde, getreu nach Karl Marx, „zur materiellen Gewalt“, weil sie „die Massen ergriff“.

<sup>133</sup> Vgl. „Neues Deutschland“ vom 31.1./1.2.1987 S. 8. Dort wird die Jugendweihe des Jahres 1987 – sogar ohne jeden ideologischen Schlenker – nur unter dem Blickwinkel der Kleidermode der Weihlinge und des Tischschmuckes für die Familienfeier betrachtet.

In den Augen der Partei marschierte die Konterrevolution, weshalb alles zum Sicherheitsproblem wurde und „entschlossenes Handeln“ angesagt war. Äußeres Indiz dafür waren zunehmend Polizeieinsätze, Verhaftungen und Abschiebungen. Auch die Aktivitäten der Staatssicherheit erhöhten sich spürbar. Die Politik war am Ende, also wurden die „Instrumente“ der Macht gezeigt.

### 3.3. *Phasen der Kirchenpolitik der SED*

In Parallele zu den weltpolitischen und innenpolitischen Phasen lassen sich – wiederum nur sehr vergrößert – auch kirchenpolitische Phasen voneinander unterscheiden.

#### 3.3.1. *Ausgangslage am Beginn der „Honecker-Zeit“*

Die kirchenpolitische Situation ist am Beginn des Untersuchungszeitraums durch wenigstens drei Fixpunkte gekennzeichnet:

1.) Die Rechtslage war durch die neue Verfassung von 1968 gesetzt worden. Der die Kirchen explizit betreffende Artikel 39 wurde auch in der erneuten Änderung der Verfassung von 1974 wörtlich beibehalten.

Langsam zeichnete sich ab, daß der Staat auf die Setzung eines ausgeführten Staatskirchenrechtes schlicht verzichten wollte. Zunächst war ja an die Formulierung der Verfassungsvorschrift „Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden“ in den Kirchen die Meinung geknüpft worden, wenn schon die Verfassung – im Unterschied zur Verfassung von 1948/49 – zu den Kirchen fast völlig schwieg, würde es also Staats-Kirchen-Verträge (Konkordate) geben. Das war nicht der Fall. Einzig eine Vereinbarung (über die Ausbildung von mittlerem medizinischen Personal für kirchliche Krankenhäuser im Jahre 1978) wurde als Vereinbarung gemäß Verfassung betrachtet. Eine rechtliche Festlegung, was die Kirche eigentlich sei, wurde nicht gegeben. Innerkirchlich wurde eine Andeutung im neuen Zivilgesetzbuch der DDR (§ 11 Abs. 3) herangezogen und vermutet, daß hier die Kirchen gemeint seien:

„Die Bestimmungen dieses Gesetzes über Betriebe gelten auch für staatliche Organe und rechtlich selbständige staatliche Einrichtungen, für gesellschaftliche Organisationen und ihre selbständigen Einrichtungen sowie andere rechtlich selbständige Organisationen und Vereinigungen, soweit sie zivilrechtliche Beziehungen eingehen.“

Die Kirchen haben in dieser rechtlichen Grauzone gelebt, aber de facto als juristische Personen gehandelt. Sie haben Verträge abgeschlossen, gekauft und verkauft usw. In der Praxis hatte dies aber auch einen wichtigen Vorteil: Die Kirchen wurden wie die Bevölkerung behandelt, sie hatten also Teil



an allen Subventionen des Staates, mit denen die Preise von Waren und Dienstleistungen wesentlich gestützt wurden.

Nicht zuletzt spiegelt diese rechtliche Seite der Kirchenpolitik der SED das Verhältnis der Partei zum Recht überhaupt wider.

2.) Die „Organe“ der Kirchenpolitik waren sämtlich vor dem Untersuchungszeitraum geschaffen worden und wurden bis zum Ende der DDR beibehalten.

Das gilt, auch wenn es im Untersuchungszeitraum zu wichtigen Verschiebungen hinsichtlich Wertigkeit und Handlungsspielraum gekommen ist.

3.) Am Beginn des Untersuchungszeitraum war die Innerparteiliche Diskussion, wie sich Partei und Staat zu dem neu gegründeten „Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR“ verhalten sollte, zu einem gewissen Abschluß gekommen.

Die Diskussion hatte gezeigt, daß es der Partei wesentlich um die Trennung der evangelischen Landeskirchen der DDR von der gesamtdeutschen EKD gegangen war. Der eigene Zusammenschluß der Kirchen zu einem „Bund“ schien eine hauptsächliche Methode der SED-Kirchenpolitik, der „Differenzierung“ zwischen den einzelnen Landeskirchen, in ihrer Wirkungskraft zu beeinträchtigen. Deshalb hat es von der Bundesgründung (10.6.1969) fast zwei Jahre gedauert, bis dann Schritte erfolgten, die als „Anerkennung“ des Kirchenbundes gedeutet werden konnten. (Rede Paul Verners am 9.2.71, Empfang des Vorstandes der Konferenz der Kirchenleitungen durch den Staatssekretär Seigewasser am 24.2.1971 und schließlich die Lizenzierung eines bundeseigenen Amtsblattes“.)

Die innerparteilichen Bedenken gegen einen zentralisierten Kirchenbund wurden aber nie vollständig abgebaut, wie die innerparteiliche Wertung der kirchlichen Versuche zur Schaffung einer Vereinigten evangelischen Kirche (1979–1983) zeigt. Aus der kirchenpolitischen Rede Paul Verners vom 16.5.1980:<sup>134</sup>

„Die Gründung und Entwicklung des Kirchenbundes beinhaltet, trotz der ihm eigenen Kompromißlösungen, Halbheiten und Inkonsequenzen, das Neue, das unter dem bestehenden Kräfteverhältnis in den Kirchen Mögliche an politischer Vernunft. Sein föderativer Charakter bot dem Staat sowohl Möglichkeiten, die innerkirchliche Entwicklung von oben her zu beeinflussen, als auch über die Landeskirchen differenzierend einzuwirken. Mit dem Plan, eine Vereinigte Evangelische Kirche in der DDR (VEK) schrittweise bis 1985 zu bilden, in der die drei bestehenden kirchlichen Zusammenschlüsse – es sind das der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche und die Evangelische Kirche der Union –

134 Vgl. unter Anm. 9.

aufgehen würden und 1981 mit der Bildung der Leitungsorgane dieses neuen Kirchengebildes zu beginnen, ergibt sich eine neue Lage.

Es handelt sich hier keineswegs primär um Strukturfragen, Vereinfachungen und Kosteneinsparungen für die Kirche, sondern in erster Linie um grundsätzliche politische und kirchenpolitische Fragen. Das Projekt der Bildung der Vereinigten Evangelischen Kirche ist differenziert einzuschätzen. Es enthält sowohl vorteilhafte, als auch nachteilige Seiten, formal entspricht die Bildung einer Gesamtkirche durchaus der Existenz der DDR als souveräner Staat. Sie bildet de facto eine von der Kirchenstruktur in der BRD unterschiedliche Entwicklung.

Andererseits werden mit der Vereinigten Evangelischen Kirche Ziele verfolgt, die nicht in unserem Interesse liegen, wie:

- die Absicht, dem Staat einheitlicher und geschlossener begegnen und mit mehr Nachdruck kirchliche Interessen durchsetzen zu können;
- die Absicht, progressiven Gruppen und Persönlichkeiten in den Kirchen wirksamer entgegenzutreten zu können und sie zu disziplinieren, womit sich andere Möglichkeiten kirchenpolitischer Differenzierung und Profilierung einzelner Landeskirchen und kirchenleitender Kräfte im Sinne einer klaren Option für ihren Staat und seine Politik ungünstiger gestalten würden;
- die Absicht, die Vereinigte Evangelische Kirche hinter den im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR erreichten Grad der organisatorisch-rechtlichen Selbständigkeit der DDR-Kirchen zurückzuführen, worauf die Übertragung der 'gesamtdeutschen Praktiken der Evangelischen Kirche der Union' auf den neuen Zusammenschluß abzielt. Das durch unseren Einspruch vereitelte Vorhaben, je einen Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Evangelischen Kirche der Union in der BRD als 'mitarbeitende Gäste' in die zur Verwirklichung der Eisenacher Empfehlungen gebildeten Vorbereitungsgruppe einzubeziehen, signalisierte die Gefahr der Einmischung von außen und der Unterwanderung der Selbständigkeit der Kirchen der DDR;
- die Absicht, in der Vereinigten Evangelischen Kirche die relativ positiven kleinen Kirchen durch große, insbesondere die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen, zu majorisieren, was auf die Verstärkung reaktionärer Kräfte in den zu bildenden Leitungsgremien hinausläuft;
- die Absicht, mit der Bildung der Vereinigten Evangelischen Kirche die Weiterprofilierung der Kirchen als 'Kirchen im Sozialismus' abzublocken und stärker auf die Linie 'kritischer Distanz zum sozialistischen Staat' zu gehen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß wir kein Interesse an einer forcierten Verwirklichung dieses Planes haben können. Wir orientieren deshalb auf die

Erhaltung und Fortsetzung des Bewährten, betonen die Rolle der Landeskirchen, wehren der Tendenz zur Unterwanderung der Selbständigkeit und arbeiten zielstrebig weiter an der Veränderung des innerkirchlichen Kräfteverhältnisses zu Gunsten der Kirchenvertreter, die an einem guten Verhältnis zu ihrem sozialistischen Staat interessiert sind.

Das Dominieren positiver oder negativer Aspekte bei der Bildung der VEK hängt vor allem davon ab, welche Kräfte in dem neuen Zusammenschluß bestimmend sein werden, welcher Kurs zum Tragen kommt und welche Personen in die leitenden Organe gewählt werden. Es empfiehlt sich nicht, offen gegen die Bestrebungen zur Bildung der VEK aufzutreten, da alle Leitungen und Synoden der Landeskirchen sowie der kirchlichen Zusammenschlüsse grundsätzlich dem Plan der Bildung der VEK zustimmten. Obwohl es zur Zeit erhebliche Schwierigkeiten, Hemmnisse, Widersprüche und zeitliche Verzögerungen bei der Verwirklichung der 'Eisenacher Empfehlungen' gibt, ist nicht auszuschließen, daß die Vereinigte Evangelische Kirche in der DDR eines Tages zustandekommt. Je mehr wir dann konsolidiert haben, was sich an Vorwärtsweisendem entwickelt hat, umso weniger problematisch wird das neue Kirchengebilde für uns sein.“

### 3.3.2. *Freundliche Sterbehilfe (1971–1977)*

Zusammenfassend läßt sich die Kirchenpolitik der ersten der hier unterschiedenen Phasen noch am deutlichsten mit den klassischen Mustern der Kirchenpolitik einer kommunistischen Partei erklären.

Die alte These, wonach Religion als eine Erscheinungsform des gesellschaftlichen Überbaus „absterben“ würde, wenn ihr der Realgrund, nämlich Verhältnisse, die Religion reproduzieren, entzogen würde, schien ungebrochen zu gelten. Praktisch konnte die Partei die mit Macht einsetzende Säkularisierung und Popularisierung der Religionskritik, die bis in die Kirchen in Ost und West hinein spürbar war, als solch einen Prozeß deuten. Die schon beschriebene rationale, wissenschaftsgläubige Weltsicht schien für Religion keinen Platz zu haben. In den Kirchen selbst wurde vom „religionslosen Christentum“ und von „Gott-ist-tot-Theologie“ gesprochen. Die Kirchen der DDR hatten das Leitbild „Volkskirche“ aufgegeben und gingen ihren „Weg in die Diaspora“.<sup>135</sup>

Die mit der friedlichen Koexistenz in der Denkungsart der Partei verbundene Notwendigkeit zur Abgrenzung von der „bürgerlichen Ideologie“ traf auch die Kirchen. So erklären sich manche Beschlüsse der Partei zur atheistischen

<sup>135</sup> Unter dem Titel „Die Gemeinde Jesu Christi auf dem Weg in die Diaspora“ hielt Bischof Werner Krusche auf der 3. Tagung der VII. Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen in Halle/Saale am 17.11.1973 ein vieldiskutiertes Referat. Text: Maschinenschrift, vervielfältigt 42 Seiten.

Propaganda<sup>136</sup> und die Herausgabe eines populärwissenschaftlichen Buches im FOJ-Verlag. Es sollte das letzte sein, was zu DDR-Zeiten erschienen ist.<sup>137</sup> Der Stil der Propaganda hatte sich gegenüber den fünfziger Jahren (damals erschienen nahezu hundert Titel atheistischer Propaganda z.T. in einer haarsträubenden Qualität) stark gewandelt. Ich sehe dafür drei Ursachen:

1.) Die gestiegene internationale Anerkennung der DDR und die Aufnahme in die UNO hatten zu mehr Selbstbewußtsein und etwas mehr Weltläufigkeit beigetragen.

2.) Religion und Kirche spielten Anfang der siebziger Jahre in der Tat nicht mehr eine so bedeutsame Rolle im öffentlichen Leben. Sie wurden z. B. auch damals von den westlichen Medien nicht annähernd so beachtet wie in den achtziger Jahren. Der absolute Sieg der Partei in der Jugendweihefrage hatte die Grenzen der Kirche deutlich aufgewiesen.

3.) Der weltweite Linkstrend war auch an den Kirchen in Ost und West nicht spurlos vorübergegangen und hatte Ausdruck im Engagement für unterdrückte Völker gefunden. (Antirassismusprogramm des ÖRK) Letztlich gründet hier auch die Formulierung „Kirche im Sozialismus“. Die Partei, die den christlichen Glauben zwar als bürgerliche Ideologie verwarf, konnte dennoch von der „gemeinsamen humanistischen Verantwortung von Christen und Marxisten“ reden. Die Ulbrichtsche Redeweise von der „Sozialistischen Menschengemeinschaft“ war allerdings schon aufgegeben worden.

Im Alltagsleben blieben alle die Fragen ungeklärt oder unzureichend behandelt, die dann am 6. März 1978 auf der Tagesordnung standen. (zusätzlich die eine Frage, die am 6.3.1978 geflissentlich umgangen wurde: Christliche Kinder an sozialistischen Schulen)

Noch schien das Bild zu stimmen, daß die werktätige Bevölkerung und damit auch die Christen im Lande längst ihren Frieden mit Staat und Partei gemacht hatten und nur ein paar Kirchenleitungen das noch nicht begriffen hatten. Erst der Schock nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz, die zahlreichen Eingaben von kirchlichen Mitarbeitern und ganz „normalen“ Christen und die sich im Herbst 1976 abzeichnende Stimmungslage nach dem Rauswurf Wolf Biermanns ließen diese Illusion zerplatzen.

### 3.3.3. *Man trägt wieder Religion (1978–1985)*

Die zweite hier so bezeichnete Phase, die vor allem durch die Kirchenpolitik des 6.3.78 geprägt ist, wird meines Erachtens mit „Pragmatismus“ nur unzureichend beschrieben. Gerade die Geschichte des 6.3.78 ist mit „einer an praktischen Fragen orientierten Kirchenpolitik“ (Horst Dohle) nicht hinreichend zu

136 Beschluß Politbüro Abdruck im ND vom 11.11.1972.

137 Vgl. Lenzmann, Jakob: „Wie das Christentum entstand“, Verlag Neues Leben, Berlin 1973.

beschreiben. Aus Sicht des Staates – unzählige Dokumente belegen das! – sind die Kirchen am 6.3.78 eine Verpflichtung, eine Selbstbindung eingegangen, auf die sie immer wieder verhaftet werden sollten. Gegen Ende der DDR war der 6.3.78 fast nur noch eine Beschwörungsformel, zu der man sich dauernd „bekennen“ mußte. Ähnliches gilt, wiederum aus Sicht des Staates, für die Formel „Kirche im Sozialismus“, mit der auch die Kirchen eine Verpflichtung eingegangen seien. Auf die Frage „Wie sehen wir die Kirche im Sozialismus?“ antwortet das Mitglied der AG Kirchenfragen des ZK, Kurt Naumann:<sup>138</sup>

„Die Kirche begrüßt die sozialistische Gesellschaftsordnung, sie wirkt in Übereinstimmung mit den Grundinteressen und den sozialistischen Normen.

Wo stehen wir heute?

1. Wir verlangen eine loyale Haltung.
2. Die Kirche hat mit ihren spezifischen Mitteln zur Mehrung des internationalen Ansehens beigetragen.
3. Die Mitglieder sind zur staatlichen Arbeit zu erziehen.
4. Die Kirche unterstützt die Friedenspolitik der DDR.
5. Als Mitglied von kirchlichen Vereinigungen haben sie diese Funktionen auch im Interesse des Friedens zu unterstützen.
6. Der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche ist einzuhalten und sie haben sich nicht in staatliche Angelegenheiten einzumischen. Eine Mitsprache über Gesetze wie z. B. das Bildungs- und Wehrdienstgesetz weisen wir zurück.

Zusammenfassung:

Wir gehen von folgendem aus:

1. Die Linie vom Gespräch 6.3.1978 fortführen unter strikter Einhaltung der in diesem Gespräch von beiden Seiten festgelegten Grundsätze und der Verwirklichung der Verfassungsgrundsätze von der Trennung Staat und Kirche.
2. Wir orientieren auf Kontinuität und Stabilität. Die stabile Entwicklung der DDR erfordert stabile Beziehungen. Wir lassen uns vom Gegner nichts aufdringen. Natürlich reagieren wir auf aktive reaktionäre Aktivitäten der Kirchen. Wir setzen erforderlichenfalls auch staatliche Machtmittel ein. Wir verändern aber die politische Linie nicht. Das Wirken gegnerischer Kräfte erfordert erhöht politische Wachsamkeit.“

<sup>138</sup> Zitat nach einer Mitschrift des Mitarbeiters für Kirchenfragen im Kreis Bitterfeld: Protokoll über eine zentrale Veranstaltung zur Kirchenpolitik am 3. Mai 1982 in Dessau in: Archiv Landratsamt Bitterfeld Aktenstück 6806.

Es ist nötig, sich das gesellschaftliche Umfeld zu verdeutlichen. Die andere Lage in der Welt, das Zerplatzen aller großen politischen Hoffnungen (Ost-West-Entspannung) und fortschrittsgläubigen Träume („Grenzen des Wachstums“) haben Auswirkungen auf die Befindlichkeit der Menschen. Düstere Zukunftssicht und Perspektivlosigkeit gebären immer „so etwas wie Religion“.

Die Kreatur hatte wieder zu seufzen, und die Verhältnisse, in denen der Mensch ein geknechtetes und erniedrigtes Wesen ist, waren nicht so einfach umzustoßen. Blumenschmuck machte eben die Kette erträglicher: Man trägt wieder Religion. Praktisch war das ablesbar an der starken Zunahme kirchenmusikalischer Veranstaltungen. Junge Leute, denen zum Unterschied zu den „68ern“ längst nicht mehr eine Matratze und ein Mao-Bild genügten, sondern die nach Kerzenschimmer, Rotwein und anheimelnder Atmosphäre suchten, waren durchaus aufgeschlossen für Orgelmusiken etc.

In diesen Zusammenhang paßt, daß z. B. Staatssekretär Gysi es offen ausspricht, daß mit dem Absterben der Religion in den nächsten hundert Jahren nicht zu rechnen sei. Ja, er spricht sogar im Rundfunk von der Kraft des Glaubens:<sup>139</sup>

„Man muß natürlich auch an die Sache glauben. . . Gerade in der Illegalität kann man nicht immer alles wissen. . .

Die Treue erfordert auch ein Glaubekönnen. Das ist jetzt – um Gottes Willen – nicht im christlichen Sinne gemeint.

Sondern man muß auch an die Sache und man muß damit auch an die Partei glauben. Und es hat sich auch immer – wenn ich auch die Dinge nicht übersehen konnte, hinterher als richtig herausgestellt.“

Es fällt nicht nur die Religionskritik im Marx'schen Sinne weg, sondern es kommt auch z. B. zu deutlichen Veränderungen im Lutherbild, was an den Feierlichkeiten der staatlichen Lutherehrung 1983 unübersehbar wird.

Diese Veränderung der Kirchenpolitik ist damals in den Kirchen der DDR gespürt worden. Edelbert Richter setzt sich schon 1983 kritisch mit der Indienstnahme der Religion und der Aufgabe der Religionskritik auseinander:<sup>140</sup>

„Damit ist freilich die ganze Marx'sche Religionskritik, und das heißt zugleich die kommunistische Perspektive aufgeben oder zumindest zurückgestellt. Zu diesem Vorgehen, also zur Indienstnahme der Religion wird der Staat in dem Moment gedrängt, wo er bei an sich konsolidierter Macht infolge neuer ökonomischer Zwänge alle moralischen Kräfte der Bevölkerung wecken muß. Die ökonomischen und politischen Zwänge sind besonders stark in

139 Tonbandabschrift, vgl. Anm. 127.

140 Richter, Edelbert a.a.O.

einem Land wie der DDR, das sich an der Front der Weltsysteme befindet und über sehr geringe natürliche Ressourcen verfügt. Zugleich ist das aber ein traditionell protestantisches Land! Und der traditionelle Protestantismus zeichnet sich durch Staatsfrömmigkeit und hohes Arbeitsethos aus! Sollte er in dieser Situation nicht hilfreich sein können?

Es ist nicht anzunehmen, daß die SED davon ausgeht, in der Kirche sei ein ernstliches Umdenken erfolgt. Denn es ist ja die Frage, ob sie überhaupt davon ausgehen kann, solange sie selber den Zwängen neuzeitlicher Politik und Ökonomie unterliegt.“

In der praktischen Kirchenpolitik wird es stiller in der Polemik gegen die „reaktionären Kirchenleitungen“ (jedenfalls in der Öffentlichkeit). Das kann erklären helfen, warum die bisherigen Instrumente der staatlich geförderten innerkirchlichen Kritik an den Kirchenleitungen, der „Bund Evangelischer Pfarrer“, der „Evangelische Pfarrertag“ und sein ständiger „Fortsetzungsausschuß“ und das „Evangelische Pfarrerblatt“ ganz schlicht fallengelassen wurden, nachdem sie anfangs der siebziger Jahre noch einmal zu großer Aktivität veranlaßt worden waren. Einfach gesagt: Die Kirchenleitungen brauchten keinen Druck von unten, im Gegenteil, sie sollten helfen, staatlichen Druck nach unten weiterzugeben und disziplinierend auf Basisgruppen zu wirken.

Es wäre nicht zutreffend, wollte man diese veränderte Taktik damit begründen, daß die Kirchenleitungen nun „sozialistischer“, also staatsfreundlicher geworden seien und gewissermaßen als Transmissionsriemen der Partei mißbraucht werden sollten. (Auch wenn es solche Vorstellungen in Parteikreisen gegeben haben mag.) Immer deutlicher wurde, daß die Partei ihre großen Zukunftshoffnungen aufgegeben oder jedenfalls in sehr weite Ferne vertagt hatte. Was von den Kirchen (auf allen Ebenen bis ins Pfarramt) zunehmend erwartet wurde, war der Transport von sehr bürgerlichen Tugenden: Ruhe und Ordnung. Die Kirchenleitungen sollten vornehmlich für Ruhe sorgen, alles „in den Kirchen halten“ und möglichst wenig an die Öffentlichkeit dringen lassen. Das wurde erwartet und honoriert oder – im negativen Fall – heftig kritisiert. In die Staat-Kirche-Gespräche sollte bald die stete Forderung eindringen, die Kirchen sollten (etwa gegenüber westlichen Journalisten oder kirchlichen Gruppen) „von ihrem Hausrecht Gebrauch machen“.

In einer SED-Information in Vorbereitung des Kirchentages in Halle 1988 findet sich folgender Maßnahmekatalog:<sup>141</sup>

„Angesichts der Gesamtsituation in Vorbereitung des Kirchentages wäre ein erneutes Gespräch des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes mit Bischof Demke empfehlenswert.

Dabei sollten 3 Punkte berücksichtigt werden:

141 Vgl. Anm. 121.

1. ist die entgegenkommende Entscheidung hinsichtlich der Teilnahmemöglichkeiten ausländischer Korrespondenten mit der Erwartung zu verbinden, daß Einfluß darauf genommen wird, daß entstellende und feindlich-negative Berichterstattungen über den Kirchentag im beiderseitigen Interesse vermieden werden.
2. der Bischof ist hinsichtlich seiner Zusage im Vorsitzendengespräch vom 5.4.1988 zu einer Entscheidung bezüglich der Wahrnehmung seiner Verantwortung gegenüber den „Basisgemeinden“ zu veranlassen. Die gegenwärtige Position des Kirchentagsvorbereitungsausschusses, ihre (sic. A.N.) Unfähigkeit zur Disziplinierung der „Kirche von unten“ mit der Ausklammerung dieser Kräfte aus dem offiziellen Kirchentag zu begegnen, kann nicht akzeptiert werden.
3. Der Bischof ist in die Pflicht zu nehmen, seinen Einfluß und seine Verantwortung für einen störungsfreien Verlauf der Kongreßarbeit zu verstärken.“

Hier wurzelt letztlich alle „Geheimdiplomatie“ und das Verhandeln hinter verschlossenen Türen. Die Kirchenleitungen (wiederum aller Ebenen) wurden gebraucht zur Beruhigung der Lage. Daß sie sich dabei immer auch für bedrängte Menschen einsetzten, steht dazu überhaupt nicht im Widerspruch. In diesem Zusammenhang gehört auch, daß z. B. Staatssekretär Gysi seine Funktion als „Bindeglied“ zwischen Kirche und Staat interpretierte. Auf die Frage einer Journalistin nach seiner Rolle als Staatssekretär für Kirchenfragen antwortet er:

„Na, im Grunde genommen, die Rolle eines Bindegliedes. Das können sie nehmen wie sie wollen, das ist wie eine Kupplung. Mal kracht es zusammen mal zieht es mit, aber meistens zieht es mit, ganz überwiegend also: Ich will mal so sagen: Unsere Kirchenpolitik haben wir nicht heute entdeckt, nicht nach 1945, die ist wörtlich formuliert schon in der Resolution der Berner Konferenz der Partei. . . Und das ging auf die Erfahrung der Partei in der Bündnispolitik überhaupt zurück. . . Die Frage des Bündnisses, der Breite, der Festigung, der Stärkung (ist) im Grunde genommen bei uns von Jahr zu Jahr wichtiger geworden. Die Führung der Arbeiterklasse und die Durchsetzung ihrer großen Ziele, die heute Menschheitsziele sind, kann sich nur realisieren im Mitnehmen aller. Und das ist die sehr große Aufgabe.“

Auch wenn das hier nicht ausgesprochen wurde: Das Bild von der „Kupplung“ macht in der Gysischen Diktion überhaupt nur Sinn, wenn klar ist, daß hierbei die Partei der „Motor“ ist und die Kirche allenfalls das Getriebe darstellt. In den späteren Jahren wird aber bald deutlich, daß das Bild von der Kupplung immer unzutreffender wurde. Der Staatssekretär übernahm immer mehr die Funktion eines „Schildes der Partei“, hinter dem diese sich versteckte, wenn kirchlicherseits nachgefragt wurde, warum die schon zugesagten „Informationsgespräche“ wieder und wieder verschoben wurden. Das wurde noch



deutlicher, als Staatssekretär Gysi seines Amtes enthoben wurde und sein Nachfolger, Kurt Löffler, reine Hilflosigkeit demonstrierte.

### 3.3.4. *Die Kupplung kracht und zieht nicht mehr mit (1986–1989)*

In der letzten Phase der DDR-Kirchenpolitik wird deutlich, was auch ansonsten spürbar ist: Es gelingt der Partei trotz allgegenwärtiger Staatssicherheit nicht mehr, die Lage richtig einzuschätzen. Wunsch und Realität vermengen sich zusehens. In der Kirchenpolitik fallen gehäuft Aktionen auf, die eine ganz andere als die beabsichtigte Wirkung zeigen. Einige kirchenpolitische Maßnahmen gehen geradezu „nach hinten los“. Wiederum einige Beispiele aus dieser Phase:

1.) Am 1. September 1986 wurde Erich Honecker ein „Report“ zum UNO-Friedensjahr in einer großen Veranstaltung überreicht. Das „Neue Deutschland“ berichtete unter der Überschrift „Bürger der DDR bekräftigen ihren festen Friedenswillen durch millionenfache Taten“. Die Liste der Teilnehmer („Vertreter aller Klassen und Schichten“) nennt auch die Teilnehmer vom Bund der Evangelischen Kirchen (Gaebler und Lewek) als zu der „Delegation der Friedensbewegung“ gehörig. Die Absicht auf dem Hintergrund der Debatte um das „eigenständige Friedenszeugnis“ ist eindeutig. Auch wenn in der extra erschienenen Broschüre<sup>142</sup> der Textbeitrag des Kirchenbundes als Anhang und in besonderer Satztype unter der Überschrift „Informationen zur Friedensarbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“ veröffentlicht wurde, löste das ganze Vorgehen heftige Kritik auf der Erfurter Tagung der Bundessynode (September 1986) aus. Vermutlich haben weder die Vertreter des Kirchenbundes noch die Partei die Stimmungslage vorher richtig abzuschätzen verstanden. Übrigens: Auf der gleichen Synodaltagung wurde auch von der Ablehnung der Formel „Kirche im Sozialismus“ durch die evangelische Jugendarbeit berichtet.

2.) Die nächtliche Aktion im Gemeindehaus der Berliner Zionskirche, bei der im November 1987 die Mitarbeiter der Umweltbibliothek beim Druck der illegalen Zeitschrift „Grenzfall“ überrascht werden sollten, war ein voller Mißerfolg. Nicht nur hinsichtlich des Ermittlungszieles, viel verheerender waren die politischen Folgen im In- und Ausland. Eine Welle der Solidarisierung wurde ausgelöst (Mahnwachen), die so nie beabsichtigt gewesen sein konnten.

3.) Ähnliches gilt für die Verhaftungen am Rande der Liebknecht-Luxemburg – Demonstration am 17.1.1988. Der nachfolgende Poker um Abschiebung mit und ohne DDR-Paß, der in erschreckender Weise die beliebige Anwendung

<sup>142</sup> Vgl.: Ein Friedenreport – Die DDR im internationalen Jahr des Friedens – hrsg. vom Friedensrat der DDR Berlin 1986. Text des kirchlichen Beitrages S. 66 ff.

von Recht durch die Partei offenlegte, und wiederum die breite Welle der Solidarisierung.

4.) Vergleichbare, traurige Popularität – den westlichen Medien war es möglich, darüber zu berichten – erlangte der massive Polizei- und Stasieinsatz am symbolträchtigen 6. März 1988 vor der Berliner Sophienkirche, bei dem Gottesdienstbesucher am Kirchgang gehindert wurden. Es ging damals um die Ausreiseproblematik.

5.) Wenn Manfred Stolpe Recht hat, der die im Januar 1989 die gegen ihn gerichtete ND-Polemik „Stolpe und der Idealfall“ als Reaktion auf die allerdings oberflächliche Lektüre der „Welt“ vom vorangegangenen Dienstag durch die Politbüromitglieder zurückführte, ist das ein wichtiger Hinweis auf den Stil der Kirchenpolitik der letzten Phase. Auch hier lag seitens der Partei wiederum eine Fehleinschätzung vor. Im Januar 1989 vom „Neuen Deutschland“ angegriffen zu werden, war schon fast eine Auszeichnung, jedenfalls hatte diese Tatsache für Manfred Stolpe zahlreiche Sympathiebeweise zur Folge.

6.) Schließlich sei noch auf den Gottesdienstbesuch Erich Honeckers zur Wiedereinweihung des Greifswalder Domes verwiesen. Obwohl dieser Besuch sehr genau unter Beteiligung des Politbüros<sup>143</sup> geplant worden war – bis hin zur Ablehnung des Berliner Bischofs Forck als Teilnehmer des Gespräches nach dem Gottesdienst –, brachte diese Aktion überhaupt nicht die erwünschte Wirkung. Besonders der bald danach im „Neuen Deutschland“ veröffentlichte Briefwechsel zwischen Honecker und dem Greifswalder Bischof war ein wichtiger Anstoß dafür, daß die Synode der Greifswalder Landeskirche dem Bischof das Vertrauen entzog.

Daneben ist auf einige Aktivitäten hinzuweisen, die ohne größere Wirkung blieben, aber doch auch vorhandene Konzeptionslosigkeit signalisierten. Zwei Beispiele aus dem Jahr 1988:

1.) Gewissermaßen als eine neue Variante der Methode der Differenzierung versucht die Partei mit großen propagandistischem Aufwand („Neues Deutschland“ Seite 1!), sich anderen, in der Öffentlichkeit völlig unbekanntem „Kirchen“ zuzuwenden. Unter der Überschrift:<sup>144</sup>

„In herzlicher und konstruktiver Atmosphäre: Begegnung Erich Honeckers mit kirchlichen Repräsentanten“

erfährt der Leser etwas über ein „Vertrauensvolles Gespräch mit Herrn Manson, 'Generalautorität und 2. Ratgeber der Ersten Präsidentschaft der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage““.

143 Zunächst war geplant, daß nur Gerald Götting an der Einweihung teilnehmen sollte. (Vgl. Auftrag Jarowinsky vom 9.5.89 an Staatssekretär Löffler, ein entsprechendes Schreiben zu entwerfen, ZPA IV B2/14/9) Am 6.6. beschließt das Politbüro über die Teilnahme Honeckers an der Domeinweihung. Der Beschluß des Politbüros wird von Horst Dohle veröffentlicht werden.

144 Vgl. „Neues Deutschland“ vom 29./30.10.1988, Seite 1.

Schon am 31. Mai 1988 hatte das „Neue Deutschland“ eine „Erklärung“ der „Johannischen Kirche in der DDR zum 10. Jahrestag“ des 6.3.1978 zusammen mit einem sehr devoten Brief an Honecker veröffentlicht:<sup>145</sup>

„Wir danken Ihnen und allen beteiligten Politikern unseres Landes für die am 6. März 1978 geprägte Kirchenpolitik und ihre kontinuierliche Fortentwicklung. Auch wir wollen, wie es in unserer Erklärung heißt, 'diesen Weg weitergehen, weil wir ihn als einen guten Weg erfahren haben'.“

Sollten also jetzt religiöse Sondergemeinschaften das zum Ausdruck bringen, was mit den großen Kirchen nicht mehr zu erreichen war?

2.) Schließlich ist auch die Begründung des Freidenkerverbandes der DDR zu diesen Maßnahmen zu zählen. Auch wenn sie öffentlich in Abrede gestellt wurde, eine kirchenpolitische Abzweckung war damit klar verbunden. Die auf Kreisebene vorgesehenen Funktionäre des Verbandes wurden jedenfalls in die kirchenpolitischen Schulungsveranstaltungen einbezogen.

Die Beschlußlage zu seiner Entstehung (MfS, Politbüro) ist offengelegt. Interessanterweise und vielleicht schon als ein Hinweis auf die sich verändernde Gesamtlage ist folgendes Ereignis zu sehen: Der Politbürobeschluß zur Verbandsbildung vom 6.12.1988 ist öffentlich im Wortlaut bekannt geworden.

Besonders die Absicht, die „optimistische Lebensweise“ zu propagieren, zeigt deutlich, mit welchen Illusionen die Parteiführung noch behaftet war:

„– Der Verband wendet sich also an alle nichtreligiösen Bürger, auch an die, die keine Kommunisten sind, die aber die Welt mit ihren Entwicklungsgesetzen als objektive Realität erkennen und für eine optimistische Lebensweise sind.

– Es ist also ein Anliegen, unsere optimistische Lebensweise und Weltauffassung wirksam zu propagieren. . .

(Der Verband ist) ausgehend vom Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Trennung von Kirche und Schule in seiner Tätigkeit den Idealen und Ideen des Sozialismus, des Humanismus und des Friedens verpflichtet.“

Trotz großem publizistischen Aufwand und der Lizenzierung einer eigenen, schon durch Papier und Layout sich von der sonstigen DDR-Presse unterscheidenden Zeitschrift, hat der Verband keine nennenswerte Wirksamkeit erreicht. Wieder einmal war der Versuch, eine „Bewegung“ von oben zu begründen, gescheitert. Es muß aber auch auf politische und kirchliche Ereignisse verwiesen werden, die mindestens in den Augen der Partei als erfolgreiche Anwendung der kirchenpolitischen Methoden gelten konnten. Eine der Methoden bestand darin, gesellschaftliche Probleme und Spannungen in die innerkirchliche Diskussion und Auseinandersetzung zu bringen:<sup>146</sup>

145 Vgl. „Neues Deutschland“ vom 31.5.1988, Seite 2.

146 Vgl. Anm. 65 und 138.

„Wir gestalten die Politik in Kirchenfragen dann richtig, wenn es uns gelingt, erforderlich werdende Auseinandersetzungen innerhalb der Kirche, ihrer Weitungen (vermutlich: „Leitungen“ A.N.) und Gremien, zwischen den einzelnen Gruppierungen austragen zu lassen. Eine andere Linie führte zur Belastung der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche.“

Mindestens an solchen Problemfällen wie der Streit um die Auftritte des Liedermachers Stephan Krawczyk in kirchlichen Räumen, in der Frage, wieweit sich Kirchen etwas den „Ausreisern“ öffnen durften und überhaupt an dem Thema „Kirche und Gruppen“ haben wir hart miteinander gerungen. Sicher, der Wunsch der Partei, daß „eine Krähe der anderen das Auge aushackt“, ist nicht in Erfüllung gegangen, aber vor harte Belastungen wurden unsere Kirchen und Gemeinden gestellt.

Aus Sicht der Partei wurde die Kirchenpolitik in der letzten Phase zunehmend zu einer „Unterabteilung“ der Sicherheitspolitik. Das kann erklären helfen, warum es im Jahre 1988 Überlegungen gab, auch die Kirchenpolitik gegenüber den Religionsgemeinschaften in die Hände des MfS zu legen.<sup>147</sup>

Auch wenn das MfS seit Herbst 1988 von einem „gewachsenen Selbstbewußtsein“ kirchlicher Amtsträger ausgeht und eine Liste „seitens bestimmter Kräfte in den evangelischen Kirchen in der DDR getroffenen gesellschafts-politischen Aussagen mit Forderungscharakter gegenüber dem Staat“<sup>148</sup> zusammenstellt, darf nicht der Eindruck entstehen, daß nun die Kirchen etwa aus einer Position der Überlegenheit heraus gehandelt hätten. Als im Jahre 1988 die Kirchenzeitungen des öfteren nicht erscheinen durften, hat das zwar zu ihrer Popularisierung beigetragen, in den Kirchenleitungen aber auch die besorgte Frage ausgelöst, wie lange wir das noch würden durchhalten können. Als dann Egon Krenz das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking (Juni 1989) beklatschte, löste das sehr große Besorgnisse bei allen in den Kirchenleitungen Verantwortlichen aus. Die Angst vor der „Chinesischen Lösung“ hat kirchenleitendes Handeln in den letzten Wochen der DDR viel stärker bestimmt als die letzten kirchenpolitischen Aktionen der SED, etwa die Polemik im „Neuen Deutschland“ nach der Bundessynodaltagung in Eisenach.

### *Zusammenfassung*

Die Expertise wird von einem Gemeindepfarrer vorgelegt und erhebt nicht den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit und Vollständigkeit. Sie möchte in die Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestages eine spezielle Sicht auf

147 Vgl. Anm. 28.

148 Vgl. Besier, Gerhard a.a.O. S. 601.

den Untersuchungsgegenstand einbringen. Sie verfolgt dabei vier knapp zu benennende Ziele:

1. Es soll der derzeitige erreichte Forschungsstand zur Kirchenpolitik der SED referiert und überblicksmäßig dargestellt werden.
2. Darauf aufbauend sollen neue, weiterführende Fragestellungen formuliert werden.
3. Es sollen erste Ergebnisse eigener Recherchen in einer speziellen Frage- richtung beigebracht werden.
4. Im 3. Teil werden die einander zu unterscheidenden Phasen der Kirchen- politik benannt.

Zu 1.: Der Stand der Forschungen zur SED-Kirchenpolitik der „Honecker- Zeit“ kann z. Z. nur in einer Momentaufnahme referiert werden. Die Forschungen zu diesem Gegenstand sind noch nicht zu dem Punkt gelangt, von dem aus sich die klaren Konturen allgemeingültiger Ergebnisse schon abzeichnen würden. Besonders die Erschließung von Archivgut ist nicht abgeschlossen und erfährt nahezu wöchentlich neue Erweiterungen.

Das hauptsächliche Interesse galt bisher den zentralen Materialien, also den Archiven zentraler Einrichtungen des Partei- und Staatsapparates. Damit ist bereits angedeutet, daß noch starker Nachholbedarf hinsichtlich der Einbeziehung von Materialien der unteren Ebenen (Bezirk, Kreis, Ort) besteht. Die noch vorherrschende „Berlinlastigkeit“ der Forschung bedient außerdem ein altes DDR-Klischee: Die Bevorzugung Berlins (Städtebau, Warendecke etc.) war in der DDR schon sprichwörtlich. Gerade die Kirchenpolitik, die es mit einem bunten Bild verschiedener Landeskirchen und Kirchengemeinden zu tun hatte, läßt sich nicht hinreichend allein von Berlin aus beschreiben. Eine Vielzahl laufender Einzelprojekte und Spezialuntersuchungen wird bald Besserung bringen.

Eine zweite Auffälligkeit hat ihren Grund in der besonderen Situation der fast unbegrenzten Zugangsmöglichkeit zu bisher streng geheimen Materialien. Die dort immer noch zu machenden sensationellen Entdeckungen bestimmen manchmal sogar die Tagespolitik, vor allem aber die für die Forschung erkenntnisleitenden Fragen.

So kommt also zu der behaupteten „Berlinlastigkeit“ auch noch eine „Archiv- lastigkeit“ der derzeitigen Forschung hinzu.

Zu 2.: Die behauptete „Berlin- und Archivlastigkeit“ der derzeitigen Forschung zeigt schon die Richtung an, in die weiterführende Fragestellungen formuliert werden sollen:

2.1: Es soll die Notwendigkeit begründet und mit Beispielen belegt wer-

den, daß ein hinreichend genaues Bild über die SED-Kirchenpolitik nur zu gewinnen sein wird, wenn der Weg der Berliner Entscheidungen und „Grundlagenbeschlüsse nach unten“ an die Basis der staatlichen Behörden und der Kirchengemeinden verfolgt wird.

2.2: Der „Archivlastigkeit“ ist dadurch zu begegnen, daß ergänzend zu den aus den Archiven erhobenen, also aktenkundig gewordenen kirchenpolitischen Ereignissen und Beschlüssen, Fragen in umgekehrte Richtung formuliert werden. Also: Lassen sich an der Basis, in den Gemeinden, den Kirchenleitungen, den Synoden „angekommene“ und dort relevante kirchenpolitische Aktionen des Staates auch auf Beschlüsse und Festlegungen in den oberen „Organen“ zurückführen?

Mindestens für einige der wichtigen kirchenpolitischen Daten wird das nicht einfach zu leisten sein. Damit stellen sich aber die Fragen nach der SED-Kirchenpolitik überhaupt neu. Wie „gesetzmäßig“ und „planmäßig“ war diese?

Zu 3.: Aus diesen Fragestellungen ergibt sich wiederum die Richtung, in der eigene erste Recherchen das bisher aufbereitete Material ergänzen sollen und können. Dabei handelt es sich um die exemplarische Einbeziehung eines Bezirks (Bezirk Halle) und eines darin gelegenen Landkreises (Kreis Bitterfeld). Für einige kirchenpolitische Daten wird versucht werden, die Berliner Linie über die Ebene des Bezirks bis in die nachgelassenen Materialien des Kreises Bitterfeld zu verfolgen.

In Ergänzung zu den aus den zentralen Akten gewonnenen Einsichten zur SED-Kirchenpolitik werden Beispiele aktiven kirchenpolitischen Handelns angeführt, für die es noch nicht möglich war, zentrale „Grundlagenbeschlüsse“ beizubringen. Daraus ergeben sich neue Einsichten in die Strukturen kirchenpolitischen Handelns.

Zu 4.: Trotz der eben angedeuteten Probleme und offenen Fragen soll schließlich versucht werden, in der notwendigen Verallgemeinerung eine wertende Einteilung verschiedener Phasen der Kirchenpolitik in Anlehnung an davon zu unterscheidende Phasen der Weltpolitik und der Gesellschaftspolitik der DDR vorzunehmen.

#### 4.1: Freundliche Sterbehilfe (1971–1977)

Zusammenfassend läßt sich die Kirchenpolitik der ersten hier unterschiedenen Phase noch am deutlichsten mit den klassischen Mustern der Kirchenpolitik einer kommunistischen Partei erklären.

Noch galt die alte These vom „Absterben“ der Religion als einer Erscheinungsform des gesellschaftlichen Überbaus. Säkularisierungswelle und das Übergewicht einer rationalen, aufklärerischen Weltansicht schienen die Partei zu

bestätigen. Mit der Ost-West-Entspannung und der „Friedlichen Koexistenz“ verband die Partei die Forderung nach ideologischer „Abgrenzung“. Das hatte Auswirkungen auf die Kirchenpolitik, auch wenn sich der Stil der atheistischen Propaganda gegenüber den 50er Jahren deutlich gewandelt hatte.

Die neue Politik unter Honecker („Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“) führte zunächst zu einer stärkeren Identifikation der Bürger mit ihrem Staat. Noch schien das Bild zu stimmen, daß die werktätige Bevölkerung und damit auch die Christen im Lande längst ihren Frieden mit Staat und Partei gemacht hatten und nur ein paar Kirchenleitungen das noch nicht begriffen hatten. Erst der Schock nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz, die zahlreichen Eingaben von kirchlichen Mitarbeitern und ganz „normalen“ Christen und die sich im Herbst 1976 abzeichnende Stimmungslage nach dem Rauswurf Wolf Biermanns ließen diese Illusion zerplatzen.

#### 4.2: Man trägt wieder Religion (1978–1985)

Die zweite Phase ist vor allem durch die Kirchenpolitik des 6.3.1978 geprägt. Aus Sicht des Staates sind die Kirchen am 6.3.1978 eine „Verpflichtung“, eine Art Selbstbindung eingegangen, auf die sie immer wieder behaftet wurden. Gegen Ende der DDR war der 6.3.1978 fast nur noch eine Beschwörungsformel, zu der man sich dauernd „bekennen“ mußte. Zunächst aber hatte die veränderte Weltlage, das Zerplatzen aller großen politischen Hoffnungen (Ost-West-Entspannung) und fortschrittsgläubigen Träume („Grenzen des Wachstums“), auch gesellschaftliche Auswirkungen bis hin zur Befindlichkeit der Menschen. Der Rüstungspoker brachte ernsthafte wirtschaftliche Probleme.

In der praktischen Kirchenpolitik wird es vor allem stiller in der Polemik gegen die „reaktionären Kirchenleitungen“ (jedenfalls in der Öffentlichkeit). Die staatlich geförderten Institutionen innerkirchlicher Kritik an den Kirchenleitungen, der „Bund der Evangelischen Pfarrer“, der „Evangelische Pfarrertag“ etc. wurden schlicht fallengelassen. Die Kirchenleitungen brauchten jetzt keinen Druck von unten, im Gegenteil sie sollten staatlichen Druck nach unten weitergeben und disziplinierend auf Basisgruppen wirken.

Nicht, daß die Kirchenleitungen nun plötzlich „sozialistischer“, also staatsfreundlicher, geworden seien und gewissermaßen als „Transmissionsriemen der Partei“ gebraucht werden konnten, vielmehr wurde immer deutlicher, daß die Partei selbst ihre großen Zukunftshoffnungen aufgegeben hatte. Was jetzt von den Kirchen (auf allen Ebenen bis ins Pfarramt) zunehmend erwartet wurde, war der Transport von sehr bürgerlichen Tugenden: Ruhe und Ordnung. Die Kirchenleitungen sollten vornehmlich für Ruhe sorgen, alles „in den Kirchen halten“ und möglichst wenig an die Öffentlichkeit dringen lassen. Das wurde erwartet und honoriert oder – im negativen Fall – heftig kritisiert.

#### 4.3: Konzeptionslosigkeit (1986–1989)

In der letzten Phase der DDR-Kirchenpolitik wird deutlich, was auch ansonsten

---

spürbar ist: Es gelingt der Partei trotz allgegenwärtiger Staatssicherheit nicht mehr, die Lage genau einzuschätzen. Wunsch und Realität vermengen sich zusehends. In der Kirchenpolitik fallen gehäuft Aktionen auf, die eine ganz andere als die beabsichtigte Wirkung zeigen. Aus Sicht der Partei wurde die Kirchenpolitik in der letzten Phase zunehmend zu einer „Unterabteilung“ der Sicherheitspolitik. Das ist wohl die einschneidendste Veränderung in der SED-Kirchenpolitik der „Honecker-Zeit“: Immer weniger wurden Kirche und Religion unter weltanschaulich-philosophischem Aspekt (Atheismus) betrachtet und dafür in steigendem Maße unter ordnungs- und sicherheitspolitischen Aspekten.

Das hilft, die gestiegene Bedeutung der Staatssicherheit für die Kirchenpolitik zu erklären. Das altbewährte Mittel der „Differenzierung“, das auch in der letzten Phase nie ganz aufgegeben wurde, erfuhr wieder Ergänzung aus dem Arsenal der 50er Jahre: Zeitungspolemik, Zeitschriftenverbot, Disziplinierung durch mehr offene als versteckte Drohungen etc.



**Anhang***Übersicht über wichtige Daten der (zentralen) SED-Kirchenpolitik*

- 02.01.1970 Absolventenbild der Theologen der Humboldt-Uni
- 20.11.1970 Veranstaltungsverordnung
- 09.02.1971 Grundsatzrede Paul Verners
- 24.02.1971 Seigewasser empfängt erstmalig die KKI
- 26.06.1972 Gespräch Seigewasser – KKI („Seigewasserprotokoll“)
- 11.10.1972 Rede A. Nordens vor CDU-Parteitag
- 13.12.1972 Ministerratsbeschluß zum Sonderbauprogramm I
- 08.03.1973 Sekretariat ZK zur Anwendung VVO
- 30.10.1973 Politbüro zur Kirchenpolitik (Einschätzung Kirchenbund)
- 02.06.1975 Vereinbarung zur Ausbildung von medizinischen Fachkräften
- 14.06.1976 Seigewasser informiert Schönherr: Sonderbauprogramm
- 22.07.1976 Grundsatzrede Paul Verners (Sonderbauprogramm II)
- 15.09.1976 Fernschreiben Honeckers nach Selbstverbrennung Brüsewitz
- 23.11.1976 Gesprächsabsage (Verner) für Kirche-Staat-Gespräch
- 01.02.1977 Politbürobeschluß zu Sonderbauprogramm II
- 10.02.1977 Norden berichtet Politbüro von Gespräch mit C. Lewek
- 05.05.1977 Honecker stimmt Grundsatzgespräch mit Kirche zu
- 15.05.1977 Erstes Staat-Kirche Gespräch nach Brüsewitz
- 24.10.1977 Honecker für Vorbereitung 6.3.78
- 06.03.1978 Gespräch Honecker – Vorstand KKI
- 14.03.1978 Beschluß Politbüro zum 6.3.78
- 22.03.1978 Rede Paul Verners zur Erläuterung des 6.3.78
- 01.06.1978 Kirche-Staat-Gespräch zum Wehrunterricht
- 07.07.1978 Analyse AG ZK zu Auswirkungen des 6. März 1978
- 29.12.1978 Analyse Paul Verner über Auswirkungen des 6.3.78
- 18.10.1979 Tod Stfk Seigewasser, Gysi wird neuer Stfk
- 16.05.1980 Grundsatzrede Verner (Bildung VEK)
- 11.04.1981 X. Partei zur Wertung des 6.3.78
- 29.05.1981 Rede Gysi vor ÖRK in Genf
- 15.03.1982 Verhaltensrichtlinie Volksbildung: Friedensaufnäher
- 07.04.1982 Kirche-Staat-Gespräch zu Friedensaufnäher
- 03.05.1982 Naumann (Ag ZK) zu „Kirche im Sozialismus“

---

12.10.1982	Beschluß Politbüro zur Friedensdekade
16.12.1982	Innenministerium: Rahmenplan für zweimonatige Berichte
19.04.1983	Politbüro zum Lutherjahr
12.07.1983	Politbüro zu „Friedenswerkstatt“ und „Blues-Messe“
12.04.1984	Werner Walde zum Sozialen Friedensdienst
11.02.1985	Gespräch Honecker – Bischof Leich
15.03.1985	Gysi-Rundfunkrede zur Kirchenpolitik
07.01.1986	Politbüro zu „Kirche im Sozialismus“
01.09.1986	Friedensreport zum Jahr des Friedens
15.01.1987	Honecker gibt Zustimmung zu Schlußveranstaltung Kitag
15.05.1987	MfS-Information für Öffentlichkeitsarbeit: Kirchenfragen
22.09.1987	Beschluß Politbüro zu Bundessynode in Görlitz
30.11.1987	MfS zur Aktion in Umweltbibliothek Zionskirche
17.01.1988	Luxemburg-Liebknecht-Demonstration in Berlin
19.02.1988	Fernschreiben Honecker u. „Jarowinsky-Papier“
03.03.1988	Gespräch Honecker – Bischof Leich
10.08.1988	Vorschlag MfS: XX/4 „übernimmt“ Religionsgemeinschaften
25.09.1988	Honecker zur Bundessynode in Dessau
03.10.1988	Leiter des Presseamtes, K. Blecha, spricht mit Leich
02.12.1988	H.-J. Böhme zum Kirchentag in Halle
06.12.1988	Politbürobeschuß: Verband der Freidenker
11.01.1989	ND-Polemik „Stolpe und der Idealfall“
11.06.1989	Honecker bei Wiedereröffnung des Greifswalder Domes
19.07.1989	ND: Briefwechsel Honecker – Bischof Gienke
19.10.1989	Gespräch Krenz – Vorstand KKI

*Übersicht über die herangezogenen Beschlüsse des Politbüros des ZK der SED  
(in chronologischer Reihenfolge)*

25.07.1969	Btr.: Gründung des Bundes Evangelischer Kirchen
07.11.1972	Btr.: Aufgaben der Agitation und Propaganda (Atheismus)
30.10.1973	Btr.: Grundsatztext zur Einschätzung der kirchlichen Leitungen
14.09.1976	Btr.: Brief der KKI an Gemeinden (btr. Brüsewitz)

- 
- 13.12.1976 Btr.: Vorlage Kirchenpolitik u. a. Vorbereitung Treffen Honecker – KKI
- 01.02.1977 Btr.: Kirchenneubau in Neubaugebieten
- 14.03.1978 Btr.: Zustimmung zum Gespräch vom 6.3.78
- 22.08.1978 Btr.: Regelung für Kirchen bei Anhebung der Mindestlöhne
- 13.02.1979 Btr.: Mögliche Errichtung einer Moschee in der DDR
- 12.10.1982 Btr.: Friedensdekade 1982
- 08.02.1983 Btr.: Reise des StfK, Klaus Gysi, in die USA
- 08.03.1983 Btr.: Wiedereröffnung der Wartburg und Teilnahme Honeckers
- 19.04.1983 Btr.: Feierlichkeiten im Lutherjahr
- 12.07.1983 Btr.: „Friedenswerkstatt“ Berlin und „Blues-Messe“
- 26.10.1983 Btr.: zur weiteren Kirchenpolitik
- 29.01.1985 Btr.: Gespräch Honecker – Leich am 11.2.1985
- 07.01.1986 Btr.: Fragen der Kirchenpolitik (u. a. „Kirche im Sozialismus“)
- 24.06.1986 Btr.: Kirchentag 1987 in Berlin
- 12.08.1986 Btr.: evtl. Papstbesuch in der DDR
- 31.03.1987 Btr.: evtl. Papstbesuch in der DDR
- 22.09.1987 Btr.: Bundessynodaltagung in Görlitz (Bekennen in Friedensfrage, Abgrenzung)
- 16.02.1988 Btr.: „Zu konterrevolutionären Aktionen“ (Luxemburg-Demonstration)
- 18.02.1988 Btr.: Jarowinsky-Erklärung vor Leich und Ziegler am 19.2.
- 23.02.1988 Btr.: Billigung Jarowinsky-Erklärung 19.2.
- 08.03.1988 Btr.: Gespräch Honecker – Leich am 3.3.88
- 09.03.1988 Btr.: Informationen über Gespräch mit Leich werden veröffentlicht.
- 31.05.1988 Btr.: Gedenkveranstaltungen zur Progomnacht 1938
- 07.06.1988 Btr.: Gespräch Honecker-Galinski
- 09.08.1988 Btr.: Ökumenische Tagung in Erfurt (September 1988)
- 23.08.1988 Btr.: evtl. Papstbesuch in der DDR
- 20.09.1988 Btr.: Berichterstattung über Bundessynode, Lizenz kirchl. Presse
- 11.10.1988 Btr.: Besuch des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses (Bronfmann)

---

13.10.1988	Btr.: Gespräch Bischof Leich-Pressamt (Kurt Blecha)
09.11.1988	Btr.: Gründung Kuratorium zum Aufbau Neue Synagoge
06.12.1988	Btr.: Gründung des Freidenkerverbands
06.06.1989	Btr.: Domeinweihung Greifswald
19.09.1989	Btr.: Bundessynodaltagung in Eisenach
10.10.1989	Btr.: Geplantes Treffen Honecker-Leich
24.10.1989	Btr.: Gespräch Leich – Egon Krenz am 19.10.

*Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen*

AG	Arbeitsgruppe
AGZK	Arbeitsgruppe Kirchenfragen bei ZK der SED
BDVP	Bezirksdirektion der Deutschen Volkspolizei
BL	Bezirksleitung der SED
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BV	Bezirksverwaltung des MfS
CDU	Christlich Demokratische Union
DA	Deutschlandarchiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
EKU	Evangelische Kirche der Union
epd	Evangelischer Pressedienst
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDJ	Freie Deutsche Jugend
JHS	Juristische Hochschule des MfS in Potsdam
KA der NF	Kreisausschuß der Nationalen Front
KD	Kreisdienststelle des MfS
KKI	Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen
KL	Kreisleitung der SED, SED-Kreisleitung
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KvU	Kirche von unten
MA für KF	Mitarbeiter für Kirchenfragen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
ND	Neues Deutschland (Zentralorgan der SED)

ÖRK	Ökumenischer Rat der Kirchen
RdBez.	Rat des Bezirkes
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
StfK	Staatssekretär für Kirchenfragen
ÜE	Übersiedlungersuchende (= Ausreisewillige)
VEK	Vereinigte Evangelische Kirche in der DDR
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WU	Wehrkundeunterricht
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale (Partei-) Kontrollkommission

